

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Nation und Nationalismus

Christian Geulen
ZUR „WIEDERKEHR“
DES NATIONALISMUS

Julia Angster
NATIONALGESCHICHTE
UND GLOBALGESCHICHTE

Cornelia Koppetsch
DER HEIMAT-DISKURS UND DIE
TRANSNATIONALISIERUNG
VON KLASSENSTRUKTUREN

*Sina Arnold · Sebastian Bischoff ·
Jana König*
POSTNATIONALE POTENZIALE.
PRAKTIKEN JENSEITS
DER NATION

Pierre Gottschlich
HINDU-NATIONALISMUS.
INDIEN AUF DEM WEG
IN EINEN HINDU-STAAT?

Nino Löffler
VON DER AUTONOMEN
GEMEINSCHAFT ZUR
UNABHÄNGIGEN NATION?
SEPARATISMUS IN KATALONIEN

Sezer İdil Göğüş
DIE NEUE DIASPORAPOLITIK
DER TÜRKEI UND
TÜRKEISTÄMMIGE
IN DEUTSCHLAND

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Nation und Nationalismus

APuZ 48/2018

CHRISTIAN GEULEN

ZUR „WIEDERKEHR“ DES NATIONALISMUS

Der Nationalismus kehrt wieder. Diese oft gestellte Diagnose nimmt zugleich an, dass er einmal überwunden schien. Und ist nicht vielmehr ein neuer Nationalismus am Werk, der mit dem „alten“ nicht viel gemeinsam hat? Was ist wiedergekehrt und was nicht?

Seite 04–08

JULIA ANGSTER

**NATIONALGESCHICHTE UND
GLOBALGESCHICHTE**

Nationalgeschichte ist aus der Mode gekommen. Stattdessen boomen globalgeschichtliche Ansätze. Wie kann der nationale Denkraum in der Geschichtsschreibung überwunden werden, ohne die nationale Ebene und ihre Themenfelder aufzugeben?

Seite 09–16

CORNELIA KOPPETSCH

**DER HEIMAT-DISKURS UND
DIE TRANSNATIONALISIERUNG
VON KLASSENSTRUKTUREN**

Während die einen Heimat als Schicksal betrachten, gehen die anderen von der Möglichkeit einer (immer wieder neu) gewählten Heimat aus. Die unterschiedlichen Konzepte von „Heimat“ sind Ausdruck neuartiger Spaltungen innerhalb einer sich transnationalisierenden Gesellschaft.

Seite 18–26

**SINA ARNOLD · SEBASTIAN BISCHOFF ·
JANA KÖNIG**

**POSTNATIONALE POTENZIALE.
PRAKTIKEN JENSEITS DER NATION**

Weltweit ist derzeit eine Renationalisierung zu beobachten. Doch es wird auch über postnationale Formen von Gesellschaft nachgedacht und diese in Ansätzen praktiziert, bewusst und unbewusst. Theorie wie Praxis weisen allerdings auch Leerstellen auf.

Seite 27–33

PIERRE GOTTSCHLICH

HINDU-NATIONALISMUS. INDIEN

AUF DEM WEG IN EINEN HINDU-STAAT?

Der Hindu-Nationalismus in Indien hat eine jahrzehntelange politische Tradition. Die amtierende Regierung unter Premierminister Narendra Modi versucht weniger politisch-institutionell als vielmehr gesellschaftlich-kulturell, Indien zu einem Hindu-Staat zu formen.

Seite 34–39

NINO LÖFFLER

**VON DER AUTONOMEN GEMEINSCHAFT
ZUR UNABHÄNGIGEN NATION?
SEPARATISMUS IN KATALONIEN**

Der Konflikt um den Status Kataloniens schwelt schon lange. Mit der Eskalation um das Unabhängigkeitsreferendum 2017 und der Festnahme des katalanischen Regionalpräsidenten in Deutschland 2018 ist dieser auch im europäischen Bewusstsein angekommen.

Seite 40–47

SEZER İDİL GÖĞÜŞ

**DIE NEUE DIASPORAPOLITIK DER TÜRKEI
UND TÜRKEISTÄMMIGE IN DEUTSCHLAND**

Seit 2008 politisiert sich das Engagement der AKP-Regierung(en) gegenüber der türkeistämmigen Bevölkerung im Ausland deutlich. Diese werden als „Diaspora“ angesprochen und sollen als solche für (innen)politische Interessen mobilisiert werden.

Seite 48–53

EDITORIAL

Nationen seien, so das berühmte Diktum des Nationalismusforschers Benedict Anderson, „vorgestellte Gemeinschaften“, weil die „Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen (...) werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert“. Wie ein Blick in die Geschichte zeigt, bedurfte es großer Anstrengungen und teilweise auch Gewalt, um diese Vorstellung zu formen und das Konzept vom Nationalstaat in die Realität umzusetzen. Vorstellungen aber sind veränderbar, und somit wären auch andere Formen der Gemeinschaftsbildung jenseits der Nation zumindest denkbar.

Und so ist hundert Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Entstehung von Republiken überall in Europa die Europäische Republik ausgerufen worden. Das Europa der Nationalstaaten sei gescheitert, an die Stelle der Souveränität der Staaten trete nun die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Nationalität und Herkunft. „Es lebe die Europäische Republik!“, schließt das von der Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, dem Schriftsteller Robert Menasse und dem Regisseur Milo Rau verfasste Manifest, das am 10. November 2018 an verschiedenen europäischen Orten im Rahmen des European Balcony Project von Aktivistinnen und Künstlern proklamiert wurde.

Diese Vision scheint zurzeit weit davon entfernt, Wirklichkeit zu werden. Nicht nur in Europa, auch weltweit ist eine Rückbesinnung auf die Nation und ihre Interessen, sind mithin nationalistische Töne wahrzunehmen. Handelt es sich um die Wiederkehr des alten, überwunden geglaubten Nationalismus, oder ist hier ein neuer Nationalismus am Werk, der seine Wurzeln nicht mehr im 19. Jahrhundert sucht, geschweige denn findet? Und ist umgekehrt die Forderung, die Zeit der Nationalstaaten endlich und endgültig hinter uns zu lassen, angesichts der offensichtlichen geschichtlichen Wirkmächtigkeit der Idee „Nation“ und der Verbindung auch mit Demokratie, mit Rechts- und Sozialstaatlichkeit, nicht allzu voreilig oder sogar elitär?

Anne Seibring

ESSAY

ZUR „WIEDERKEHR“ DES NATIONALISMUS

Christian Geulen

Der Nationalismus kehrt wieder. Diese oft gestellte Diagnose nimmt zugleich an, dass er einmal überwunden schien. Und in der Tat: Blickt man auf die Jahrtausendwende zurück, bietet sich ein scheinbar ganz anderes Bild als heute. Die binneneuropäischen Grenzkontrollen waren abgeschafft, eine europäische Währung in Sicht, wir diskutierten über eine europäische Verfassung, und die wissenschaftliche wie öffentliche Debatte wurde von den Themen Globalisierung und transnationale Vernetzung geprägt. Heute werden die Grenzen wieder undurchlässiger, ein Zerfall der EU scheint nicht mehr völlig abwegig, und fast überall erstarkt ein populistischer, identitärer Nationalismus.

KONJUNKTUREN DER WIEDERKEHR-DEBATTE

Dennoch ist diese Diagnose eigentümlich blind gegenüber einer nur ein wenig weiter zurückreichenden Vergangenheit: Bereits die wissenschaftliche wie öffentliche Debatte in den 1990er Jahren wurde vom Thema Nationalismus dominiert. Der Zerfall Jugoslawiens in seine nationalen Einzelgemeinschaften (inklusive ethnischer Säuberungspraktiken), der Völkermord in Ruanda, die Frage, welche Weltordnung dem Blocksystem des Kalten Krieges nachfolgen sollte, nicht zuletzt die Rückkehr eines aggressiven, ausländerfeindlichen Nationalismus in Deutschland (inklusive rassistischer Gewalt) – all das führte im ersten Jahrzehnt nach dem Fall der Berliner Mauer zu einer massiven Beschäftigung mit dem Nationalismus. Und auch damals drehte sich die Debatte um die unheimliche Wiederkehr eines Phänomens, das man für überwunden hielt.

Wissenschaftlich beruhte die Diskussion der 1990er Jahre größtenteils auf einer noch älteren Nationalismusforschung, die mit den Namen Ernest Gellner, Benedict Anderson oder Eric Hobsbawm verbunden ist. Sie alle haben ihre grundlegenden Arbeiten bereits in den 1980er Jahren geschrieben;

damals vor allem in Reaktion auf jene große Welle des Nationalismus, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwar weniger Europa, aber umso mehr die sogenannte Dritte Welt beherrschte, als koloniale Grenzen und Zugehörigkeiten in moderne, nationale übersetzt werden mussten, was in den wenigsten Fällen konfliktfrei geschah.⁰¹

Und noch einen Schritt weiter in der Vergangenheit zurück, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, lässt sich die Überwindung des Nationalismus – unter weitgehender Ausblendung dessen, was sich in der sich dekolonisierenden Welt abspielte – als so etwas wie ein Grundkonsens bezeichnen, als Ideal, das den weltpolitischen Großprojekten dieser Zeit zugrunde lag: den Vereinten Nationen, den ersten Bestrebungen einer europäischen Zusammenarbeit, dem Konzept einer freien, westlichen Welt und – auf seine eigene Weise – auch der sozialistischen Staatengemeinschaft des Ostens. „Nationalismus“ war nach 1945 so etwas wie der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Schlachten zweier Weltkriege und die extremen Gewalterfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bringen ließen. Der Nationalismus, vermitteltn Schulbücher bis heute, habe in den Ersten Weltkrieg geführt, kehrte danach in nochmals radikalierter Form wieder, um schließlich – angereichert mit antisemitischen und rassistischen Ideologien – auch in den Zweiten Weltkrieg zu führen.

Entsprechend hieß es in den 1990er Jahren rückblickend – auch angesichts der Tatsache, dass es in den Nachrichten um eben jene serbisch-kroatisch-bosnischen Nationalitätenkonflikte ging, die schon 1914 die Schlagzeilen beherrschten –, die Welt kehre zum Nationalismus der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg zurück. Dieser Nationalismus, der seinen Ursprung im 19. Jahrhundert hatte, sei durch Faschismus und den Ost-West-Konflikt nur verschüttet gewesen und tauche jetzt, am Ende des 20. Jahrhunderts, wieder auf. In einem ähnlichen historischen Kurzschluss heißt es heute, wir lebten wieder in Weimarer Zeiten, und der Nationalismus der Zwischenkriegszeit kehre wieder.⁰²

DAS „ZEITALTER DES NATIONALISMUS“

Das 19. Jahrhundert wird bis heute als „Zeitalter des Nationalismus“ geführt – und das obwohl dieser Begriff erst an seinem Ende populär wurde.⁰³ Nationalgefühle, nationalistische Vorurteile und nationalpolitische Bewegungen gab es massenhaft, doch erst um 1900 wurde all das – in affirmativer wie in kritischer Absicht – in jenem „-ismus“ zusammengefasst, den wir heute noch verhandeln. Anlass für diese Begriffsbildung war aber nicht nur die sich in den vorangegangenen hundert Jahren in der gesamten europäischen und westlichen Welt vollziehende Verwandlung dynastisch-ständischer in zumindest tendenziell demokratisch-nationalstaatliche Formen der politischen Gemeinschaft. Vielmehr war es – wie heute – auch im späten 19. Jahrhundert eine eigentlich gegenläufige Tendenz, die die Nation nicht mehr nur als eine natürliche Lebensform der modernen Völker und Gesellschaften, sondern als ideologisches Programm, als einen aktiv zu schützenden Wert oder gar als eine überhaupt erst in der Zukunft wahrhaft herzustellende Einheit erscheinen ließ. Denn die sich mühsam herausgebildete „nationale“ Ordnung Europas war am Ende des 19. Jahrhunderts schon längst überformt, entstellt und herausgefordert durch eine sich im Namen des Imperialismus so gewaltvoll wie effektiv vollziehende Form der Globalisierung.

Es ist eine historisch illegitime Verkürzung, den Imperialismus der damaligen Zeit schlicht als eine Art wild gewordenen Nationalismus zu verstehen. Zwischen dem nationalen Anspruch auf partikuläre Besonderheit gegenüber Anderen und dem imperialen Anspruch auf globale Einverleibung alles Anderen liegt ein so grundlegender Widerspruch, dass er zeitgenössisch nur durch die Einführung einer weiteren Zugehörigkeitskategorie versöhnt werden konnte: den Rassenbe-

griff.⁰⁴ Denn er hatte den Vorteil, die Nation statt in festen Grenzen als etwas zu denken, das vom Lokal-Familiären bis zum Globalen dehnbar war und dessen Erhalt und Größe von biopolitischen Praktiken der Reinhaltung und der Bekämpfung des Fremden abhing.

In diesem Kontext entstand der Nationalismus-Begriff als Name einer Ideologie, die mit dem hergebrachten Anspruch auf nationale Selbstbestimmung schon kaum mehr etwas zu tun hatte und sie durch Programme der nationalen Selbsterhaltung und Selbstverbesserung ablöste. Auch dort wo eine gemeinsame nationale Vergangenheit verherrlicht wurde, wie etwa im nationalen Denkmalskult der Jahrhundertwende, wurde nicht historisch erinnert, sondern ein mythischer Ursprung erfunden, um zu seiner praktischen Wiederherstellung noch radikaler aufrufen zu können.

Wie wir heute – und nicht zum ersten Mal – von der „Wiederkehr des Nationalismus“ sprechen, ging der Nationalismus des 19. Jahrhunderts immer schon von einer Rück- und Wiederkehr der Nation und des Nationalen aus. Nicht nur die bloße Überhöhung der eigenen Nation und die Anfeindung Anderer zeichnete ihn aus, sondern ebenso die Idee, zu einer idealen, ursprünglich einmal existenten, dann aber verlorenen Einheit und Gemeinschaftlichkeit zurückzukehren beziehungsweise diese um jeden Preis wiederherzustellen. Von der nationalen Mythisierung des Arminius in Deutschland oder des Vercingetorix in Frankreich um 1800 bis zum heutigen identitären und rechtspopulistischen Aufruf, das eigene Land und die ursprüngliche Heimat zurückzuerobern, finden sich in allen Nationalismen Verweise auf eine solche mythische Ursprünglichkeit.

Dieses Ursprungsdenken erklärt sich aus dem historischen Entstehungszusammenhang der modernen Nationalidee, die selbst aber mit solchen Ursprüngen und fernen Idealzuständen nichts zu tun hatte. Denn nüchtern betrachtet, entstand die Idee der Nation genau dort, wo im 18. und 19. Jahrhundert staatliche Herrschaft immer weniger über das Ständische und immer stärker über das Prinzip der Volkssouveränität legitimiert wurde, was die Frage aufwarf, wer zu den Trägern dieser neuen Legitimitätsquelle gehören sollte. Hier ging es um die Ablösung und Überwindung hergebrachter Zugehörigkeiten und um die Etablierung

01 Vgl. Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991 (1983); Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation: Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt/M. 2007 (1983); Eric Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus: Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt/M. 2005 (1990).

02 Zur Debatte vgl. etwa Andreas Wirsching et al. (Hrsg.), *Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie*, Stuttgart 2018.

03 Vgl. hierzu Reinhart Koselleck u. a., Art. „Volk, Nation, Nationalismus, Masse“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 141–451.

04 Vgl. Christian Geulen, *Wahlverwandte. Rassendiskurs und Nationalismus im späten 19. Jahrhundert*, Hamburg 2004.

einer neuen, rationalen und politischen Willensgemeinschaft, nicht um Wiederherstellung eines Ursprungszustands. Die Nation war anfänglich nichts Anderes als ein Teil der Menschheit, das sich eine gemeinsame staatlich-politische Ordnung gibt. Sie war Ausdruck der partikularen Konkretisierung jener universalen und demokratischen Werte, die die Aufklärung formuliert hatte.

Doch um die neue politische Gemeinschaft zu begründen und gegen restaurative Kräfte durchzusetzen, wurde eine mythische Ursprungs- und Herkunftsgeschichte erfunden. Den Deutschen dienten die Germanen, den Franzosen die Gallier, den Engländern die Angelsachsen und den US-Amerikanern die angeblich Besten und Stärksten Europas als mythische Ur- und Vorbilder der eigentlich völlig neu zu errichtenden Nationalgemeinschaft. Damit wurde die moderne Nation politischer Platzhalter eben jener vormodernen, hergebrachten Bindungen, die sie eigentlich radikal auflöste. Und seitdem ist sie Ausdruck eines doppelten und in sich widersprüchlichen Versprechens: nämlich Zugehörigkeit zum einen als rational, politisch und damit wählbar, zum anderen als vorgegeben, festgelegt und unteilbar zu denken. Es sind diese Befunde, aus denen die Nationalismusforschung seit den 1980er Jahren den Leitsatz ableitet, dass nicht die Nationen den Nationalismus, sondern der Nationalismus die Nationen hervorbringt – einschließlich ihrer Herkunftsmythen.⁰⁵

Bezeichnenderweise kannte die deutsche Sprache des 19. Jahrhunderts für jene beiden Formen, nationale Zugehörigkeit zu denken – die rational-politische und die organisch-vorpolitische –, auch zwei verschiedene Begriffe. Während der Begriff der Nation damals vor allem jene angeblich gewachsene, auf der Gemeinsamkeit von Sprache, Kultur und Abstammung basierende Einheit meinte, wurde die rein politische Einheit eines staatlichen Verbandes als „Volk“ bezeichnet. Der Staatsrechtler Johann Caspar Bluntschli formulierte es in seiner Ausführung des Nationalitätenprinzips so: „Jede Nation hat das Recht, einen Staat zu bilden, das heißt: Volk zu werden.“⁰⁶ Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war es für die meisten Zeitgenossen selbstverständlich, dass die Österrei-

cher zwar ein eigenes Volk bildeten, aber keine eigene Nation waren. Erst die völkische Bewegung und der rassistische Nationalismus machten aus dem Begriff der Nation eine politische Programmatik und aus dem Begriff des Volkes eine biologisch-populationstheoretische Größe. Nach dieser semantischen Verkehrung und Verwirrung war es dem Nationalsozialismus ein Leichtes, die Bedeutungen fast aller Zugehörigkeitsbegriffe, der Nation, des Volkes, der Kultur, der „Rasse“ oder des Stammes, in seinem biopolitischen Konzept der „Volksgemeinschaft“ einzuschmelzen.

EIN NEUER NATIONALISMUS

Die Verschmelzung des politischen mit dem vorpolitischen Bedeutungsgehalt im Begriff der Nation ist bis heute nicht rückgängig gemacht worden. Noch heute fällt es uns schwer, die formale Staatszugehörigkeit als hinreichendes Kriterium nationaler Zugehörigkeit zu akzeptieren. Wir wollen einerseits Nationen primär als politische Gemeinschaften denken, wehren uns gegen Ansprüche einer biologisch-ethnischen Bestimmbarkeit von Nationen und sind der Überzeugung, erst kürzlich noch auf dem Weg zu Europäern und Weltbürgern gewesen zu sein, für die nationale Grenzen eigentlich keine Bedeutung mehr haben. Andererseits aber denken wir unsere Nation unwillkürlich als etwas, das dann doch aus mehr besteht als nur aus einem Pass und den damit einhergehenden Rechten und Pflichten. Wir reden von notwendigen Sprach- und Integrationskursen für Neubürger, von Anpassung, von Leitkulturen, Werten und Traditionen, die nun mal zu uns gehören; wir reden von nationalen Identitäten, Kulturen und Eigenheiten; und wir reden von Einwanderern und anderen Kulturen, die besser, und solchen, die schlechter zu uns passen.

Die Trennung zwischen einem politischen und einem vorpolitischen Verständnis der Nation ist idealtypisch. Denn vorpolitische Zugehörigkeitsgefühle können jederzeit politisiert werden ebenso wie umgekehrt, etwa im Konzept des Verfassungspatriotismus, versucht wurde, aus der rechtlich-formalen Zugehörigkeit eine emotionale Bindung abzuleiten.⁰⁷ Dennoch scheint es gerade heute wichtiger denn je zu sein, an diese Unterscheidung

⁰⁵ Vgl. etwa Hans-Ulrich Weher, *Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen*, München 2011.

⁰⁶ Johann Caspar Bluntschli, Art. „Volk und Nation“, in: ders./Carl Ludwig Brater (Hrsg.), *Deutsches Staatswörterbuch*, Bd. 7, Stuttgart 1862, S. 155.

⁰⁷ Vgl. Dolf Sternberger, *Verfassungspatriotismus*, Frankfurt/M. 1990.

zu erinnern: nicht nur, weil die Geschichte des modernen Nationalismus ohne sie kaum angemessen zu verstehen ist, mehr noch, weil der politische Sinn des Nationalen heute vielleicht gefährdeter ist, als er es je war. Denn was sich in den jüngsten, meist populistisch agierenden Formen des Nationalismus zeigt, ist weit mehr als nur eine Rückbesinnung und neue Überhöhung des national Eigenen. Vielmehr wird dieses national Eigene derzeit in gleich doppelter Weise völlig neu erfunden.

Erstens geht es, statt um den klassischen Ruf des Nationalismus nach politischer Anerkennung von Partikularität, heute in vielen Fällen um die national-partikulare Besetzung des Politischen überhaupt. So vertritt etwa der deutsche Rechtspopulismus eine Nation, die faktisch eine sehr kleine, geradezu eine Mikro-Partikularität darstellt: Ausgeschlossen ist, neben den einschlägigen Feindbildern Ausländer und Muslime, eigentlich jeder, der anders denkt und die „Lügenpresse“ liest. Dieser, glücklicherweise noch recht kleinen Nationalgemeinschaft, geht es in ihren Kampagnen und Slogans nicht darum, ihr besonderes Bild der Nation – oder wie sie sein sollte – in den Vordergrund zu stellen und etwa durch mythische oder historische Erzählungen zu begründen. Der heutige Nationalismus ist viel geschichtsvergessener als alle seine Vorläufer, nur selten mobilisiert er Herkunfts- und Ursprungsmythen. Stattdessen stellt er sein enges, ethnozentrisches und vollkommen vorpolitisches Nationsverständnis unmittelbar in den Raum des Politischen – und das gerade nicht mehr im Namen der Nation, sondern mit dem Anspruch, das Politische und die Demokratie selbst neu zu erfinden: „Wir sind das Volk“. Vielleicht ist dieser neue Nationalismus in der Tat der erste, der eine solche unmittelbare, fast kurzschlussartige Gleichsetzung und Identität zwischen dem *Demos* und dem *Ethnos* herstellt. Das ist das doppelte Versprechen, das dieser neue Nationalismus verkaufen will: die Neuerfindung von Demokratie und Volkssouveränität bei gleichzeitigem Festhalten an der Idee, dass dieses Volk im Kern eine biologische Abstammungsgemeinschaft ist. Weder von der Nation als politischer Willensgemeinschaft noch von der vorpolitischen Nation als ein historisch gewachsenes Stück Menschheit bleibt in dieser Melange viel übrig. An ihre Stelle treten Populismus und Biopolitik.

Zweitens unterläuft oder überspringt der neue Nationalismus die gegebenen nationalen und nationalstaatlichen Grenzen mühelos – ein weiteres

Indiz für ein neues Nationsverständnis. So bilden die nationalpopulistischen Bewegungen Europas eine auch öffentlich auftretende Interessengemeinschaft, die wenig mit einer internationalen Solidarität der Nationalisten, viel aber mit einem transnationalen Bund der Fremdenfeindlichkeit zu tun hat. Diese Verbrüderung der neuen, eigentlich streng ethnozentrischen Nationalismen greift noch weiter aus, bis nach Russland und über den Atlantik. Und selbst dort, wo wir es – wie in Sachsen – scheinbar mit regional und kommunal besonderen Spielformen des neuen Nationalismus zu tun haben, verrät schon die Namensgebung eine ganz andere Dimension: „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Als hätte dieser Nationalismus von der Umweltbewegung gelernt: „Think globally, act locally.“ Die Nation, für die hier geworben und protestiert wird, ist eigentlich keine gegebene Partikularität mehr, sondern ein diffuses, aber umso flexibleres Programm der Stiftung von Gemeinschaftlichkeit durch Ausgrenzung und Anfeindung von allem, was irgendwie fremd erscheint.

Angeichts solcher Phänomene und Merkmale fällt es schwer, diesen neuen Nationalismus als eine Wiederkehr überwunden geglaubter Partikularismen und nationaler Identitäten zu beschreiben. Vielmehr muss die uns geläufige Entgegensetzung von nationalen und sub- oder transnationalen Zugehörigkeiten sowie das Verhältnis von politischen und vorpolitischen Bindungen hinterfragt werden. Das betrifft nicht nur unseren Blick auf die neuen Nationalismen, sondern ebenso auf den Prozess der europäischen Einigung. Die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums ohne Zölle und ohne Grenzen kann immer noch als eine erstaunliche Leistung der europäischen Nachkriegsgeschichte gelten. Aber ohne eine europäische Verfassung, ohne europäische Öffentlichkeit, ohne eine erneuerte Legitimierung der europäischen Institutionen und ohne europäische Solidarität wird es mit Europa nicht weitergehen.

Es wäre aber verfehlt, den europäischen Einigungsprozess als eine große, endgültige Überwindung des Nationalen zu denken. Denn das würde Instanz, Begriff und Idee der Nation für eben jene neuen Nationalismen freistellen, die jetzt schon dabei sind, sie in ihrem Sinne in etwas ganz Anderes zu transformieren. Vor diesem Hintergrund ebenso wie angesichts der Tatsache, dass unser Europa einmal mit dem Versöhnungsakt vormals

verfeindeter Nationalstaaten begann, wäre es vielleicht an der Zeit, die Nation gleichsam „gegen ihre Liebhaber und Verächter“ zu verteidigen. Politische Gemeinschaften, das zeigt nicht zuletzt die Geschichte der modernen Nationen selbst, gelingen dort am ehesten, wo sie gegebene, hergebrachte Zugehörigkeitsformen nicht einfach überwälzen oder gar verdrängen, sondern auf diesen aufbauend eine neue, übergreifende Form der Solidarität stiften. Trotz aller Probleme, die sie mit sich bringen, zeugen nicht zuletzt föderale Strukturen von diesem Effekt.

Die Zugehörigkeitsformen innerhalb Europas aber sind primär nationalstaatliche. Den von Staatsoberhäuptern beschlossenen und umgesetzten Strukturen und Institutionen Europas müsste also eine europäisch-demokratische Legitimitäts- und auch Solidaritätsquelle nachwachsen.⁰⁸ Träger dieser Legitimitätsquelle können aber weder ein imaginäres europäisches Volk noch eine imaginäre europäische Nation sein, sondern nur die europäischen Nationen selbst, die jenseits des Europäischen Parlaments, wie es bisher existiert, als partikulare Willensgemeinschaft gleichberechtigt an der größeren europäischen Gemeinschaft und ihrer politischen Gestaltung teilhaben müssten. Das wäre das Ideal; seine Konkretisierung würde derzeit etwa den osteuropäischen Staaten wohl ebenso schwerfallen wie dem ökonomischen Monopolisten Deutschland. Wichtiger aber als die Realisierbarkeit solcher Ideen ist die prinzipielle Einsicht, dass ein Europa, das sich weiterhin primär als Überwindung nationaler Grenzen und Differenzen versteht, eben jenem neuen Nationalismus Tür und Tor öffnet, der mithilfe seiner übergreifenden, flexiblen und beliebig verschiebbaren Logik der Fremdenfeindlichkeit in dieser Überwindung gegebener Zugehörigkeiten schon viel weiter ist.

ZURÜCKBLICKEN, NICHT GLEICHSETZEN

Historische Rückblicke können zur Lösung dieser Probleme im zukünftigen Umgang mit dem Nationalen beitragen. Historisch zurückzublicken heißt aber nicht gleichzusetzen, wie es derzeit oft mit dem Verweis auf Weimarer Zeiten geschieht. So sehr sie zum Debattieren oder sogar zum historischen Denken anregen können, haben

geschichtliche Parallelisierungen immer auch zwei problematische bis fatale Effekte: Zum einen projizieren sie gegenwärtige Verhältnisse in die Vergangenheit zurück und verfälschen diese bis zu dem Punkt, an dem sie als eine andere Vergangenheit, die historiografisch ein neues Licht auf die Gegenwart werfen könnte, verschwindet. Zum zweiten reden sie herbei, was sie als Diagnose ausgeben: Wenn wir uns genügend einreden, in einer Situation wie kurz vor 1933 zu leben – dann wird sich früher oder später auch jemand finden, der zur „Machtergreifung“ aufruft.

So oft es derzeit auch zu lesen ist, wir leben *nicht* in Weimarer Zeiten, denen ein überhöhter und radikaler Nationalismus nachgesagt wird, der sich in einer schwachen Demokratie breitgemacht habe, die ihm schließlich zum Opfer gefallen sei. Ein genauerer Blick auf die Weimarer Zeit wie auch auf die Jahrzehnte zuvor kann demgegenüber auch eine ganz andere Lehre aus der Geschichte ziehen: dass nämlich nationalistische Bewegungen ihre gewalttätigsten und grausamsten Formen keineswegs nur dort annehmen, wo die Nation überhöht und verherrlicht wird, sondern dort, wo sie als politischer-partikularer und auch identitärer Bezugsrahmen untergraben, ausgehöhlt und durch neue imaginäre Zugehörigkeiten ersetzt wird. Ebenso kann historisch erkennbar werden, dass der größte Feind der Demokratie nicht unbedingt in der Gestalt einer veralteten, sich direkt gegen Modernisierung und Demokratie richtenden und rückwärts orientierten Weltanschauung auftreten muss, sondern ebenso in Gestalt einer Ideologie, die unser Verständnis von Nation wie von Demokratie völlig neu erfinden will. Mit anderen Worten: Gerade die scheinbar ewige Wiederkehr des Nationalismus sollte uns nicht blind machen: weder für das, was heute wirklich neu und gewiss nicht wiedergekehrt ist, noch für das, von dem wir nie geglaubt hätten, dass es wiederkehren könnte.

Der Beitrag beruht auf dem Einführungsvortrag zur Tagung „Wir zuerst! Nationalismus in Deutschland und Europa“ der Bundeszentrale für politische Bildung, die vom 5. bis 6. September 2018 in Mainz stattfand.

CHRISTIAN GEULEN

ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte und ihre Didaktik an der Universität Koblenz-Landau.
geulen@uni-koblenz.de

⁰⁸ So ähnlich formuliert bei Jürgen Habermas, Die postnationale Konstellation, Frankfurt/M. 1998.

B6897F

Informationen

315 *zur politischen Bildung*

bpb:

2/2012

Das 19. Jahrhundert

Kostenfrei
Bestell.-Nr. 4315
www.bpb.de/izpb



NATIONALGESCHICHTE UND GLOBALGESCHICHTE

Wege zu einer „Denationalisierung“ des historischen Blicks

Julia Angster

Nationalgeschichte ist aus der Mode gekommen. Die Vorstellung, Geschichte spiele sich im Rahmen von Nationalstaaten ab, erscheint seit den 1990er Jahren zunehmend überholt. Die Erfahrungen der „Globalisierung“, der zunehmenden grenzüberschreitenden Verflechtung im ökonomischen wie kulturellen Bereich, und der Migration brachten einen anderen Blick auf Geschichte mit sich. Wenn insbesondere die Zeitgeschichtsschreibung die Aufgabe hat, nach der „Vorgeschichte gegenwärtiger Problemlagen“ zu fragen, dann greift der nationale Fragehorizont zu kurz.⁰¹ So hat sich in der jüngeren Geschichtswissenschaft eine Richtung entwickelt, die sich explizit gegen die Nationalgeschichte wendet.

In diesem Beitrag werde ich nationalgeschichtliche und globalgeschichtliche Ansätze und ihre Hintergründe vorstellen, ihre Gegensätze herausarbeiten und nach Wegen fragen, beide Richtungen miteinander zu verbinden. Denn die derzeit übliche Gegenüberstellung nationaler und globaler Perspektiven, die Vorstellung, beide schlossen sich gegenseitig aus, zielt an der Forschungspraxis des Fachs vorbei. Viele Historiker und Historikerinnen verbinden in ihren Arbeiten selbstverständlich unterschiedliche Ebenen miteinander. Viele Studien und Forschungsprojekte bewegen sich zwischen den Ebenen des Nationalen und des Globalen, indem sie den für ihre Themenstellung am besten passenden Rahmen wählen. Auf der konzeptionellen Ebene des Fachs, dort, wo es um die „Theorie“ und um die Frage des methodischen Zuschnitts geht, wird jedoch oft ein Gegensatz zwischen Nationalgeschichte und Globalgeschichte formuliert, den ich nicht für sinnvoll halte.

Natürlich verlangt niemand, dass sich nun alle als Globalhistoriker betätigen und um weltweite Verflechtung und Interaktion küm-

mern. Dazu fehlen in der Regel schon die nötigen sprachlichen und fachlichen Kompetenzen. Umgekehrt darf es aber auch nicht dabei bleiben, nationale Geschichten wie Bauklötze nebeneinander zu stellen und dabei eigentlich übergreifende historische Entwicklungen Land für Land aus einer binnen-nationalen Perspektive zu betrachten. Einsichten in die gemeinsamen Ursachen vieler Phänomene gingen darüber ebenso verloren wie der Sinn für über- und vernationalen Entwicklungslinien. Wie kann der nationale Denkraum in der Geschichtsschreibung überwunden werden, ohne dabei die nationale Ebene und ihre Themenfelder aufzugeben? Mein Argument ist, dass es dazu mehr braucht als eine additive Aneinanderreihung der verschiedenen räumlichen Ebenen des historischen Forschens: Es reicht nicht, sich auf der Skala, auf der das Lokale, Regionale, Nationale, Internationale und Globale angesiedelt sind, nach „oben“ oder „unten“ zu bewegen. National- und Globalgeschichte werden gern als Perspektiven beschrieben, als Varianten des historischen Blicks, die man als Voreinstellung wählt und dann beibehält. Nationalgeschichte erscheint dabei in erster Linie als eine durch territoriale Grenzen definierte Perspektive, während Globalgeschichtsschreibung sich um die Überwindung dieser Grenzen bemüht.

Doch umfasst der nationale Denkraum meiner Meinung nach weitaus mehr an Vorannahmen als die territoriale Begrenzung. Eine Überwindung dieses Denkraums muss daher auch tiefer gehen und sich mit dem Gesamtpaket dieser Vorannahmen befassen. Eine konsequente Historisierung dieses nationalen Denkraums würde es ermöglichen, Themenfelder der nationalen Ebene, wie beispielsweise Staatlichkeit und Rechtsordnungen, nicht mehr nur aus einer binnen-nationalen Perspektive zu untersuchen. Vor

allem, und das halte ich für zentral, ließe sich so die Entstehung des Nationalstaats und der nationalen Ordnung präziser analysieren. Denn die Tatsache, dass Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, aber eben auch Geschichte, vom späten 19. Jahrhundert bis um das Jahr 2000, zunächst in Europa und dann weltweit, nur im nationalen Rahmen denkbar waren und teilweise noch sind, ist selbst erklärungsbedürftig. Dies kann jedoch nicht aus einer nationalen Binnensicht untersucht werden. Wir sollten also Konzepte wie „Nationalstaat“, „Gesellschaft“ und dergleichen nicht als selbstverständliche, vorgegebene Analysekategorien verwenden, sondern sie als „Quellenbegriffe“ behandeln: als etwas, das in einer bestimmten Epoche aufkam, zeit- und ortsgebunden und von den jeweiligen Wertvorstellungen einer Zeit und einer Kultur geprägt ist. Dies wäre der Weg zu einer „Denationalisierung“ der historischen Perspektive, zu einer Geschichtsschreibung, die sich nicht auf andere, nicht-national konnotierte Räume und Themenfelder verlegt, sondern die alle Themen, auch die nationalen, aus einer analytisch distanzierten Außenperspektive behandelt.

NATIONALGESCHICHTE

Nationalgeschichte war seit dem späten 19. Jahrhundert die dominante Form der Geschichtsschreibung, nicht nur in Europa.⁰² Dies hatte mit der Bedeutung der Geschichtsschreibung für die Entstehung des Nationalstaats im 19. Jahrhundert zu tun. Diese Form der Staatlichkeit wurde definiert als die Verbindung von Staatsvolk, Staatsgebiet und legitimer Staatsgewalt.⁰³ Sie war Teil einer nationalen Konstellation des 19. Jahrhunderts, in der ein klar umgrenztes Territorium, staatliche Institutionen, Regeln und Praktiken und eine in diesem Territorium ansässige Bevöl-

kerung eng miteinander verbunden waren.⁰⁴ Die Zugehörigkeit zum Nationalstaat – und damit der Zugang zu politischen und sozialen Rechten – wurde anhand von unterschiedlichen und auch veränderlichen Kriterien definiert.⁰⁵ Dazu gehörten Anwesenheit im Land und Zustimmung zur politischen Ordnung, Sprache, Geschichte und Kultur, aber auch ethnische Abstammung oder sogar Zugehörigkeit zu einer imaginierten „Rasse“.⁰⁶

Tradition und gemeinsame Geschichte spielten hierbei lange Zeit eine wichtige Rolle: Den Nationalbewegungen im Europa der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging es darum, der Fürstenherrschaft eine neue Form der Herrschaftslegitimation entgegenzustellen: die Volkssouveränität. Die Nation sollte als politische Gemeinschaft ihre Interessen selbst steuern. Dazu musste jedoch festgelegt werden, wer zur Nation gehören sollte und wer nicht. Ein zentrales Kriterium dabei war die „gemeinsame Geschichte“. Aufgabe der Geschichtswissenschaft war es, diese nationale Geschichte zu schreiben und damit gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenhalt zu stiften.⁰⁷ Bei der Etablierung der Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert wurden so die „Selbstkonstituierung als wissenschaftliche Disziplin“ und die „Mitarbeit an der Konstituierung der Nation als imaginierter Gemeinschaft“ miteinander verknüpft, „die Institutionalisierung der Geschichtswissenschaft [war] Teil der inneren Nationsbildung“.⁰⁸ Dies war allerdings nicht in allen europäischen Ländern in derselben Weise der Fall, auch waren nicht alle Historiker im selben Maß beteiligt. Zudem konnte die Nationalgeschichte durchaus mit einem liberalen, freiheitlichen Impetus ver-

⁰¹ Vgl. Hans Günter Hockerts, Rezension von: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 15.5.2009, www.sehepunkt.de/2009/05/15019.html; vgl. auch Andreas Eckert, *Globalgeschichte und Zeitgeschichte*, in: APuZ 1–3/2012, S. 28–32.

⁰² Vgl. Christopher L. Hill, *National History and the World of Nations. Capital, State, and the Rhetoric of History in Japan, France, and the United States*, Durham–London 2008.

⁰³ Vgl. Georg Jellinek, *Allgemeine Staatslehre*, Berlin 1905², S. 381–420; Jens Kersten, *Georg Jellinek und die klassische Staatslehre*, Tübingen 2000; Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1980⁵, S. 822; Ernest Gellner, *Nations and Nationalism*, Ithaca u. a. 1983.

⁰⁴ Vgl. Charles S. Maier, *Transformations of Territoriality 1600–2000*, in: Gunilla Budde/Oliver Janz/Sebastian Conrad (Hrsg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Jürgen Kocka zum 65. Geburtstag, Göttingen 2006, S. 32–55.

⁰⁵ Vgl. Dieter Gosewinkel, *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2001.

⁰⁶ Zum Rassenbegriff siehe u. a. Stuart Hall, *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*, Hamburg 1994; George M. Fredrickson, *Rassismus. Ein historischer Abriss*, Hamburg 2004.

⁰⁷ Vgl. für die „Ingredienzien“ der europäischen Nationalgeschichten Stefan Berger, *Narrating the Nation. Die Macht der Vergangenheit*, in: APuZ 1–2/2008, S. 7–13.

⁰⁸ Christoph Conrad/Sebastian Conrad (Hrsg.), *Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich*, Göttingen 2002, S. 19f.

bunden sein. Sie konnte aber eben auch, wie im deutschen Fall die „borussische“ Schule, die die deutsche Reichsgründung 1871 zum Fokus ihrer Erzählung machte, sehr obrigkeitlich und staatstragend sein. Vor allem in Deutschland fand sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine starke Konzentration auf staatliches Handeln in der Geschichtsschreibung, die den Weg zur nationalen Einigung als staatliche Aufgabe in den Mittelpunkt stellte, die Großmachtpolitik des Kaiserreichs unterstützte und dazu eine Linie zog „von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt“.⁰⁹ Geschichtswissenschaft zeichnete so den Weg zur Nationsbildung nach und konstruierte diese Nation dabei zugleich selbst. Dabei war die Abgrenzung der „eigenen“ von der „fremden“ Geschichte ein wesentlicher Aspekt.¹⁰ Die Nation und der Nationalstaat standen nicht nur in den neugegründeten Nationalstaaten im Mittelpunkt der Geschichtsschreibung.¹¹

Auch im 20. Jahrhundert blieb es, mit einigen Ausnahmen, bei der nationalen Orientierung des Fachs „Neuere und Neueste Geschichte“. Dies gilt besonders für die Bundesrepublik Deutschland, wo noch in den 1970er und 1980er Jahren bittere Kontroversen darüber ausgetragen wurden, ob Politik- oder Sozialgeschichte – Regierungshandeln oder gesellschaftliche Konflikte – die „eigentliche“ Geschichte ausmachten.¹² Beide Seiten waren dabei jedoch durch ihre nationale Perspektive geeint: Der

Nationalstaat und die nationale Gesellschaft waren ihr Gegenstand und ihr Erkenntnis-horizont.¹³ Dabei wurden die Nationalstaaten durchaus im Rahmen einer internationalen Ordnung gesehen. Die Beschäftigung mit Außenpolitik und internationalem Staatensystem, überhaupt die Beziehungen zu und Abgrenzung von anderen Nationen und die Auseinandersetzungen und Bündnisse mit anderen Nationalstaaten, gehörten zur Nationalgeschichtsschreibung dazu.

GLOBALGESCHICHTE

Dagegen regte sich seit etwa 1990 allmählich wachsender Widerstand im Fach. Nationalgeschichte wurde hinterfragt. Der Historiker Jürgen Osterhammel schrieb 2001: „Nationalgeschichte ist nicht der historiographische Normalfall.“¹⁴ Hier lässt sich eine „historiographische Revolution“ erkennen, wie es der Historiker Akira Iriye nennt, eine breite Hinwendung zu transnationalen und globalen Perspektiven.¹⁵ Seinen Ausgangspunkt hatte dieser Richtungswechsel zunächst in der englischsprachigen Welt, vor allem in der US-amerikanischen und britischen Geschichtswissenschaft und unter Historikern und Historikerinnen aus den ehemaligen Kolonien.¹⁶ Seit Mitte der 2000er Jahre wurde diese Entwicklung auch in Deutschland rezipiert.¹⁷ Hintergrund dieser innerfachlichen Entwicklung waren die Erfahrungen zunehmender globaler Verflechtung sowohl im Bereich von Wirtschaft und Finanzen als auch in den Bereichen Mobilität, Kommuni-

09 Wolfgang Hartwig, *Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und borussianisches Geschichtsbild*, in: ders., *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990, S. 103–160.

10 Vgl. Michael Jeismann, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992; Conrad/Conrad (Anm. 8), S. 20.

11 Vgl. ebd.; Stefan Berger et al. (Hrsg.), *Writing National Histories. Western Europe Since 1800*, London 1999; Benedikt Stuchtey/Peter Wende (Hrsg.), *British and German Historiography 1750–1950. Traditions, Perceptions, and Transfers*, Oxford 2000; Lynn Hunt, *Writing History in the Global Era*, New York–London 2014; Eckert (Anm. 1); Hans Peter Hye/Brigitte Mazohl/Jean Paul Niederkorn (Hrsg.), *Nationalgeschichte als Artefakt. Zum Paradigma „Nationalstaat“ in den Historiographien Deutschlands, Italiens und Österreichs*, Wien 2009.

12 Zur Einordnung und Bewertung dieser Debatten in der alten Bundesrepublik vgl. Eckart Conze, „Moderne Politikgeschichte“. Aporien einer Kontroverse, in: Guido Müller (Hrsg.), *Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1998, S. 19–30.

13 Vgl. Eckart Conze, *Nationale Vergangenheit und globale Zukunft. Deutsche Geschichtswissenschaft und die Herausforderung der Globalisierung*, in: Jörg Baberowski et al., *Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte*, Stuttgart–München 2001, S. 43–65, insb. S. 52.

14 Jürgen Osterhammel, *Transnationale Gesellschaftsgeschichte: Erweiterung oder Alternative?* in: *Geschichte und Gesellschaft* 27/2001, S. 464–479, hier S. 474.

15 Akira Iriye, *Global and Transnational History. The Past, Present, and Future*, Houndmills–Basingstoke 2013.

16 Vgl. Christoph A. Bayly, *The Birth of the Modern World 1780–1914*, Malden u. a. 2004; Jane Burbank/Frederick Cooper, *Empires in World History. Power and the Politics of Difference*, Princeton 2010; Richard Drayton, *Nature's Government. Science, British Imperialism and the Improvement of the World*, New Haven 2000; Erez Manela, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007.

17 Vgl. Eckert (Anm. 1); hier auch zu Beispielen für Zeitgeschichte aus einer globalhistorischen Perspektive.

kation und Kultur seit den 1980er Jahren.¹⁸ Anfangs, in den 1990er Jahren, war es noch die sogenannte transnationale Geschichte gewesen, die die nationale Begrenzung des historischen Blicks aufweichen sollte. Hier ging es zuerst um die Beziehungen zwischen unterschiedlichen nationalen Gesellschaften, also um Beziehungen und Transfer jenseits des Regierungshandelns, häufig mit einer kulturgeschichtlichen Fragestellung verbunden. Bald wurde der Begriff „transnational“ jedoch ausgeweitet und auf Themenfelder angewandt, die gar nicht mehr in den nationalen Rahmen passten, die nationale Ebene ignorierten, anstatt über die nationalen Grenzen hinweg zu arbeiten.¹⁹ Von da aus war es nicht mehr weit zum Konzept der „Globalgeschichte“.

Globalgeschichte meint dabei nicht Welt- oder Universalgeschichte, nicht die geografische Ausdehnung des Gegenstands, meint also nicht „überall“ oder „weit weg“, sondern eine andere Perspektive. Gemeint sind „Ansätze, die sich für Verflechtung und eine relationale Geschichte der Moderne interessieren, nicht-eurozentrisch argumentieren und nationalgeschichtliche Grenzen überwinden wollen“.²⁰ Es gibt keine verbindliche Definition von Globalgeschichte.²¹ Ihre Vertreter stellen jedoch allesamt Prozesse der Verflechtung, des Transfers und der Entgrenzung in den Mittelpunkt. Diese Fachrichtung hat große Aufmerksamkeit, viele überzeugte Anhänger

und auch einige entschiedene Gegner gefunden. Ihr zeitlicher Schwerpunkt liegt „deutlich auf der Zeit vor 1900“,²² ihr thematischer insbesondere im Feld der Imperial- und Kolonialgeschichte, der europäischen Expansion, der „Zivilisierungsmission“, dem Machtgefälle und den Interdependenzen zwischen Metropolen und Peripherie, zwischen Europa und der „außereuropäischen Welt“.²³ Hier haben sich die Perspektiven der Kulturgeschichte, des Postkolonialismus und der Verflechtungsgeschichten fruchtbar niedergeschlagen und zu einem anderen Blick auf bisherige Selbstverständlichkeiten, zu neuen, und wenn man es so nennen mag, postnationalen Paradigmen geführt.²⁴ So geht es der Globalgeschichte auch darum, die sozialwissenschaftlichen und historiografischen Begrifflichkeiten zu reflektieren, die einen oft sehr von europäischen Verhältnissen geprägten Blick auf die Welt vorgeben. Sie wendet sich gegen die Vorstellung, die europäischen Nationalstaaten seien der „Motor der Weltgeschichte“ gewesen, während die Kulturen sämtlicher anderer Kontinente unter die Rubrik „außereuropäische Geschichte“ fielen und damit über ihre Differenz zu Europa definiert wurden. Stattdessen wird Europa als eine Weltgegend unter anderen betrachtet, die miteinander in engem Austausch standen und sich gegenseitig beeinflusst haben.²⁵

Zwei grundsätzliche Ziele prägen also diese Fachrichtung: die Überwindung der nationalen Begrenztheit der Perspektive und die Überwindung des Eurozentrismus in der Geschichtswissenschaft. Antrieb war dabei vor allem die „Unzufriedenheit mit der (...) Tendenz, nationale Geschichten als Geschichte in sich abgeschlossener Räume zu konzipieren“.²⁶ Insofern lässt sich behaupten, dass das Nationale ein zentraler Begriff der Globalgeschichtsschreibung ist, wenn auch sozusagen ex negativo: Die Abgrenzung von

18 Vgl. Johann P. Arnason, *Nationalism, Globalization and Modernity*, in: Mike Featherstone (Hrsg.), *Global Culture. Nationalism, Globalization and Modernity. A Theory*, London u.a. 1990, S. 207–236.

19 Vgl. Jürgen Osterhammel, *Geschichte jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich*, Göttingen 2001; Kiran Klaus Patel, *Nach der Nationalfixiertheit. Perspektiven einer transnationalen Geschichte*, Berlin 2004; Philipp Gassert, *Transnationale Geschichte*, Version: 2.0, 29.10.2012, http://docupedia.de/zg/gassert_transnationale_geschichte_v2_de_2012.

20 Sebastian Conrad/Andreas Eckert/Ulrike Freitag (Hrsg.), *Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen*, Frankfurt–New York 2007, S. 7. Siehe außerdem u.a. Sebastian Conrad, *Globalgeschichte. Eine Einführung*, München 2013; Roland Wenzlhuemer, *Globalgeschichte schreiben. Eine Einführung in 6 Episoden*, Stuttgart 2017; Dominic Sachsenmaier, *Global Perspectives on Global History. Theories and Approaches in a Connected World*, Cambridge 2011; Matthias Middell, *Die Verwandlung der Weltgeschichtsschreibung. Eine Geschichte vom Beginn des 21. Jahrhunderts*, in: *Comparativ* 6/2010, S. 7–19, hier S. 10; Pamela Kyle Crossley, *What is Global History?*, Cambridge 2008; Bruce Mazlish, *The New Global History*, New York u.a. 2006.

21 Dominic Sachsenmaier spricht gar von „[t]he necessary impossibility of defining global history“. Sachsenmaier (Anm. 20), S. 70.

22 Eckert (Anm. 1), S. 29.

23 Vgl. Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009; Bayly (Anm. 16).

24 Vgl. Sebastian Conrad/Shalini Randeria (Hrsg.), *Jenseits des Eurozentrismus: Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt/M. 2002; Edward W. Said, *Orientalism*, New York 1978; Homi K. Bhabha, *The Location of Culture*, London 1994; Gayatri Chakravorty Spivak, *In Other Worlds: Essays in Cultural Politics*, New York 1987.

25 Vgl. Dipesh Chakrabarty, *Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung*, Frankfurt/M. u.a. 2010.

26 Conrad (Anm. 20), S. 7.

der Nationalgeschichte, von ihren Gegenständen, Ansätzen und Methoden, ist wesentlich für die Definition und das Selbstverständnis der Globalgeschichte.

Damit öffnet diese Fachrichtung eigentlich ein weites Feld für eine grenzüberschreitende und verflochtene Neukonzeptionierung nationaler Geschichte. Allerdings hat das Ziel der Überwindung nationaler Begrenztheit bei der Wahl der Gegenstände häufig dazu geführt, dass Themenfelder wie Nation und Nationalismus, Staat, Recht und Verwaltung eben nicht aus einer globalhistorischen Perspektive analysiert, sondern eher gemieden wurden.²⁷ In der Regel werden Themenfelder bevorzugt, in denen das Transnationale sowie globale Verflechtungen leichter greifbar werden, wie das Feld der Imperialgeschichte, die Geschichte der Ozeane, der Sklaverei oder der Migration. Auch bieten sich kulturgeschichtliche Themenfelder eher an als „harte“ Themen, die zudem in den vorangegangenen Jahrzehnten eher als Domäne einer methodisch traditionell ausgerichteten Geschichtswissenschaft gegolten hatten, insbesondere in Bezug auf den Staat oder staatliche Institutionen und Akteure.

So wird meiner Meinung nach die Abgrenzung der Globalgeschichte von der Nationalgeschichte bislang noch zu stark von der räumlichen Differenzierung zwischen der nationalen und der globalen Ebene, also von der Skalierung her gedacht.²⁸ „Nur“ die nationalen Grenzen überwinden zu wollen, greift meiner Meinung nach zu kurz. Die „globalhistorische Neuausrichtung“ sollte sich stattdessen kritisch mit dem Gesamtpaket des nationalen Denkrahmens auseinandersetzen, der über die räumliche Begrenzung weit hinausreicht. Vielmehr sind hier Fragen des Geschichtsverständnisses, der Zugehörigkeit und Teilhabe, der Konzepte von Zeitlichkeit und der Rolle des Staates eingeschlossen. Und gerade hier hat die Globalgeschichte wichtige perspektivische Angebote zu machen, die sich aber noch stärker präzisieren ließen. Das setzt jedoch eine Historisierung des nationalen (wie auch des glo-

balen) Denkrahmens voraus und die Bereitschaft, sich auch – aber anders – mit denjenigen Gegenständen zu befassen, die bisher in der Regel der Nationalgeschichte überlassen wurden.

WEGE ZU EINER „DENATIONALISIERUNG“ DES HISTORISCHEN BLICKS

Der Weg zu einer neuen, um die Perspektiven der transnationalen beziehungsweise globalgeschichtlich erweiterten Geschichte der nationalen Ebene setzt zunächst also eine Auseinandersetzung mit der Frage voraus, was im nationalen Denkrahmens – über die territoriale Begrenztheit hinaus – eigentlich alles enthalten ist und die Fragestellungen der Geschichtswissenschaft prägt. Was meine ich mit „nationalem Denkrahmens“, um welche Begriffe und Grundannahmen geht es, und worin bestünden hier die perspektivischen Angebote der Globalgeschichte?

Zu den problematischen Grundkonzepten des nationalen Denkrahmens gehört zunächst die Vergegenständlichung des Nationalen, die Vorstellung, die Nation existiere als vorgegebenes Faktum, als eindeutig bestimmbare Einheit. Anstatt als Gegenstände müssten Nation und Nationalstaat jedoch als „Quellenbegriffe“ gefasst werden, als eine Selbstbeschreibung der jeweiligen Zeitgenossen, die historisch geworden und wandelbar ist. Sie sind Teil einer nationalen „gedachten Ordnung“, die Konzepte wie Staat, Gesellschaft und Bevölkerung sowie Raum und Territorium, Zeitkonzepte und Vorstellungen von Geschichtlichkeit verbindet.²⁹ Diese Ordnung war enorm wirkmächtig und effektiv; so erfolgreich, dass sie seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht mehr grundsätzlich infrage gestellt wurde.³⁰ Dennoch ist „Nation“ ein ambivalenter Begriff. Er bezeichnet einerseits einen politischen Verbund, also eine Gruppe, die sich im Willen zur politischen Selbststeuerung zusammenschließt. Die Nation besteht hier aus denen, die über politische Teilhaberechte verfügen.

²⁷ Vgl. jedoch als wichtige Ausnahme Sebastian Conrad, *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, München 2010².

²⁸ Angelika Epple, *Lokalität und die Dimensionen des Globalen. Eine Frage der Relationen*, in: *Historische Anthropologie* 1/2013, S. 4–25; dies., *Relationale Geschichtsschreibung: Gegenstand, Erkenntnisinteresse und Methode globaler und weltregionaler Geschichtsschreibung*, 2. 11. 2017, www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-4291.

²⁹ Vgl. Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983; Manfred Steger, *Rise of the Global Imaginary*, Oxford 2006, S. 6, allgemein S. 1–18; Charles Taylor, *Modern Social Imaginaries*, Durham–London 2004, S. 2, S. 23–26. Für die „Neuverhandlung“ dieser gedachten Ordnung seit den 1980er Jahren siehe demnächst Almuth Ebke, *Britishness. Die Neuverhandlung Großbritanniens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, München 2019 (i.E.).

³⁰ Vgl. Conze (Anm. 13), S. 45.

Der Begriff meint aber zugleich auch die Selbstbeschreibung dieser Gruppe als Personen, die von vorneherein durch spezifische Merkmale, durch Ähnlichkeit verbunden sind.³¹ Diese Lesarten des Nationsbegriffs sind nicht deckungsgleich. Dies hat zu wiederholten – und stets vergeblichen – Versuchen geführt, Klarheit darüber herzustellen, wer denn nun zur Nation gehöre und wer nicht, wer also über politische und soziale Teilhaberechte verfügen solle.³² Für die Geschichtswissenschaft heißt dies aber, dass die Vorstellung, es gebe klar voneinander abgrenzbare Nationen, deren Geschichte jeweils zu schreiben ist, nicht unreflektiert übernommen werden darf, sondern als Quellenperspektive behandelt werden muss.

Zu bedenken ist zudem, dass die Nationalisierung von Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert selbst eine Reaktion auf die wachsende globale Verflechtung war, eine Antwort auf Massenmigration, auf steigende Mobilität, auf Industrialisierung und Welthandel.³³ Und hier wird deutlich, dass das Nationale und das Globale eben nicht als verschiedene Gegenstände oder separate Bereiche zu verstehen sind. Die Entstehung des Nationalstaats war vielmehr selbst mit Prozessen der Entgrenzung verbunden, wie es der Historiker Dieter Langewiesche beschreibt: „Die Lebenswelten der Menschen wurden weiträumiger, ihre Erfahrungen griffen über die lokalen und regionalen Lebensräume hinaus, die sozialen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen dehnten sich aus.“³⁴ Dazu gehörte neben der zunehmenden Integration der Weltwirtschaft vor allem die Massenmigration, die zur Erfahrung von inhomogenen Gesellschaften, zu Bedrohungsgefühlen durch Seuchen und Armut und nicht zuletzt auch zu Verunsicherung durch Kulturbegegnungen führte. Aber auch die Erfahrungen des europäischen Kolonialismus und dessen Rückwirkungen auf Europa lassen sich dazu zählen. Der technische Wandel im Bereich der Mobilität, die durch Eisenbahn und

Dampfschiff revolutioniert wurde, und der Kommunikation, die durch die Telegrafie nun weltweit „in Echtzeit“ möglich wurde, ließ räumliche Distanzen schrumpfen. Die ökonomische und soziale „Dynamik“ der Hochindustrialisierung und der Urbanisierung um die Jahrhundertwende trugen ebenfalls zu diesem Eindruck tief greifenden Wandels bei.³⁵ Nationalismus ließe sich so gesehen als Umgang mit den Erfahrungen von Differenz und Fremdheit werten; die scharfe Abgrenzung der nationalen Territorien und die Zuordnung der Bevölkerung zu diesen Territorien durch Staatsangehörigkeit, Pass, Einwohnermeldeamt und Katasterkarte als Versuche, Mobilität zu kontrollieren und „klare Verhältnisse“ zu schaffen, gesellschaftliche Homogenität herzustellen und territoriale Grenzen festzulegen. Die Entstehung des nationalen Paradigmas selbst ist also in enger Verbindung mit zunehmender globaler Verflechtung zu sehen.³⁶ Ob Historiker daher ein spezifisches Phänomen als Teil eines Nationalisierungsprozesses oder als Ausweis globaler Verflechtung betrachten, hängt nicht vom Gegenstand, sondern von der Frage ab, die sie an sie richten – beides ist schlicht eine Interpretation, die je nach Kontext und Erkenntnisinteresse variieren kann.

Daraus ergeben sich jedoch auch Nachfragen an das Geschichtsverständnis, das mit der Nationalgeschichte verbunden ist. Die Vorstellungen von Nation und Geschichte waren in Europa seit dem 19. Jahrhundert eng aufeinander bezogen. Die Annahme, dass „die Nation“ eine gemeinsame „Geschichte hat“, ist allerdings mit einiger Vorsicht zu behandeln. Denn im Grunde steht dahinter die Vorstellung, dass eben nur, wer zu einer Nation gehört, auch Geschichte hat. „Geschichte“ wird dabei im Singular verwendet. Der heutige historische Blick, der zunehmend gewohnt ist, nach den Perspektiven von Minderheiten oder von Frauen, nach kulturübergreifenden und überregi-

31 Vgl. Ulrich Bielefeld, *Nation und Gesellschaft. Selbstthematizationen in Frankreich und Deutschland*, Hamburg 2003, S. 9–45.

32 Vgl. demnächst Julia Angster, *Staatsbürgerschaft und die Nationalisierung von Staat und Gesellschaft*, in: dies./Dieter Gosewinkel/Christoph Gusy (Hrsg.), *Staatsbürgerschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Tübingen 2019 (i. E.).

33 Vgl. Conrad (Anm. 27), S. 227.

34 Dieter Langewiesche, „Staat“ und „Kommune“. Zum Wandel der Staatsaufgaben in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 248/1989, S. 621–635, hier S. 622.

35 Vgl. Ulrich Herbert, *Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century*, in: *Journal of Modern European History* 5/2007, S. 5–21; Sebastian Conrad, *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt, 1871–1914*, Göttingen 2004; Roland Wenzlhuemer, *Connecting the Nineteenth-Century World. The Telegraph and Globalization*, Cambridge 2012; Wolfgang Kaschuba, *Die Überwindung der Distanz. Zeit und Raum in der europäischen Moderne*, Frankfurt/M. 2004.

36 Vgl. Conrad (Anm. 20), S. 123; Arif Dirlik, *Global Modernity. Modernity in the Age of Global Capitalism*, Boulder–London 2007, S. 42; A. G. Hopkins, *Global History. Interactions Between the Universal and the Local*, Basingstoke 2006; Hill (Anm. 2).

onalen Biografien und Realitäten zu fragen, sieht hier durchaus auch „Geschichten“ in „der Geschichte“. Damit meine ich nicht nur die abweichenden Bewertungen von Entwicklungen, sondern durchaus auch alternative Pfade, die in der „Meistererzählung“ der jeweiligen Nationalgeschichte nicht vorkommen oder aber als Devianz, also als Abweichung oder Widerständigkeit, und nicht zuletzt als unzeitgemäß gedeutet werden.

Die Vorstellung einer nationalen Geschichte enthält auch spezifische Zeitkonzepte.³⁷ Dazu gehört die Vorstellung, dass Geschichte gerichtet ist, einem Zeitpfeil folgt. Zeitliche Entwicklung ist geschichtliche Entwicklung, und diese ist einheitlich. Eine Grundannahme der Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert war, dass „Geschichte“ der Weg des Fortschritts der Nation ist. Staatliches Handeln schafft diesen Fortschritt. Geschichte ist zudem schriftlich überliefert, vor allem in Form staatlicher Akten. Nur wer eine solche Form der schriftlichen Überlieferung hat, wer also in einem Nationalstaat lebt, der Akten produziert, hat, streng genommen, Geschichte. Diese Grundannahmen über Nation, Geschichte und Zeit haben sich im Lauf des 20. Jahrhunderts von der zentralen Rolle des Staats gelöst; die Annahme eines geschichtlichen Fortschritts – seit den 1950er Jahren dann unter der Rubrik „Modernisierung“, deren Objekt nationale Gesellschaften und deren Instrument nationalstaatliche Akteure waren – hat sich jedoch lange gehalten. In diesen Denkhorizont gehörte auch die von den *postcolonial studies* und der Globalgeschichtsschreibung zu recht massiv kritisierte und mittlerweile auch kaum mehr vertretene Annahme, die Völker in den Kolonien hätten keine Geschichte, da sie bis zur Dekolonisierung keine Nationen waren. Sie hatten so gesehen auch keinen „Fortschritt“, sondern wurden allenfalls „entwickelt“. Die europäischen National- und vor allem die Imperialstaaten galten aus dieser Sicht als treibende Kraft der Weltgeschichte.³⁸ Dies ist

genau der „Eurozentrismus“, gegen den sich die Globalgeschichte wendet.

Ein ähnlich historisierender und analytischer Zugriff, wie er für die „Überwindung des Eurozentrismus“ zum Tragen kommt, ließe sich also durchaus auch auf den nationalen Denkraum und damit auf die Begriffe und Konzepte der Nationalgeschichte anwenden. Dazu müsste vor allem die Uneindeutigkeit des Nationsbegriffs und seine Rolle für das Geschichtsverständnis stärker reflektiert werden. Dies würde den Blick öffnen für Themenfelder der nationalen Ebene, in denen verschiedene Entwicklungswege und -geschwindigkeiten ihren Platz haben und in denen unterschiedliche Kulturen auch im nationalen Rahmen miteinander verflochten sind und aufeinander einwirken. Vor allem aber sollten Themenfelder, die bislang im nationalen Kontext verortet und behandelt wurden, in einen transnationalen, überregionalen oder globalen Fragehorizont eingebunden werden. Dazu gehört eben nicht nur die räumliche Ausweitung der Perspektive, sondern auch eine Historisierung der nationalen Analysekatoren. Was „eigene“ und „fremde“ Geschichte ist, sollte nicht mehr selbstverständlich sein. In letzter Zeit finden sich mehr und mehr solcher „postnationaler“ Zugriffe und Fragehorizonte. So wird zum Beispiel nach der Rolle nationaler Regierungen in der Geschichte der Globalisierung gefragt; oder eine spezifische nationale Identität als Produkt imperialer Expansion eines Landes gefasst. Auch die globale Ausbreitung des Nationalismus ist ein Phänomen, dessen Erklärung beide Ebenen verbinden muss. Sogar die Geschichte der Demokratie und des Parlamentarismus, die ursprünglich eng mit der Geschichte des Nationalstaats verbunden waren, werden mittlerweile aus einer „übernationalen“ Perspektive untersucht.³⁹

³⁷ Vgl. Sina Steglich, Vom Sichern der Zeit und Zeigen der Geschichte. Zum Archiv als Zeitgeber des Fin de Siècle, in: Historische Zeitschrift 305/2017, S. 689–716; Reinhart Koselleck, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt/M. 1979.

³⁸ Für die darüber hinaus weisende Problematik der eurozentrischen Begrifflichkeiten in der Geschichtswissenschaft und den Sozialwissenschaften für eine postkoloniale und plurale Sichtweise auf „außereuropäische“ Geschichte siehe Dipesh Chakrabarty, Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton 2008²; Partha Chatterjee, Nationalist Thought and the Colonial World. A Derivative Discourse, Minneapolis 1993.

³⁹ Vgl. Saskia Sassen, Das Paradox des Nationalen. Territorium, Autorität und Rechte im globalen Zeitalter, Frankfurt/M. 2008; Linda Colley, Britons. Forging the Nation 1707–1837, New Haven 1992; Erez Manela, The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism, New York 2007; Jeppe Nevers, A History of Democracy beyond National Narratives, in: Geschichte und Gesellschaft 44/2018, S. 416–429; Paul Nolte (Hrsg.), Transatlantic Democracy in the Twentieth Century, Transfer and Transformation, Berlin 2016. Siehe auch das laufende Projekt von Silke Mende zum Thema „Parlamentarismus als ‚europäisches Konzept‘? Dynamiken parlamentarischer Transformation in Europa im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts“ am Institut für Zeitgeschichte, München.

FAZIT

Ein Überwinden des nationalen Rahmens in der Geschichtsschreibung meint deutlich mehr als die Frage der „Flughöhe“, des räumlichen Zuschnitts der Untersuchung. Es reicht weder, viele nationale Geschichten aneinander zu reihen, noch genügt es, die nationale Ebene durch einen interkontinentalen oder ozeanischen Blick, also durch räumliches „Höherzoomen“ zu ersetzen. Stattdessen muss das nationale Narrativ, das im jeweiligen Thema stecken mag, herausgearbeitet und selbst zum Gegenstand der Untersuchung gemacht werden.⁴⁰ Eine De-Nationalisierung des historischen Blicks verlangt im Grunde ein analoges

Vorgehen zur Anwendung nicht-eurozentrischer und postkolonialer Perspektiven durch die Globalgeschichte: Auch hier ginge es um die Anerkennung der sozialen Konstruktion und Historizität zentraler Analysekategorien der nationalen Geschichtsschreibung. Es ginge auch um die Pluralität der Geschichten und um die Frage, wer Geschichte hat. So könnte der nationale Denkrahmen in der Geschichtsschreibung überwunden werden, ohne dabei die nationale Ebene und ihre Themenfelder aufzugeben.

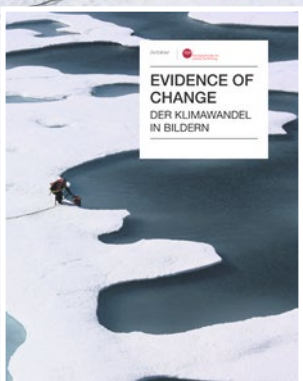
JULIA ANGSTER

ist Inhaberin des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Mannheim und Leiterin des Universitätsarchivs.
julia.angster@uni-mannheim.de

⁴⁰ Vgl. als gelungenes Beispiel für diese Vorgehensweise, hier am dänischen Exempel, Nevers (Anm. 39).



Das Weltklima ändert sich.



**EVIDENCE OF
CHANGE**
DER KLIMAWANDEL
IN BILDERN

Die Folgen für Ökosysteme und Gesellschaften sind gravierend. Das bpb-Zeitbild „Evidence of Change“ versammelt Fotoarbeiten, die die Konsequenzen des Klimawandels exemplarisch aufzeigen.

Zeitbilder
Evidence of Change
Der Klimawandel in Bildern
Bonn 2017
Bestell-Nr.: 3986 | 4,50 Euro
Bestellbar unter: www.bpb.de/zeitbilder



Bundeszentrale für
politische Bildung

IN DEUTSCHLAND DAHEIM, IN DER WELT ZU HAUSE?

Der Heimat-Diskurs und die Transnationalisierung von Klassenstrukturen

Cornelia Koppetsch

Was ist „Heimat“? Seit der Rede des Bundespräsidenten zum Tag der Deutschen Einheit 2017, spätestens aber seit der Einrichtung eines Heimatministeriums auf Bundesebene nach dem Vorbild Bayerns, reden plötzlich alle über sie. Der populäre Diskurs über die Heimat boomt,⁰¹ sichtbar nicht nur an der gesteigerten Produktion von literarischen oder soziologischen Heimaterzählungen,⁰² sondern auch am Aufschwung des Handels mit regionalen Produkten und Trachten, der zu einer wahren Selbstvergewisserungsindustrie geworden ist.⁰³ Aus soziologischer Sicht ist die für viele unheimliche Konjunktur des Heimatbegriffs allerdings nicht so verwunderlich, wie es zunächst scheint. Die Idee der Heimat befindet sich gewissermaßen am mentalen Verkehrsknotenpunkt von Globalisierung, romantischem Neo-Konservatismus und neuen politischen und gesellschaftlichen Konfliktlinien. Im Wort „Heimat“ schwingen zarte Erinnerungen an Kirchturnglocken und gemähtes Gras aus Kindheitstagen mit; zugleich sind darin die drängendsten Probleme der Gegenwart kurzgeschlossen: Herkunft, Bleiberecht, Wanderung und vor allem das Streben nach Zugehörigkeit, Stabilität und Vertrautheit.

Versuchen wir die gesellschaftlichen Hintergründe des aktuellen Heimatdiskurses systematisch zu erfassen, so lassen sich zunächst zwei unterschiedliche Aspekte identifizieren: Zum einen stellt die wachsende Relevanz von Heimat schlichtweg eine Konsequenz gesteigerter Mobilitäts- und Migrationserfahrungen dar. Schon die Vorstellung, an einem spezifischen Ort verwurzelt zu sein, ist eine genuin moderne Erfahrung. Diese und die entsprechenden Heimatbindungen konnten sich nämlich erst entwickeln, als der Einzelne nicht mehr selbstverständlich mit

seinem Herkunftsort verwachsen war. Heimat tritt im Rück- und Fernblick besonders prägnant in Erscheinung, manchmal dann auch als Phantomschmerz, weil es die Sehnsucht nach einem Ort umfasst, den es so, wie wir ihn in Erinnerung haben, vielleicht gar nicht mehr gibt oder nie gab. Zum anderen, und das ist der interessantere Aspekt, ist die diskursive Konjunktur von „Heimat“ Ausdruck einer wachsenden Territorialisierung sozialer Lagen und neuartiger Ungleichheitskonflikte, die um Fragen der sozial-räumlichen Zugehörigkeit kreisen. Im Heimatbegriff werden soziale Ansprüche spezifischer Gruppen geltend gemacht – oder eben auch zurückgewiesen.

ZWEI VORSTELLUNGEN VON HEIMAT

Im aktuellen Diskurs erschließt sich die gesellschaftliche Brisanz des Heimatbegriffs allerdings erst dann vollständig, wenn die gegenwärtig innerhalb der Mittelschicht aufbrechenden Konfliktfelder um die Frage, was Heimat überhaupt bedeuten soll, genauer auf ihre gesellschaftlichen Hintergründe und ihre Standortbedingungen untersucht werden. Hier zeigt sich, dass der Heimatbegriff sich im Zentrum neuer politischer Konflikte um Transnationalisierung, Migration und territorialer Autonomie befindet.

Die Rollen in diesen Konflikten sind wie folgt verteilt: Auf der einen Seite stehen die Fortschrittlichen und Beweglichen, jene also, die unermüdlich behaupten, dass Heimat auch Zuwanderern offenstehe und niemals etwas sei, was man für immer haben oder besitzen könne, sondern stets nur das Ergebnis eines „gelungenen Heimischwerdens in der Welt“ und der „tätigen Auseinander-

setzung mit der Umwelt“.⁰⁴ Auf der anderen Seite stehen jene, die zumeist weniger mobil sind, deutlich weniger Wahlmöglichkeiten hinsichtlich ihres Wohn-, Arbeits- oder Urlaubsortes haben und deren Identität auf Zugehörigkeit zu einem spezifischen Territorium, sei es eine Region, eine Nation oder ein spezifischer Ort, beruht. Hier existiert häufig die Vorstellung einer schicksalhaften Verbindung mit dem eigenen Ursprung, der zufolge der Mensch seine primäre Heimat nicht wählen kann, weil sie ihm *zugefallen* ist und er sie folglich immer schon besitzt. Heimat in diesem Sinne verbürgt unhintergehbare Zugehörigkeit und Identität, und die kann es aus Sicht der Anhänger und Fürsprecher dieses Konzepts nur im Singular geben. In dieser Perspektive muss die „unbegrenzte Flexibilität“ einer offenen Selbstverortung dazu führen, dass am Ende niemand mehr eine Heimat hat.

Der erstgenannten Heimatvorstellung liegt hingegen ein kosmopolitisches Selbstverständnis zugrunde, dem zufolge fremde Orte und Menschen stets neue Möglichkeiten kultureller Aneignung und Identitätsbildung eröffnen. Heimat dürfe demnach nicht exklusiv verstanden werden und zum Ausschluss anderer führen, da das Aufnehmen des Anderen, des Neuen Chancen für „mehr Kompetenz“ berge. Behauptet wird zudem, dass Migration die Heimat für beide Seiten bereichere: Für die Einheimischen, weil der „bunte Mix“ der Kulturen und die Erfahrung des Fremden zu einer Horizonterweiterung führten, die die Rückbesinnung auf eigene lokale oder nationale Traditionen umso attraktiver werden lasse; für die Zugewanderten, weil der Schritt in die Fremde „die Chance verheißt, sich neu zu erfinden“.⁰⁵ In diesem Zusammenhang wird von den Kosmopoliten auch gerne darauf verwiesen, dass es sich bei der Heimat, ähnlich wie bei der Nati-

on, um ein soziales Konstrukt handle und sie daher keine natürliche Grundlage besitze.⁰⁶

In exemplarischer Weise wird diese Auffassung etwa von dem Kulturtheoretiker und Schriftsteller Klaus Theweleit artikuliert: „Ich bin ein Flüchtlingskind aus Ostpreußen und hatte dann meine neue, meine zweite schleswig-holsteinische Heimat. Als Jugendlicher wurde dann englische Beat-Musik meine kulturelle Heimat. Ich kenne also mindestens drei verschiedene Heimate.“ Die Identität, die die Heimat stiftet, wird in dieser Vorstellung als Patchwork-Zugehörigkeit entworfen, die ihre Wurzeln in unterschiedlichen Gemeinschaften findet. Die verschiedenen Herkunftsebenen werden als Ressourcen für die biografische Arbeit an der eigenen Identität behandelt. Kosmopolitisch mutet diese Vorstellung deshalb an, weil das Prinzip der unverbrüchlichen Verwurzelung von Mensch und Herkunft aufgehoben scheint.

Demgegenüber liegt dem Heimat-als-Schicksal-Modell die Überzeugung zugrunde, Heimat sei in erster Linie etwas für Eingeborene und nicht für Zuwanderer. Nach dieser Logik gilt: Es gibt nur eine einzige Heimat, die man sich nicht aussuchen kann, weshalb Migration und Flexibilität auf beiden Seiten unweigerlich zum Heimatverlust führen müssen. In neueren politischen Diskursen wird dieses Verständnis von Heimat häufig dann artikuliert, wenn Autonomieverluste abgewendet werden sollen. Dabei geht es zumeist um zwei Formen der Angst vor Entfremdung: einerseits um die Befürchtung der Fremdbestimmung der eigenen kleinen „heilen Welt“ durch Einmischung von als mächtig beziehungsweise bedrohlich empfundenen Anderen, andererseits um die Angst vor kultureller Überfremdung durch (massenhafte) Zuwanderung. Die Abwehr von Fremdbestimmung durch Einmischung Anderer zeigt sich etwa im neu erwachten Heimatbewusstsein peripherer, oftmals ländlicher Regio-

01 Vgl. Christian Schüle, *Heimat. Ein Phantomschmerz*, München 2017.

02 Vgl. Juli Zeh, *Unterleuten*, München 2016; Thomas Wolfe, *Schau heimwärts*, Engell, Hamburg 2016 (1978); Didier Eribon, *Rückkehr nach Reims*, Berlin 2016.

03 Siehe dazu etwa Spiegel Wissen 6/2016 zum Thema „Heimat“.

04 Nane Retzlaff/Gunter Weidenhaus, *Heimat in der Fremde*, in: Berliner Republik. Das Debattenmagazin 5/2015, S. 32 ff.; Patrick Gensing, *Immer nur Vergangenheit. Einspruch: Die Debatte, wie der altdeutsche Begriff Heimat progressiv besetzt werden kann, löst kein einziges Problem*, in: ebd., S. 38 ff.

05 Vgl. Retzlaff/Weidenhaus (Anm. 4), S. 33.

06 Auch Familie, Geschlecht, Aktienmärkte und Berufe sind bekanntlich soziale Konstruktionen. Abschaffen kann man sie deshalb noch lange nicht, denn sie stehen als „gesellschaftliche Tatsachen“ (Émile Durkheim) außerhalb der individuellen Verfügbarkeit. Kosmopoliten unterschätzen die Mächtigkeit des Sozialen. Tatsächlich verliert man wesentliche Teile von sich, wenn man in ein anderes Land auswandert. Zunächst verliert man die eigene Sprache, dann die Identität: als Bürgerin oder als Tochter oder Sohn, als Angehörige einer ethnischen Gruppierung, als Eingeborene. Nach und nach jedoch kann dann der Verlust zur Bereicherung führen: Man lernt eine neue Sprache, nimmt eine neue Identität an und gewinnt eine neue Heimat – im Idealfall.

nen, die um ihren Status kämpfen und sich durch die Mehrheitsgesellschaft in eine marginale Position gebracht sehen.⁰⁷ Sie ist aber kein exklusives Konstrukt wirtschaftlich schwacher oder abgehängter Regionen; auch ökonomisch starke Regionen können unter bestimmten Bedingungen dazu tendieren, drohende Autonomieverluste durch Abschottung zu kompensieren. Das zeigt sich nicht zuletzt auch an separatistischen Bewegungen, wie sie etwa in Norditalien, im Baskenland, in Irland oder aktuell in Katalonien zu beobachten sind. Der Traum vom eigenen Ministaat, von der autarken, autonomen Heimat bringt den Wunsch der regionalen Bürger nach Selbstbestimmung in Stellung gegen die vermeintliche Fremdbestimmung durch die eigene Nation oder etwa den „Suprastaat“ Europa.⁰⁸

Am aktuellen öffentlichen Diskurs über „Heimat“ wird offenbar, dass jedes der beiden Modelle für sich moralische Überlegenheit reklamiert. Äußerungen eines nationalen, regionalen oder separatistischen Heimatbewusstseins ziehen stets eine wahre Bekenntnisflut zur Weltoffenheit seitens der Kosmopoliten nach sich. Die Gegensätzlichkeit der beiden Lebensauffassungen sollte allerdings nicht den Blick dafür verstellen, dass auch Kosmopoliten keineswegs uneingeschränkt „offen“ sind, sondern spezifische soziale Räume bewohnen, die sie gegenüber anderen Gruppen abschließen.⁰⁹

Zwar zeichnet sich die urbane akademische Mittelklasse durch einen hohen Grad an räumlicher – teilweise auch transnationaler Mobilität – aus. Dass der räumliche Lebensmittelpunkt gezielt ausgewählt wird, etwa indem man den Ort, an dem man geboren wurde und aufgewachsen ist, mit Beginn des Studiums oder aber spätestens mit dem Eintritt ins Berufsleben verlässt, erscheint für die Subjekte der akademischen Klasse

eine Selbstverständlichkeit.¹⁰ Doch folgt aus der Fähigkeit zur Anverwandlung einer zweiten oder mitunter sogar dritten Heimat tatsächlich mehr Offenheit, in dem Sinne, dass man an beliebigen Orten heimisch werden kann, Fremde nicht ausgrenzt und kulturelle Vielfalt erlebt und praktiziert? Wohl kaum.

Wenn eine Kultur nicht durchmischt, sondern nahezu vollständig homogen ist, dann ist es die kosmopolitische Kultur der urbanen akademischen Mittelklasse mit ihrem körper- und gesundheitsbewussten, auf Selbstverwirklichung und Wissensaneignung hin orientierten Lebensstil. Kultur umreißt im kosmopolitischen Bewusstsein und im Gegensatz zum Heimat-als-Schicksal-Modell nicht mehr den Bereich einer normativ verbindlichen Ordnung, sie wird vielmehr als eine Ressource verstanden, als vielgestaltiges Material, das in unterschiedlichster Weise geformt und zur Bereicherung des eigenen Selbst beitragen soll.¹¹ Und weil prinzipiell kein Objekt von dieser Form der Aneignung ausgeschlossen ist, weil prinzipiell von jedem Kulturgut eine Erweiterung der individuellen Kompetenzen oder eine Steigerung des Genusses ausgehen kann, ist der akademische Kulturkonsument ein Allesfresser,¹² der die Grenzen zwischen Hoch- und Populärkultur, zwischen dem Historischen und dem Gegenwärtigen, dem Eigenen und dem Fremden, zwischen Kulturkreisen, Nationen oder Regionen im Dienste der Erweiterung seines Wissens und seines Horizontes aufhebt. Jeder Ort, einschließlich der Heimat, kann als Ort der Aneignung von Kultur betrachtet werden. Mit anderen Worten: Kosmopolitismus ist Teil einer umfassenden De-Kontextualisierung kultureller Bedeutungen.

Die Subjekte der urbanen akademischen Mittelklasse sehen sich als Träger einer zukunftsweisenden Lebensform, die sie zum gesellschaftlichen Maßstab gelingenden und erfolgreichen Lebens insgesamt erheben.¹³ Auf dieser Basis

⁰⁷ Vgl. Katherine J. Cramer, *The Politics of Resentment. Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*, Chicago, 2016.

⁰⁸ Vgl. Schüle (Anm. 1), S. 111.

⁰⁹ Bei der Unterscheidung zwischen den beiden Heimatmodellen handelt es sich um eine idealtypische Zuspitzung. Die realen Lebenswirklichkeiten der jeweiligen Trägergruppen sind keineswegs so eindeutig voneinander geschieden, als hier bisweilen propagiert. Regional-heimatliche Bindungen oder ethno-nationale Zugehörigkeiten sind auch für Angehörige der urbanen kosmopolitischen Mittelschichten relevant; umgekehrt nehmen auch die Befürworter des Heimat-als-Schicksal-Modells ihre jeweiligen Milieus mitunter als ambivalent wahr und betrachten sie keineswegs als „heile Welten“.

¹⁰ Vgl. Cornelia Koppetsch/Günter Burkart, *Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit latenter Geschlechtnormen im Milieuvvergleich*, Konstanz 1999.

¹¹ Vgl. Kenneth J. Gergen, *Das übersättigte Selbst. Identitätsprobleme im heutigen Leben*, Heidelberg 1996, S. 21 ff.

¹² Vgl. Richard A. Peterson/Roger M. Kern, *Changing Highbrow Taste. From Snob to Omnivore*, in: *American Sociological Review* 5/1996, S. 900–907.

¹³ Vgl. Richard Florida, *The Rise of the Creative Class*, New York 2002, S. 8 ff.

verteidigen und legitimieren sie Privilegien gegenüber untergeordneten Sozialklassen. Sozio-ökonomische Ungleichheiten werden dann nicht auf kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse, sondern auf Unterschiede in Geschmack, Kompetenzen und Differenzen in der Lebensführung insgesamt zurückgeführt. Die Lebensformen anderer Milieus erscheinen vor diesem Hintergrund als weniger differenziert und damit auch weniger wertvoll: Aus kosmopolitischer Sicht offenbart sich in der Vorstellung von Heimat als Schicksal eine kultur-konformistische Haltung. Denn nicht nur die Heimat, auch das betreffende Wissen und die zugehörige Kultur werden von den Trägern des Schicksalsmodells zumeist als *gegeben*, das heißt als ein durch Sitten, Traditionen oder Autoritäten verbürgter Ordnungsrahmen begriffen, in den man sich einfügt. Aus kulturkosmopolitischer Perspektive erscheint diese Auffassung unvereinbar mit einer in erster Linie kulturunternehmerisch verstandenen Intelligenz, da eine „ehrfürchtige“ Sichtweise auf Wissens- und Kulturbestände als Kreativitätshindernis wahrgenommen wird.

Ähnlich wie die Vertreter des Heimat-als-Schicksal-Modells verteidigen auch die Kulturkosmopoliten einen exklusiven Lebensraum. Es sind die urbanen Zentren, die mit der Reproduktion historischer Stadtarchitekturen zu privilegierten Erlebnisräumen für Kultur- und Lifestyle-Konsum, Freizeit und Tourismus geworden sind. Die Möglichkeit, sich wiederholt in diesen Räumen aufzuhalten oder gar dauerhaft in ihnen zu leben, bildet vielerorts mittlerweile ein Privileg. Mit zunehmender Privatisierung und Touristisierung zentraler öffentlicher Räume werden Straßen und Plätze auf neue Weise kontrolliert,¹⁴ wodurch Zugangsrechte unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zu Straßen, Plätzen und anderen ehemals öffentlichen Räumen neu verhandelt werden. Generell gilt: Wer sich die teuren Mieten der attraktiven Stadtquartiere nicht leisten kann und in den Restaurants auf den öffentlichen Plätzen nicht konsumiert, findet in den historischen Kulissen der europäischen Großstädte keine günstigen Verweilmöglichkeiten mehr.

Ursprünglich entstand die neue Urbanität mit dem historischen Aufstieg der „zweiten

Heimat“ im Zuge der Landflucht der gebildeten Mittelschichtjugend seit den 1970er Jahren. Angeführt von der Alternativbewegung und der städtischen Bohème hat in Deutschland ausgehend von der Besiedlung bestimmter Altbau-Quartiere in den Großstädten eine Re-Urbanisierung der Innenstädte eingesetzt.¹⁵ Diese entstanden auch in Reaktion auf die wachsende Unzufriedenheit mit der „Unwirtlichkeit unserer Städte“ (Alexander Mitscherlich), das heißt mit der Monotonie der Vorstadtsiedlungen und dem Verfall des urbanen Lebens in der als provinziell und erstarrt empfundenen Nachkriegs-ära.¹⁶ Seine soziale Exklusivität gewinnt der urbane Lebensstil jedoch erst durch die wachsende sozialräumliche Polarisierung zwischen den von der urbanen akademischen Mittelschicht bewohnten postindustriellen Großstädten als Zentren und den übrigen Siedlungsgebieten (alte Industriestädte, Kleinstädte, Dörfer) als Peripherien. Von dort wandern die Hochqualifizierten in die Großstädte.

HEIMAT: SINGULÄR, VERTRAUT UND EXKLUSIV

Versucht man vor diesem Hintergrund nun, den Begriff „Heimat“ allgemein und beide Lebensformen umfassend zu bestimmen, so stößt man auf insgesamt drei essentielle Bestandteile: Singularität, Vertrautheit und sozialräumliche Exklusivität beziehungsweise Schließung. Im Unterschied zum Nicht-Ort¹⁷ oder auch zum beliebigen Ort, *space*, ist Heimat ein *place*, ein einmaliger, herausgehobener Ort, der in seiner Eigensinnigkeit angeeignet wird.¹⁸ Die Eigensinnigkeit zeigt sich sowohl im regional geprägten Heimatgefühl der Schicksalsfraktion wie auch in der Anverwandlung der zweiten Heimat im urbanen Raum. Auch diese ist nicht auf eine kulturindustrielle Schablone reduzierbar, sondern unterliegt idiosynkratischen Aneignungsprozessen. Die zweite Heimat wird durch das Leben in Kiezen und Szenequartieren zu einem einzigartigen, mit der

¹⁴ Vgl. Walter Prigge (Hrsg.), *Peripherie ist überall*, Frankfurt/M.–New York 1998, S. 79.

¹⁵ Siehe dazu die Ausführungen bei Sven Reichhardt, *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Frankfurt/M. 2014.

¹⁶ Vgl. Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Frankfurt/M. 1965.

¹⁷ Vgl. Marc Augé, *Nicht-Orte*, München 2010.

¹⁸ Zur Unterscheidung von *space* und *place* vgl. Martina Löw, *Raumsoziologie*, Frankfurt/M. 2001.

individuellen Biografie verwobenen Ort.¹⁹ Auch wenn Konsum eine zentrale Dimension des kulturkosmopolitischen Urbanismus darstellt, wird eine von oben oktroyierte Kommerzialisierung als Entfremdung erlebt. Vor diesem Hintergrund wird auch die exzessive Zunahme des Städtetourismus als Verfälschung und Bedrohung des authentischen Lebensraums wahrgenommen, da sie die Authentizität der heimatlichen Anverwandlung insbesondere der ihrerseits Zugezogenen infrage stellt.

Auch das zweite Merkmal, die Vertrautheit, ist in beiden Heimatvorstellungen anzutreffen. Heimen bilden „Wohlfühl-Zonen“, sie sind Orte, die „Seinsgewissheit“ dadurch vermitteln, dass sie eine habituelle, präreflexive Verwurzelung in Alltagsroutinen und im sozialen Leben ermöglichen. Diese Vertrautheit ist das subjektive Korrelat einer Passung zwischen dem sozialen Ort und den persönlichen Dispositionen. Das Gegenteil ist das Gefühl der Entfremdung, das sich einstellt, wenn Seinsgewissheiten – etwa durch den Zuzug Fremder oder auch durch veränderte Machtverhältnisse und gesellschaftliche Spielregeln – erschüttert werden. In der Heimat-als-Schicksal-Fraktion wird Vertrautheit durch Identifikation mit den Eigenheiten der Herkunftsgemeinschaft, etwa auch durch die Beherrschung des heimatlichen Dialektes, hergestellt. In der kosmopolitischen Heimat hingegen wird Vertrautheit nicht zuletzt durch die urbanen Kieze und durch „die Kultur“, das heißt durch das Ensemble der gemeinsam geteilten Praktiken des wissens- und selbstverwirklichungsorientierten Lebensstils gestiftet.

Schließlich ist das dritte gemeinsame Merkmal beider Heimatvorstellungen die sozialräumliche Exklusivität, also die Schließung des Lebensraums gegenüber unerwünschten Zuwanderern. Unterschiedlich sind lediglich die Formen der Grenzziehung wie auch die Gruppen, die jeweils als unerwünscht betrachtet werden – Touristen, Asylsuchende oder Städter. Die Verfechter des Heimat-als-Schicksal-Modells verteidigen Heimat im Modus politischer Grenzen. Begründet wird die soziale Exklusivität mit der Notwendigkeit, Zusammenhalt und Identität der Gemeinschaft gegenüber Zuwanderern aus fremden Kulturen zu schützen. Die Beziehung zwischen

Gemeinschaft und Territorium wird dabei gleichsam naturalisiert. Nur die eingeborene Gemeinschaft, nicht die Zugewanderten haben in diesem Modell Anspruch auf die gemeinschaftlichen Ressourcen.

Nichts liegt den Kosmopoliten ferner. Welt-offenheit und die Ausgestaltung einer historisch und kulturell gleichermaßen gesättigten wie vielfältigen Urbanität stehen im Zentrum des Heimatgefühls der akademischen Mittelklasse. Allerdings verfügen auch die vermeintlich offenen Kulturkosmopoliten über ihre ganz spezifischen Grenzanlagen. Die Raumaneignung der urbanen akademischen Mittelklasse umfasst zwar transnationale Bewegungen und öffnet die angestammten Territorien auch für die (kosmopolitischen) Bewohner anderer Länder, doch spielen sich diese Öffnungen stets innerhalb desselben soziokulturellen und geografischen Rahmens urbaner Lebensräume ab. Zu den wirkungsvollsten Grenzanlagen gehört die kapitalistische Ausrichtung des Lebensstils, denn das eigene Territorium wird primär im Modus ökonomischer Grenzen verteidigt. Kulturelle Offenheit wird somit kompensiert durch ein hochgradig effektives Grenzregime, das über Immobilienpreise und Mieten, über ein sozial und ethnisch hoch selektives Bildungswesen sowie über den Zugang zu exklusiven Freizeiteinrichtungen und Clubs gesteuert wird. Abgrenzung erfolgt nicht nach außen, sondern nach unten. Es sind vor allem die ökonomischen Privilegien, die wirkungsvolle Schutzzäune gegenüber unteren Schichten und Migranten darstellen. Gut situierte und gebildete Migranten werden von den einheimischen Kosmopoliten als unproblematisch empfunden, sozial schwache und gering qualifizierte hingegen kommen in den privilegierten Quartieren gar nicht erst vor. Deshalb werden sie von den Bewohnern der kulturell homogenen Milieus auch nicht als Konkurrenten um begehrte Güter wie gesellschaftliche Machtpositionen, Arbeitsplätze, günstigen Wohnraum, Sexualpartner, Sozialleistungen oder staatliche Zuwendungen wahrgenommen.

Das erklärt auch, warum sich Kosmopoliten für gewöhnlich nicht von Migranten irritieren lassen. Für Kosmopoliten in Berliner Bezirken wie Kreuzberg oder Prenzlauer Berg, die zumeist über exklusive Lebensräume und höhere Gehälter verfügen, besitzen fremdenfeindliche Anwandlungen schlicht keine lebensweltliche Grundlage. Migranten – sofern sie nicht auch

¹⁹ Vgl. Cornelia Koppetsch, *Die Wiederkehr der Konformität. Streifzüge durch die verunsicherte Mitte, Frankfurt/M.–New York* 2013, S. 93ff.

zur gehobenen Mittelschicht gehören – kommen in dieser Welt zumeist als „Diener“ vor,²⁰ das heißt als Wachschützer, Verkäuferin, Paketfahrer, Kellnerin oder Hilfsarbeiter – oder eben in der Rolle hilfsbedürftiger „Flüchtlinge“. Als Angehörige eines neuen Dienstleistungsproletariats²¹ haben Migranten zwar ihren Arbeits-, aber eben nicht ihren Lebensmittelpunkt in den Vierteln der kosmopolitischen Mittelschicht. Sollten Zuwanderer dennoch einmal Anlass zu Irritationen geben, etwa weil Migrantenkinder mit Sprachschwierigkeiten aus dem Globalen Süden oder aus „Gastarbeiterfamilien“ in die gleiche Schule gehen wie der hoffnungsvolle Nachwuchs der gebildeten Besserverdiener, reagieren die betroffenen Eltern nicht selten mit der stillschweigenden Wiederherstellung der räumlichen Trennung, indem sie ihre Kinder von den betreffenden Einrichtungen abmelden und sie in exklusive oder gleich in private Schulen schicken.²² Für zukünftige Familien wird das vermutlich gar nicht mehr nötig sein, da die polarisierende sozialräumliche Segregation in attraktive Wohngebieten und problematische Stadtteile mit hohen Migrantenanteilen mittel- bis langfristig ohnehin für weitgehend homogene Schülerschaften sorgen wird. Schulen in unterprivilegierten Quartieren besitzen schon heute Migrantenanteile von bis zu 80 Prozent, während die Schulen in den Quartieren der akademischen Mittelschicht nahezu ohne Kinder mit Migrationsgeschichte auskommen.

ZUR TRANSNATIONALISIERUNG VON KLASSENSTRUKTUREN

Worauf kann die Unterschiedlichkeit der Heimatvorstellungen in den beiden Klassenfraktionen der Mittelschicht zurückgeführt werden? Sichtbar wird, dass der Streit um die Heimat keine Marginalie darstellt, sondern im Zentrum klassenspezifischer Konflikte um Lebensformen und gesellschaftliche Deutungshoheiten steht. Die unterschiedlichen Konzepte von „Heimat“ sind, anders als zumeist geglaubt, keine bloßen Glau-

bensgrundsätze, sondern Ausdruck neuartiger Spaltungen innerhalb einer sich transnationalisierenden Gesellschaft, die sich an der Trennungslinie zwischen Globalisten und Nativisten oder Kosmopoliten und Heimatverbundenen entzündet. Sie verläuft dabei zwischen solchen Menschen, die alle Vorteile der Freizügigkeit genießen, ihrerseits problemlos überall hin migrieren können, die Nachteile der Zuwanderung in die eigene Region jedoch für gewöhnlich nicht zu spüren bekommen, und solchen Menschen, deren Existenz auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Region basiert, die über geringe oder keine Ausweichmöglichkeiten verfügen und die sich den negativen Folgen von Zuwanderung, wie etwa Lohnkonkurrenz, Integrationsproblemen oder nachlassender kultureller Homogenität und Vertrautheit, ausgesetzt sehen.

Daraus resultieren neuartige Ungleichheitskonflikte, wie sie gegenwärtig prominent in den von populistischen Rechtsparteien angestoßenen beziehungsweise instrumentalisierten Konflikten um Migration und Asyl ebenso wie in den Debatten um die Bedeutung nationaler Souveränität und Identität aufbrechen.²³ Drehte sich der politische Konflikt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch um die Forderung, den produzierten Reichtum innerhalb der Nationalstaaten gerechter zu verteilen und die Ungleichheit der Chancen zwischen den sozialen Klassen zu bekämpfen, so resultiert der zu Beginn des 21. Jahrhunderts aufkeimende Konflikt aus der viel grundlegenderen Frage, welche gesellschaftlichen Kollektive, welche ethnischen, religiösen oder sozialen Gruppen im politischen Raum des Nationalstaates überhaupt noch repräsentiert werden. Die Brisanz dieser Frage ergibt sich daraus, dass sich Gesellschaften bereits weitgehend aus der Klammer des Nationalstaates herausgelöst und die Welt in globale, nationale und lokale Zonen aufgeteilt haben.

Der Nationalstaat ist schon längst kein souveräner Wirtschaftsraum mehr.²⁴ Dazu haben einerseits die Etablierung globaler Produktions- und Lieferketten und andererseits die Entwicklung neuer Kommunikationstechnolo-

²⁰ Vgl. Christoph Bartmann, *Die Rückkehr der Diener. Das neue Bürgertum und sein Personal*, München 2016.

²¹ Vgl. Philipp Staab, *Macht und Herrschaft in der Servicewelt*, Hamburg 2014.

²² Vgl. Heinz Bude, *Bildungsparadox. Was unsere Gesellschaft spaltet*, Hamburg 2013.

²³ Dazu u. a. Arjun Appadurai, *Die Geographie des Zorns*, Frankfurt/M. 2009; Ivan Krastev, *Europadämmerung. Ein Essay*, Berlin 2017.

²⁴ Vgl. u. a. Robert B. Reich, *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie*, Frankfurt/M.–Berlin 1993.

gien beigetragen.²⁵ Die Herausbildung eines europäischen Wirtschafts- und Währungsraums hat die ökonomische Souveränität der Nationalstaaten zusätzlich geschwächt. Aber nicht nur wirtschaftliche Wertschöpfungsketten, auch politische Steuerungskonzepte haben die nationalstaatlichen Grenzen in vielerlei Hinsicht transzendiert. Während die Politik des Steuerungs- und Wohlfahrtsstaates der Industriemoderne eng an den Nationalstaat gekoppelt war, ist der Bedeutungsverlust nationaler Regulierung in der postindustriellen Gesellschaft einerseits mit dem Aufschwung supranationaler Steuerungsinstanzen und andererseits mit einem Bedeutungsgewinn politischer Akteure unterhalb der nationalen Ebene verbunden. Dabei spielen die Städte, vor allem die Großstädte und Metropolregionen, als Brennpunkte globaler Investitionen eine Schlüsselrolle.

Die Zugehörigkeit zu sozialen Klassen entscheidet sich nun immer häufiger an der Frage, ob soziale Schicksale primär durch regionale, nationale oder transnationale Vergesellschaftungsprinzipien geprägt werden. Es entstehen neue transnationale Klassen, wobei Transnationalisierung nicht immer ein Vorteil darstellt. Diese ist auch nicht mit Migration oder Plurilokalität gleichzusetzen, da viele grenzüberschreitende Prozesse durch einzelne Nationen hindurchgreifen und somit regionale, nationale oder transnationalisierte Lagen unter dem Dach ein und desselben Nationalstaates beherbergt sind. Die hochqualifizierten und gut bezahlten Arbeitnehmer der urbanen akademischen Mittelschicht stellen gemeinsam mit den an der gesellschaftlichen Spitze angesiedelten globalen Eliten²⁶ das transnationale Oben dar. Sie verfügen über global einsetzbares kulturelles Kapital, transnational verwertbare Bildung und anerkannte Qualifikationen und sind in dem Maße eher lose mit dem nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftsraum verbunden wie ihre transnationale Verflechtung in den globalen Metropolen zunimmt. Über ihre soziale Lage wird immer

weniger allein im eigenen Land entschieden. Eine Unternehmensberaterin in Frankfurt am Main, ein Investmentbanker in London oder eine Architektin in Taiwan bewohnen einen gemeinsamen Verkehrs- und Transaktionsraum, selbst wenn sie sich nie persönlich begegnet sind und stets innerhalb ihrer Länder verbleiben. Häufig teilen die transnationalen Experten, die sich vorrangig in den Beratungs-, Finanz- und Kulturindustrien finden, nicht nur eine gemeinsame professionelle Identität, sondern eben auch einen gemeinsamen kosmopolitischen Lebensstil, der aus dem Leben in globalen Metropolen resultiert.²⁷ Die *global cities* stellen gewissermaßen kosmopolitische Enklaven dar, die in allen Ländern der Welt ähnliche Infrastrukturen und Konsumkulturen aufweisen. Zudem sind die unterschiedlichen Territorien durch ökonomische Austauschbeziehungen und durch das Internet miteinander verbunden. Dadurch werden sich ihre Lebensbedingungen zukünftig noch stärker international angleichen. Das Zugehörigkeitsgefühl der kosmopolitischen Mittelschicht zur eigenen Nation dürfte sich dabei in demselben Maße lockern, wie ihre transnationale Verflechtung innerhalb der *global cities* zunimmt. Auch der neue Urbanismus hat sich zunehmend transnationalisiert. Wer sich in die Metropolen anderer Länder, etwa nach Shanghai, Bangkok oder London begibt, findet überall eine vergleichbare urbane Geografie von In-Vierteln, gentrifizierten Stadtteilen, Museen, Theatern und Kulturdenkmälern.

Wie gesagt: Transnationalisierung ist nicht mit Migration gleichzusetzen. Auch „sesshafte“ Künstler, IT-Fachkräfte, Wissenschaftlerinnen, Architekten, Sportlerinnen oder politische Bewegungen bewegen sich auf transnationalen Märkten der Kulturgüter- und Aufmerksamkeitsindustrien und sind in multiple geografische und wirtschaftliche Kontexte eingebunden.²⁸ Zwar lebt aktuell nur eine Minderheit tatsächlich transnational in dem Sinne, dass sie sich geografisch flexibel über Grenzen hinwegbewegt und sowohl ihre Karrieren als auch ihre Beziehungen langfristig plurilokal gestaltet. Für viele Angehörige der urbanen Mittelschicht stellt eine internationale Berufstätigkeit jedoch schon heute zumindest

25 Die alten Produktionssysteme des Konzernkapitalismus wurden in Einzelteile zerlegt und rund um den Erdball neu aufgebaut, wo immer sich Produkte am besten oder am billigsten fertigen lassen. Eine globale Kultur- und Wissensindustrie hat zur Erweiterung von Absatzmärkten für Kulturgüter beigetragen. Eine weltweite Konkurrenz um einerseits die billigsten und andererseits die fähigsten Arbeitskräfte ist entfacht worden.

26 Vgl. Leslie Sklair, *The Transnational Capitalist Class*, Oxford u. a. 2001.

27 Vgl. Saskia Sassen, *Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities*, Frankfurt/M.–New York 1996.

28 Vgl. Anja Weiß, *Soziologie globaler Ungleichheiten*, Berlin 2017, S. 167.

eine Option dar. Weltläufigkeit ist zu einem Aspekt sozialer Lagen geworden, der die Identifikation mit dem Nationalstaat schwächt. Das zeigt sich nicht zuletzt an dem enormen Stellenwert, den die gehobene Mittelschicht internationalen Bildungsangeboten zuschreibt.²⁹ Das frühe Erlernen wichtiger Sprachen (in Deutschland nach wie vor Englisch, in den USA inzwischen Chinesisch), längere Auslandsaufenthalte während der Schul- oder Studienzeit sowie internationalisierte Bildungsabschlüsse dienen als Distinktionsmerkmale, in die Jahr für Jahr erhebliche Summen investiert werden.³⁰

Entsprechende Wanderungsbewegungen sind kein Privileg der reichen Länder der Nordhalbkugel, sondern auch in den Ober- und Mittelschichten ärmerer Länder schon länger etabliert.³¹ Ohnehin orientieren sich die Bildungssysteme in vielen Ländern des Globalen Südens an den Strukturen des kolonialen „Mutterlandes“ und bieten so von vornherein eine mehrsprachige und international ausgerichtete Bildung. Vor allem unter den Eliten der ärmeren Länder hat eine transnationale Ausrichtung als Aufstiegsschneise eine lange Tradition.

TRANSNATIONALES OBEN UND UNTEN, NATIONALE MITTELSCHICHT

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Transnationalisierungsprozesse die sozialräumliche Autonomie privilegierter Schichten erhöhen und die Bindungen an den Nationalstaat lockern. Den transnationalen Akteuren steht frei, sich dort niederzulassen, wo sie die besten Arbeits- und Lebensbedingungen vorfinden. Folglich sind sie schwerer zu motivieren, sich an der Produktion von Kollektivgütern innerhalb ihrer Nation zu beteiligen, um etwa das politische und soziale Leben zu verbessern und allgemeine Wohlfahrtsinstitutionen herauszubilden. Ihr Leben spielt sich zu meist in städtischen Arealen ab, die an sich schon transnationale Räume darstellen und in denen sie dank privat finanzierter Bildungs- und Freizeit-

einrichtungen und sozial homogener Stadtviertel meist unter sich bleiben. Die transnationalen Experten bewegen sich nicht länger in nationalen Wirtschafts- und Wohlfahrtsräumen, weshalb ihre Identifikation mit dem Nationalstaat und seinen Einrichtungen geschwächt wird.³²

Auf der anderen Seite entsteht ein „transnationales Unten“. Hier finden sich Geringverdiener aus unterschiedlichen Weltregionen, gering- und de-qualifizierte einheimische Arbeitnehmer und Migranten aus Entwicklungs- und Schwellenländern als modernes transnationales Dienstleistungsproletariat wieder. Für die einheimischen Arbeitnehmer in den Ländern des Globalen Nordens entstehen daraus teilweise gravierende Nachteile, weil ihre Löhne an die niedrigeren internationalen Maßstäbe angeglichen werden.³³ Für sie funktioniert die „soziale Rolltreppe“ in die Mittelschicht nun nicht mehr, da sie als Arbeitnehmer innerhalb eines transnationalen Wirtschaftsraums faktisch nicht mehr unter dem Dach ihrer heimischen Volkswirtschaft angesiedelt sind, selbst wenn sie als Staatsbürger weiterhin über alle politischen Rechte verfügen. Die Herausbildung des „transnationalen Unten“ wird durch zwei komplementäre Prozesse vorangetrieben: Einerseits werden geringqualifizierte Arbeitsplätze aus der Produktion in sogenannte Niedriglohnländer ausgelagert, wodurch Unternehmen ein Drohpotenzial in der Hand haben. Andererseits wandern Arbeitsmigranten aus ärmeren Ländern in Hochlohnländer ein und bieten die gleiche Arbeit günstiger an. Die polnische Altenpflegerin, der Wachschützer aus Sri Lanka oder die Haushaltshilfe aus Mexiko machen den einheimischen Arbeitnehmern Konkurrenz und setzen dabei nicht zuletzt die Gruppe der Geringqualifizierten verstärkt unter Druck.

32 Dazu u. a. schon Ralf Dahrendorf, Die globale Klasse und die neue Ungleichheit, in: Merkur 11/2000, S. 1057–1068; Richard Münch, Das Regime des liberalen Kapitalismus: Inklusion und Exklusion im neuen Wohlfahrtsstaat, Frankfurt/M.–New York 2009.

33 Vgl. Martin Werding/Marianne Müller, Globalisierung und gesellschaftliche Mitte. Beobachtungen aus ökonomischer Sicht, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hrsg.), Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht, Frankfurt/M. 2007, S. 103–161. Hier findet aktuell ein internationaler Unterbietungswettbewerb um die niedrigsten Löhne und die geringsten Arbeitnehmerrechte statt. Besiegelt wird der kollektive Ausschluss der Geringverdiener aus den Mittelschicht-Milieus durch die „Krise des Wohlfahrtsstaates“, der ihre Einkommens- und Statusverluste beziehungsweise ihr „Überflüssigwerden“ nicht mehr auffängt.

29 Ebd., S. 95.

30 Vgl. Jürgen Gerhards/Silke Hans/Sören Carlson, Klassenlagen und transnationales Humankapital. Wie Eltern der mittleren und oberen Klassen ihre Kinder auf die Globalisierung vorbereiten, Wiesbaden 2016.

31 Vgl. Weiß (Anm. 28), S. 95 ff.

Zwischen dem „transnationalen Oben“ aus Eliten und oberer Mittelschicht und dem „transnationalen Unten“ befindet sich nun die in den nationalen Wirtschafts- und Wohlfahrtsraum eingebundene untere Mittelschicht, deren Wohlstandsniveau vorläufig weitgehend von innerstaatlichen und nationalen Institutionen geprägt wird und für die die Staatsangehörigkeit in einem reichen nationalen Wohlfahrtsstaat ein erhebliches Privileg darstellt. Doch dieser Teil der Mittelschicht verliert zunehmend seinen Einfluss auf die Geschicke des Landes. Über Lebensancen und Ressourcenzuteilungen entscheiden immer weniger die klassischen Anwälte der Mitte, wie etwa die Gewerkschaften oder die lange Zeit etablierten Volksparteien, sondern globale Wirtschaftsverflechtungen sowie supra- oder transnationale Einrichtungen. Es zeichnet sich somit immer deutlicher eine zentrale Spaltungsachse innerhalb der Mittelschicht ab: Die akademisch ausgebildete urbane Mittelschicht entwickelt sich zunehmend zu einer transnationalen

Oberschicht, während die in den Regionen und Kleinstädten angesiedelte mittlere und untere Mittelschicht noch im nationalen Wirtschafts- und Wohlfahrtsraum verankert ist und ein Interesse an dessen Stärkung, notfalls auch durch Abkopplung von der Globalisierung, hat. Heimat erscheint nicht wenigen von ihnen unter diesen Vorzeichen als etwas, das verteidigt werden muss – zur Not mit Klauen und Zähnen.

Der Beitrag ist eine gekürzte und überarbeitete Version von: Cornelia Koppetsch, In Deutschland daheim, in der Welt zuhause? Alte Privilegien und neue Spaltungen, 22. 12. 2017 www.sozioipolis.de/beobachten/gesellschaft/artikel/in-deutschland-daheim-in-der-welt-zu-hause.

CORNELIA KOPPETSCH

ist Inhaberin der Professur für Geschlechterverhältnisse, Bildung und Lebensführung an der TU Darmstadt.

koppetsch@ifs.tu-darmstadt.de

Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf
www.bpb.de/apuz



POSTNATIONALE POTENZIALE

Praktiken jenseits der Nation

Sina Arnold · Sebastian Bischoff · Jana König

Der Nationalstaat, so ist in wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskussionen seit Anfang des Jahrtausends oft zu hören, sei an sein historisches Ende gelangt. Popularisiert wurde dies in der Vorstellung, die Politik werde von den multinationalen Konzernen ihrer Richtlinienkompetenz beraubt. Zunehmend gewinnt die völkische Variante Zulauf, etwa in der Kritik des AfD-Politikers Björn Höcke, Staaten seien zu „Wurmfortsätzen global agierender Konzerne gemacht“ worden.⁰¹ Doch die von dem Philosophen Jürgen Habermas und anderen für das 21. Jahrhundert antizipierte „postnationale Konstellation“ ist nicht eingetreten, es ist kein „kosmopolitisches Empire“ (Ulrich Beck) entstanden. Dies zeigt sich zum einen daran, dass es weiterhin Nationalstaaten sind, die in internationalen Vereinbarungen und Organen als institutionalisiertes nationales Interesse den (rechtlichen) Rahmen schaffen, in dem Konzerne agieren.

Zum anderen ist aktuell eine Re-Nationalisierung innerhalb Europas zu beobachten, die eher auf postdemokratische Verhältnisse als auf eine Auflösung von Nationalstaaten verweist. Hier ist die Nation das Natürliche, Organische oder, wie es die extrem rechte Zeitschrift „Sezession“ formuliert, die „natürliche Ordnung“,⁰² die „in allen, in jeder einzelnen Person substantiell anwesend“ sei.⁰³ Nichts weiß die nationale Rechte hingegen davon, dass die Nationswerdung eine lange Entwicklung durchlief, vielmehr sieht der nationale Mythos in den Nationalbewegungen lediglich das Erwachen dessen, was schon immer in der Menschenseele schlummerte. Doch in Wahrheit handelt es sich keineswegs um einen automatischen, quasi teleologischen Prozess.⁰⁴ Wie die Nationalismusforschung aufzeigt, brauchte die Herstellung des heute als natürlich erscheinenden Zustandes, dass jeder Mensch einer Nation angehört und sich meist ihr auch zugeneigt zeigt, sehr viel Zeit und eine gehörige

Portion staatlicher Politik – und Gewalt. Lange herrschten Formen nationaler Indifferenz vor.⁰⁵ Noch vor hundert Jahren war für viele in Europa unverständlich, welcher Nation sie zugeordnet waren – vom Weltmaßstab ganz zu schweigen. Die Nation war lange Zeit abwegig. So abwegig wie heute das Denken jenseits der Nation erscheint.

Doch dem Aufstieg rechtspopulistischer bis -extremer Parteien und ethnoseparatistischer Bewegungen werden in den vergangenen Jahren neue Versuche entgegengestellt, jenseits der Nation zu denken. Vielfach geschieht dies in Form einer angestrebten Europäisierung, etwa durch die zivilgesellschaftliche „Pulse of Europe“-Bewegung oder durch die „European Alternatives“, einem Zusammenschluss von Intellektuellen sowie Aktivistinnen und Aktivisten, der sich seit 2007 für „Demokratie, Gleichheit und Kultur jenseits des Nationalstaates“ einsetzt.

Auch in der Wissenschaft sind vermehrt Stimmen zu vernehmen, die statt der Re- eine De-Nationalisierung einfordern: So konstatierte die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot unlängst „Wir brauchen die Nation nicht mehr“.⁰⁶ Gemeinsam mit dem Schriftsteller Robert Menasse forderte sie, jeder Mensch müsse „in Zukunft das Recht haben, nationale Grenzen zu durchwandern und sich dort niederlassen können, wo er will“.⁰⁷ Der Wirtschaftsnobelpreisträger und Yale-Professor Robert J. Shiller sah die Welt im Herbst 2016 gar kurz „vor der antinationalen Revolution“.⁰⁸ Derartige Suchbewegungen fassen wir im Folgenden mit dem Begriff des „Postnationalen“. Er kann an verschiedene theoretische Debatten – etwa um Begriffe wie „Global Citizenship“, „Kosmopolitismus“ oder „Konvivialismus“ – in Sozialwissenschaften oder der Migrationsforschung anknüpfen, speist sich aber vor allem auch aus aktuellen Praktiken.

MIGRATIONSBEWEGUNGEN UND „KLEINE KOSMOPOLITISMEN“

Die nationalstaatliche Form hat sich inzwischen zwar global durchgesetzt, dennoch zeigt sich auch heute, dass an ein „Du bist Deutschland“ – so der Titel einer nationalen Marketing-Kampagne aus dem Jahr 2005 – stets wieder appelliert werden muss. Denn die Nation wird immer wieder verunsichert, schließlich behauptet sie Einheit, wo realiter gerade entlang von Klassenstrukturen fragmentierte Gesellschaften existieren. Neben regionalen separatistischen Bestrebungen – etwa in Katalonien oder Schottland –, die Aushandlungsprozesse innerhalb der nationalen Form darstellen, wird dies durch nichts deutlicher veranschaulicht als durch Migration. Nicht ohne Grund kam es im Sommer 2015 im Zuge der großen Fluchtbewegungen zu Diskussionen um zentrale Leitbilder und Selbstverständnisse der Nation. Die Realität und Selbstverständlichkeit von (Flucht-)Migrationsbewegungen stellten eine Herausforderung für europäische Länder dar. Denn nur ein Staat oder ein Staatenverbund, der über die eigene Grenze verfügt und damit Einwanderung kontrollieren kann, besitzt die behauptete Souveränität. An den Grenzen Deutschlands, Österreichs, Mazedoniens und anderswo unterwanderten Geflüchtete jedoch kollektiv die staatlichen Regulierungsversuche und stellten somit zeitweise ein ordnungspolitisches Problem dar.

Beim sogenannten March of Hope machten sich Tausende vom Budapester Bahnhof,

von dem die ungarische Regierung sie nicht weiterreisen ließ, zu Fuß über Österreich nach Deutschland auf. Im Sinne einer „Autonomie der Migration“ (Manuela Bojadžijev/Sandro Mezzadra) fanden in diesem kurzen Zeitfenster Geflüchtete nicht nur mehr Schlupflöcher an den Grenzen, sondern destabilisierten sogar kurzzeitig Grenzpolitiken als solche.⁰⁹ Ihre kollektive Bewegung evozierte schließlich die Entscheidung Angela Merkels am 4. September 2015, die deutsch-österreichische Grenze für sie zu öffnen. Wenig später wurde der von vielen als staatlicher Kontrollverlust wahrgenommene Zustand aufgehoben, als an den Binnengrenzen des Schengen-Raumes zeitweise wieder Grenzkontrollen stattfanden.

Im Herbst 2015 stellten sich nationalstaatliche und europäische Binnengrenzen als Reaktion auf die Migrationsbewegungen also als fluide dar und gleichzeitig die in der Vergangenheit erlangte europäische Grenzenlosigkeit im Schengen-Raum als fragil. Die erneute Schließung verdeutlicht, dass Migrationsbewegungen sicherlich nicht automatisch eine postnationale Welt herstellen. Aber sie zeigen doch immer wieder, und zwar unabhängig von der subjektiven Motivation der Teilnehmenden, dass Grenzziehungen historisch konstruiert und kontingent sind – und somit auch veränderbar.

Im Herbst 2015 geschah allerdings noch mehr: Als Geflüchtete beim „March of Hope“ kollektiv die österreich-ungarische Grenze überquerten, trugen sie eine Europaflagge. Dabei wurde nicht nur der Staatenverbund an seine eigenen propagierten normativen Werte erinnert und an diese appelliert, sondern geflüchtete Menschen aus Kriegs- und Krisenregionen forderten Zugehörigkeit ein und proklamierten ihre Mitgliedschaft, trotz des formalen Ausschlusses durch Staatsbürgerschaft (*citizenship*). Sie hinterfragten damit nationalstaatlich begrenzte Konzepte von Teilhabe und Bürgerrechten. Diese „Europäisierung von außen“ mahnte an die Werte der ad acta gelegten postnationalen Konstellation und stellte sie gleichzeitig ein Stück weit her.

Migration hat aber nicht nur das Potenzial, nationalstaatliche Grenzen von außen porös zu machen. Sie stellt ihre Selbstverständlichkeiten

01 Vgl. Matthias Hamann, Das sind die Frontverläufe unserer Zeit, 30. 11. 2017, www.welt.de/politik/deutschland/171092617.

02 Vgl. Wolfgang Dvorak-Stocker, Mythen – das emotionale Fundament der Nationen, in: Sezession 31/2009, S. 18–21.

03 Vgl. Roland Woldag, Volk, Nation & Volkstod, 9. 2. 2016, www.sezession.de/53084.

04 Vgl. Henning Fischer et al., Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Münster 2012.

05 Vgl. zu der Debatte entlang dieses Begriffs Tara Zahra, Kidnapped Souls. National Indifference and the Battle for Children in the Bohemian Lands 1900–1948, Ithaca 2008; James E. Bjork, Neither German nor Pole. Catholicism and National Indifference in a Central European Borderland, Ann Arbor 2008.

06 Vgl. Ulrike Guérot, Wir brauchen die Nation nicht mehr, 2. 5. 2017, www.derstandard.at/2000056814520.

07 Vgl. Ulrike Guérot/Robert Menasse, Grenzen abschaffen und laufen lassen, 14. 2. 2016, www.taz.de/15276412.

08 Vgl. Robert J. Shiller, Vor der antinationalen Revolution, 26. 9. 2016, www.sueddeutsche.de/politik/-1.3179396.

09 Entsprechende Berichte finden sich auch von Regierungsseite, vgl. etwa Christian Eckl, Dann kommen sie über die grüne Grenze wieder, 14. 9. 2015, www.welt.de/politik/deutschland/146404047.

auch von innen infrage, durch Lebensrealitäten, die nicht mehr an Herkunft oder Nation gebunden sind, sondern sich multilokal verorten. So ist es nicht ungewöhnlich, dass Geflüchtete aus Damaskus sich auf ihrer Flucht über einen längeren Zeitraum in der Türkei aufhalten, die Sprache lernen und Kontakte knüpfen, die sie auch nach ihrer Ankunft in Deutschland aufrechterhalten. Möglicherweise stellt Berlin ihren neuen Lebensmittelpunkt dar: Hier machen sie sich selbstständig, und ihre Kinder gehen in den Kindergarten oder zur Schule. Zugleich pflegen sie weiterhin intensive soziale Beziehungen zu Freunden und Familie in Syrien oder der Türkei und zu anderen Verwandten, die etwa in die USA oder nach Schweden geflohen sind. Neben der lokalen Eingebundenheit in Berlin werden parallel transnationale Bezüge erhalten, soziopolitische wie kulturelle Verbundenheit erstreckt sich über verschiedene Länder.

So entstehen neue soziale Räume, die als postnational charakterisiert werden können. Sie verweisen auf Veränderungen in globalen Migrationsbewegungen, bei denen Migration immer seltener die unidirektionale, lineare Wanderung von Land A nach Land B mit anschließender dauerhafter Niederlassung bedeutet. Stattdessen finden sich Formen von Pendelmigration – etwa das dauerhafte Leben zwischen Istanbul und Essen, zwischen New York und Berlin – oder von Zirkelmigration – von Afghanistan über mehrere Jahre im Iran nach Deutschland und zurück nach Afghanistan. Beides hat weitreichende Auswirkungen, etwa auf transnationalisierte Familienkonstellationen, die im Rahmen globaler Betreuungsketten (*care chains*) entstehen. Formen von flexibilisierter Bürgerschaft gehen einher mit Veränderungen auf der Ebene der Identifikation, wo – entgegen der Vorstellung abgeschlossener kultureller Entitäten im Konzept des Multikulturalismus – hybride Identitätsentwürfe das Selbstbild vieler junger (Post-)Migranten und Migrantinnen prägen.¹⁰ Transnationalisierung ist also weniger eine Frage veränderter weltpolitischer Konstellationen, sie findet vielmehr in Alltagspraktiken statt. Mit dem Ethnologen Arjun Appadurai kann man bei derartigen Lebensstilen von einem „Kos-

mopolitismus von unten“¹¹ sprechen, der – im Gegensatz zum Weltbürgertum der westlichen Ersten Moderne seit der Aufklärung – allerdings weniger ideologisch und utopisch geprägt ist.¹² Statt eines „Großen Kosmopolitismus“¹³ geht es um den Einbezug von lokal spezifischen Praktiken und Wissen, die demokratische Teilhabe in den Mittelpunkt stellen. Diese „kleinen Kosmopolitismen“ bleiben in lokal, historisch und soziopolitisch spezifische Verhältnisse eingebettet; sie beschreiben eher eine Realität des alltäglichen Zusammenlebens als ein normatives Ideal.

Aktuelle Migrationsbewegungen stellen also die nationalstaatliche Form aus zwei Richtungen infrage: von außen, durch die Realität gegenwärtiger Formen von Flucht- und Arbeitsmigration, und von innen, durch die damit einhergehenden veränderten Identitäten. Hier scheinen postnationale Praktiken auf, wenn auch weniger als explizites politisches Projekt denn vielmehr als oftmals individueller und zufälliger Ausdruck einer soziokulturellen Kondition.

STÄDTE DER ZUFLUCHT

Daneben existieren aber auch postnationale Praktiken, die geplant und kollektiv, als politisches Projekt, vollzogen werden. Ein Beispiel sind die seit den 1970er Jahren in den USA und Kanada zahlreich entstandenen sogenannten *sanctuary cities* oder Städte der Zuflucht – darunter New York, Los Angeles oder Toronto –, die auf Grundlage eines Spannungsverhältnisses der Kommunen gegenüber dem Nationalstaat existieren: Als Orte der Durchsetzung nationalstaatlicher Politik sind Kommunen einerseits „zentraler Ort des Vollzugs der gesellschaftlichen Grenzziehung zwischen erwünschten und

¹⁰ Vgl. Naika Foroutan/Isabel Schäfer, Hybride Identitäten – muslimische Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Europa, in: APuZ 5/2009, S. 11–18.

¹¹ Arjun Appadurai, Cosmopolitanism from Below. Some Ethical Lessons from the Slums of Mumbai, in: The Johannesburg Salon 4/2011, S. 32–43. Vgl. auch Ulrich Beck/Edgar Grande, Europas letzte Chance. Kosmopolitismus von unten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2005, S. 1083–1097.

¹² Vgl. Regina Römhild, Aus der Perspektive der Migration. Die Kosmopolitisierung Europas, in: Das Argument 285/2010, S. 50–59, hier S. 52, S. 58.

¹³ Lars Eckstein/Dirk Wiemann, Kleine Kosmopolitismen, in: Roland Bernecker/Ronald Grätz (Hrsg.), Global Citizenship. Perspektiven einer Weltgemeinschaft, Göttingen 2017, S. 44–52, hier S. 48.

unerwünschten Zuwanderern“.¹⁴ Andererseits sind sie aber auch die Orte, die auf einer sehr praktischen und somit pragmatischen Ebene mit der Tatsache umgehen müssen, dass Menschen ohne Aufenthaltstitel Teil des alltäglichen Lebens sind. Dies ist wichtig in Hinblick auf das Wohlbefinden aller Bewohner und Bewohnerinnen und geschieht somit auch aus ordnungspolitischem Eigeninteresse der Kommunen. Vor diesem Hintergrund verschaffen *sanctuary cities* den dort lebenden Menschen unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus Zugang zu kommunalen Institutionen und Dienstleistungen, etwa in Form eines kommunalen Personalausweises.¹⁵ Dies kann auch bedeuten, Informationen zum Aufenthaltsstatus nicht an Ausländerbehörden weiterzugeben oder proaktiv Asylsuchenden Zuflucht anzubieten. Diese Städte, die auch in Europa im Entstehen sind, widersetzen sich also Vorgaben nationalstaatlicher Politik. Sei es, wenn sie – wie etwa in Barcelona – sich den niedrigen nationalen Quoten zur Aufnahme von Geflüchteten entgegenstellen, oder – wie zahlreiche Städte der USA insbesondere nach der Wahl Donald Trumps – sich weigern, der Forderung nach Abschiebungen nachzukommen. Auch wenn sich in Deutschland die Umsetzung von nordamerikanischen Modellen aufgrund divergierender föderaler Politiken schwierig gestaltet, gibt es doch auch hier einige Beispiele aus der Praxis, wie etwa die Einführung einer Gesundheitskarte für Geflüchtete in einigen Bundesländern.

Indirekt angeknüpft wird in diesen Praktiken an das „Recht auf Stadt“, das der Soziologe Henri Lefebvre propagiert hat und bei dem das Leben an einem Ort zu Mit- und Umgestaltung desselben berechtigen soll. Denkbar gemacht wird damit auch ein anderes Verständnis von Staatsbürgerschaft, dem eine Form der „Stadtbürgerschaft“ entgegengesetzt wird. In einigen Städten findet dies auch materiellen Ausdruck, werden doch kommunale Ersatzdokumente ausgestellt. Auch hierfür gibt es historische Vorläufer: Neben dem *ius sanguinis* und dem *ius soli* gab es

etwa bis in das 19. Jahrhundert hinein das *ius domicilii*, also ein von Gemeinden kontrolliertes Niederlassungsrecht.

Überhaupt sollte nicht vergessen werden, dass das, was wir heute als weltweit standardisiertes Passwesen kennen, keine 100 Jahre alt ist und bei seiner Entstehung 1920 durchaus umstritten war. In der Resolution der Tagung des Völkerbunds, auf der der moderne Reisepass aus der Taufe gehoben wurde, hieß es sogar, man erhoffe in der näheren Zukunft die totale Abschaffung von Reiseeinschränkungen. Und noch 1926 forderte der Vertreter der Internationalen Handelskammer auf der Passkonferenz des Völkerbunds, die Abschaffung von Pässen zu erwägen – die öffentliche Meinung würde dies sicher als einen Schritt in die richtige Richtung wahrnehmen.¹⁶ Auch nach dem Zweiten Weltkrieg fand sich diese Haltung bei den Vereinten Nationen – was aktuell unvorstellbar erscheint, wurde damals angesichts der großen Anzahl von Staatenlosen breit diskutiert.¹⁷ Dies zeigt, dass das heutige Modell von restriktiv regulierter Mobilität der Menschen historisch eher eine Ausnahmeerscheinung ist. *Sanctuary cities* sind ebenfalls historisch gesehen die Regel: Stadtluft machte bekanntlich schon früher frei.

Versuche, solche Stadtpolitiken durchzusetzen, stellen dabei die Nation und damit einhergehend auch nationale Identitäten von zwei Seiten infrage: von Seiten der Kommunen, die Ordnungsprinzipien teilweise unterlaufen und andere Zugehörigkeitskriterien als die Staatsbürgerschaft für ein kommunales Wir in den Mittelpunkt stellen; und von Seiten der Subjekte, die Teilhabe einfordern, auf Grundlage ihrer Präsenz, nicht ihres Passes.

WIDERSPRÜCHE DES POSTNATIONALEN

Verschiedene Praktiken der transnationalen, postmigrantischen Gegenwart, so wurde gezeigt,

¹⁴ Vgl. Albert Scherr/Rebecca Hofmann, *Sanctuary Cities. Eine Perspektive für deutsche Kommunalpolitik?*, in: *Kritische Justiz* 1/2016, S. 86–97 hier S. 88.

¹⁵ Vgl. Henrik Lebuhr, „Ich bin New York.“ Bilanz des kommunalen Personalausweises in New York City, Dezember 2016, www.zeitschrift-luxemburg.de/kommunaler-perso-new-york-city.

¹⁶ Vgl. Speranta Dumitru, *When World Leaders Thought You Shouldn't Need Passports or Visas*, 27.9.2016, theconversation.com/when-world-leaders-thought-you-shouldnt-need-passports-or-visas-64847.

¹⁷ Vgl. Miriam Rürup, *Von der Offenheit der Geschichte. Der Umgang mit Staatenlosigkeit und die weltbürgerliche Idee*, in: Bernhard Gißibl/Isabella Löhr (Hrsg.), *Bessere Welten. Kosmopolitismus in den Geschichtswissenschaften*, Frankfurt/M. 2017, S. 71–102, hier S. 82.

verweisen über das Nationale hinaus. Aber wie das *doing nation* stellt sich auch das *undoing nation* voller Widersprüche und Diskontinuitäten dar. Umso mehr, als dass das Nationale nahe lag und liegt, schließlich verinnerlichen Subjekte die objektiven Bedingungen einer Welt der Nationalstaaten, von deren Erfolg in der ökonomischen und politischen Konkurrenz auch ihre Lebenssituation abhängt. Eine ähnliche Tendenz, die das *undoing nation* vorantreiben könnte, gibt es weder in ökonomischer noch in politischer Hinsicht. Theorien, die die dargestellten Praktiken begleiten, weisen einige Leerstellen auf. Die drei Wichtigsten werden abschließend problematisiert.

Erstens: Jede Vorstellung von Nation produziert strukturell – auf der Grundlage von *citizenship* – Einschluss und Ausschluss und steht in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis mit anderen Ausgrenzungsmechanismen wie Rassismus, Sexismus oder Antisemitismus.¹⁸ Entsprechend gälte es, bestehende Praktiken daraufhin zu analysieren, ob sie nationale Identität infrage stellen oder bloß rekonfigurieren beziehungsweise restabilisieren. Kein modernisiertes oder erweitertes Konzept nationaler Zugehörigkeit kann Grundlage für eine postnationale Vision sein – das gilt auch für supranationale Institutionen wie die EU oder die Vereinten Nationen. Denn diese produzieren neue Ausschlüsse, Fremd- und Feindbilder und stellen die nationalstaatliche Grundordnung der Welt nicht grundsätzlich infrage, sondern erweitern diese lediglich um neue Zusammenschlüsse. Diese *internationalen* Modelle, das legt der Name schon nahe, wollen das Nationale verbinden, wie auch Pan-Bewegungen (so beispielsweise heute der Pan-Islamismus) zwar die Grenzen von Nationalstaaten überwinden wollen, dabei durch eine Essentialisierung kollektiver Identität allerdings meist neue Ausschlüsse produzieren. Dies wäre auch zu erwarten, würde der Euroidealismus der „Pulse of Europe“-Bewegung – oder auch die Symbolik des „March of Hope“ – in politische Formen gegossen werden: Auch mit der und durch die

EU ließen sich Ausschlüsse zementieren und die Indienstnahme der Bevölkerungen für Konkurrenzverhältnisse – etwa gegen die USA oder China – begründen.

Zweitens: Neben dieser Leerstelle, bei der nicht jenseits der Nation gedacht, sondern diese lediglich erweitert wird, findet sich eine Haltung, die bestehende Machtverhältnisse sowie die Materialität nationalstaatlicher Herrschaft zu wenig berücksichtigt. Wenn auch die oben genannten Bewegungen Konzepte nationaler Zugehörigkeit durch gelebte Praxis konterkarierten und konterkarieren, so wurden diese in vielen Fällen eingeeht: Die deutsche Grenze wurde dichter, die Flüchtlingspolitik repressiver. Unter gegebenen Bedingungen sitzt der Nationalstaat nicht nur diskursiv, sondern sehr praktisch am längeren Hebel. Das zeigt sich auch in den ambivalenten Auswirkungen: So ist ein Effekt der *sanctuary cities* die Destabilisierung von *citizenship*. Gleichzeitig war die Intention, etwa in den Anfängen der 1970er Jahre in den USA, eine ordnungspolitische: die Senkung der Kriminalitätsraten durch das Herstellen von Vertrauen in die Polizei auch bei Menschen, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Auch in aktuellen Debatten argumentieren US-amerikanische Polizeipräsidenten damit, dass die Kriminalitätsrate durch den Status als *sanctuary city* gesenkt würde. Während diese Städte also einerseits das Nationale transzendieren, unterstützen sie gleichzeitig – ob intendiert oder nicht – (national)staatliche Ordnungspolitik. Das will nicht die Möglichkeit bestreiten, dass hier postnationales Fühlen und Denken ermöglicht werden können, schafft aber zugleich einen realistischeren Blick auf diese Phänomene.

Drittens: Für viele stellt der Nationalstaat subjektiv einen Schutz dar, sie wähnen sich in einer postnationalen Welt ohne soziale Sicherung. „Eine Welt ohne Grenzen und Nationen“ sei eine privatisierte, wie es in der sozialistischen Zeitung „Neues Deutschland“ heißt: Die Menschen würden zu „global vagabundierende[n] Lumpenproletarier[n]“, die in einem sozialen Unterbietungswettbewerb gegeneinander ausgespielt werden.¹⁹ Und für den Linken-Politiker Oskar Lafontaine ist „das Credo der multinatio-

¹⁸ Vgl. Étienne Balibar/Immanuel Wallerstein, *Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg–Berlin 1990; Klaus Holz, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg 2001; Nira Yuval-Davis, *Geschlecht und Nation*, Biel–Bienne 2001.

¹⁹ Vgl. Tobias Riegel, *Sahra und der Aufstand der Easy-Jetter*, 7. 12. 2017, www.neues-deutschland.de/artikel/1072479.linke-und-fluechtlinge-sahra-und-der-aufstand-der-easy-jetter.html.

nen Konzerne „no nations, no border“.²⁰ Diese Kritiker liegen auch nicht ganz falsch, stellt doch die Forderung nach offenen Grenzen eine Grundlage sogenannter neoliberaler Ideologie dar: Auf Kapitalverkehrsfreiheit müsse Personenfreizügigkeit folgen. Ein prominentes Beispiel hierfür stellt der eingangs erwähnte Robert J. Shiller dar, der in der „Süddeutschen Zeitung“ die Welt vor einer „antinationalen Revolution“ sah, da die historische Entwicklung zwangsläufig die „wirtschaftliche Logik des Nationalstaats infrage stellen“ würde.²¹ Der Zufall der Geburt werde zunehmend unwichtiger, immer mehr Menschen arbeiteten in multinationalen Unternehmen, und aufgrund sinkender Transportkosten und digitaler Arbeitsplätze könne jeder an allen Orten seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Dies kulminiert in Shillers Aussage: „In einer idealen Welt müssen die Menschen nicht in ein anderes Land ziehen, um einen höheren Lohn zu erhalten. Letztlich müssen sie nur an der Produktion von Waren partizipieren, die international verkauft werden.“ Was sich für ihn lediglich als Chance für die gänzlich zum „Humankapital“ gewordenen Menschen darstellt, dürfte zumindest das wachsende Heer des Niedriglohnsektors ängstigen und keineswegs als „ideale Welt“ erscheinen.

Die Abschaffung von Grenzen geht nicht notwendigerweise mit progressiven politischen Ansichten einher. Dies zeigt sich auch in der angestrebten negativen Aufhebung von Nation durch islamistische Gruppen wie dem sogenannten Islamischen Staat: Eine verklarte Vergangenheit eines wieder zu errichtenden Kalifats wird der als westlich gebrandmarkten Nation entgegengestellt. Aber vor allem zeigte sich dies in den Debatten um die Ankunft mehrerer Hunderttausend Geflüchteter im Jahr 2015, in denen Marktradikale auf die Notwendigkeit offener Grenzen hinwiesen.²² Entsprechend können auch bestimmte transnationale Praktiken – wie globale Führungseliten, die in einem Land leben, im zweiten investieren und im dritten die Steuer-

oasen nutzen – als Elitenprojekt charakterisiert werden. In der gegenwärtigen nationalstaatlich strukturierten Gesellschaftsformation heißt Staatenlosigkeit für die Mehrheit der Betroffenen hingegen eine Verschlechterung der Lebensbedingungen. Die Freiheit vom Nationalstaat bedeutet gegenwärtig auch die Abwesenheit von Rechten. Staatenlosigkeit, eine tatsächlich postnationale Existenz unter Geflüchteten und anderen Prekären, ist also häufig von besonderen Zumutungen charakterisiert.

Aus diesen Kritiken an gegenwärtigen postnationalen Zugängen und Praktiken muss ihre Erweiterung folgen: Wenn die – selbstgewählte oder von außen auferlegte – Verweigerung nationalstaatlicher Zugehörigkeit materielle Folgen hat, dann kann sie nicht unabhängig von globalen ökonomischen Verhältnissen diskutiert werden. Das Postnationale als Elitenprojekt liegt darin begründet, dass *bestimmte* transnationale Mobilitäten gefördert und ermöglicht werden, andere hingegen begrenzt und verhindert. In den gegenwärtigen postnationalen Praktiken geraten die Ausgrenzungs- und Selektionsmechanismen, die jenseits von Anerkennung und Teilhabe stattfinden, aus dem Blick. Migrantische Anwesenheit und kosmopolitische Alltagshandlungen mögen auch im Hier und Jetzt auf postnationale Momente verweisen, doch in einer kapitalistischen Ökonomie sind es weiterhin Migranten, Frauen und vor allem migrantische Frauen, die überproportional im Niedriglohnsektor und hier im Bereich Pflege und Haushalt tätig sind. Um postnationale Entwürfe vom Makel eines Elitenprojekts freizumachen, müsste die Suche nach einer nicht-nationalstaatlich organisierten Welt auch die Suche nach grundlegend anderen ökonomischen Formen einschließen. Denn die Bezugnahme auf die Nation ist nicht nur Imagination. Vielmehr ist die Nation eine soziale Realität, der Glaube an sie manifestiert sich in den Institutionen moderner Staatlichkeit, die enormen Einfluss auf die Lebenswelten aller Menschen hat. Ihr Aufkommen ebenso wie ihr Fortbestand sind nicht zu trennen von der Entstehung und der globalen Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise.²³ So wie es materielle Grün-

²⁰ Vgl. Oskar Lafontaine, Wer die Sozialstaatlichkeit verteidigt, wird als „nationaler Sozialist“ verschmäht, 26.1.2018, www.nachdenkseiten.de/?p=42083.

²¹ Vgl. Shiller (Anm. 8).

²² Vgl. Sina Arnold/Sebastian Bischoff, Wer sind wir denn wieder? Nationale Identität in Krisenzeiten, in: APuZ 14–15/2016, S. 28–34; Harald Bauder, Migration Borders Freedom, London–New York 2016, S. 36–49.

²³ Vgl. Joachim Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995; Immanuel Wallerstein, Die Konstruktion von Völkern. Rassismus, Nationalismus, Ethnizität, in: Balibar/Wallerstein (Anm. 18), S. 87–106.

de für die Existenz und den Fortbestand von Nationalstaaten im globalisierten 21. Jahrhundert gibt, ist ein Denken und Handeln in nationalen Formen aufgrund jener nationalstaatlichen Ordnung nahegelegt.²⁴ Anders ausgedrückt: Solange politische, soziale und bürgerliche Rechte ebenso wie der eigene ökonomische Status in großen Teilen an die nationalstaatliche Zugehörigkeit gebunden sind, gibt es reale Gründe für die Identifikation mit der Nation und für das nationalistische Bewusstsein. Das bedeutet also, dass für eine postnationale Welt ein grundlegender Bruch mit gegenwärtigen Formen ökonomischer wie politischer Vergesellschaftung und eine Suche nach grundsätzlich neuen Formen der Zugehörigkeit notwendig wären.

NO BORDER, NO NATION

Dabei stellen sich (mindestens) zwei große Fragen. Die erste ist die nach dem „Was“: Wenn Denken und Fühlen zentrale Aspekte des Nationalismus wie des Postnationalismus darstellen, werden andere Formen von Identität und Zugehörigkeit notwendig, die vielleicht stärker auf Haltung statt Herkunft setzen. Bereits jetzt existieren diese Zugehörigkeiten, etwa in (Sub-)Kultur und Lebensstilen: als Fan eines Sportvereins, als Christin, als Veganer oder als Feministin.

Die zweite Frage ist die nach dem „Wie“: Unter Umständen ist hier eine ähnliche Entwicklung wie bei der Entstehung der Nation denkbar, und die postnationale Ideologie geht dem postnationalen Zustand voraus. Vielleicht ist die Reihenfolge aber auch umgekehrt: Der Postnationalismus entsteht aus postnationaler Praxis. Vermutlich besteht eine Wechselwirkung, denn Theorien werden in der gesellschaftlichen Wirklichkeit entwickelt, sie reflektieren notwendigerweise, was gesellschaftlich und politisch passiert, bleiben also nicht unbeeinflusst von Praxis. Der Blick in die Geschichte zeugt von bestehenden Wissensbeständen und verschütteten Bezugnahmen, auf die sich eine solche konsequent nicht-nationalstaatliche Position beziehen kann. In der Gegenwart bieten sich neben den dargestellten Praktiken auch Ansät-

ze in sozialen Bewegungen, etwa die No-Border-Camps, antirassistische Kampagnen wie „kein mensch ist illegal“ oder Teile von sich als antinational begreifenden Strömungen. Sie sind oftmals so klein, wie es manche nationalen Befreiungsbewegungen anfangs waren. Ob sie so erfolgreich werden, bleibt abzuwarten.

SINA ARNOLD

ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin.
arnold@tu-berlin.de

SEBASTIAN BISCHOFF

ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Neuere und Neueste Geschichte mit Schwerpunkt Zeitgeschichte des Historischen Instituts der Universität Paderborn.
sebastian.bischoff@uni-paderborn.de

JANA KÖNIG

ist Sozialwissenschaftlerin und Doktorandin am Institut für soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum.
jana.koenig@hu-berlin.de

²⁴ Vgl. Thorsten Mense, *Nationalismus. Einführung*, Stuttgart 2016.

HINDU-NATIONALISMUS

Indien auf dem Weg in einen Hindu-Staat?

Pierre Gottschlich

Der Hindu-Nationalismus in Indien hat eine jahrzehntelange politische Tradition. Lange bevor in Europa und den USA nationalistische und rechtspopulistische Parteien und Politiker ihre gegenwärtige Bedeutung erreichten, stellte die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP, „Indische Volkspartei“) die Regierung in Neu-Delhi. Nach ihrer zwischenzeitlichen Abwahl kehrte sie 2014 unter dem umstrittenen Parteiführer Narendra Modi triumphal an die Macht zurück und schickt sich an, die indische Gesellschaft nachhaltig zu verändern.⁰¹

Die Ursprünge des modernen Hindu-Nationalismus liegen in der Zeit der britischen Kolonialherrschaft über Südasien. Im 19. Jahrhundert begannen die Briten, hinduistische Traditionen und religiöse Praktiken zu kritisieren. Vor allem christliche Puritaner waren entsetzt über die „Götzenanbetung“ und Vielgötterei der Hindus. Sie wiesen verstärkt auf die Missstände des Kastenwesens, auf die problematische Rolle der Frau im Hinduismus und auf die verabscheuenswürdigen Traditionen der Kinderheirat und der Witwenverbrennung (*Sati*) hin. Manche gebildeten, englischsprachigen Hindus zeigten sich durchaus empfänglich für diese Kritik. Sie reagierten aber nicht mit der von den Briten erwarteten Konvertierung zum Christentum, sondern versuchten, innerhalb ihres eigenen Glaubens Verbesserungen zu bewirken. Im Umfeld religiöser Reformatoren entstanden neo-hinduistische, puristische Erweckungsbewegungen, die versuchten, den Hinduismus von innen heraus zu erneuern. Sie übernahmen die christlichen Kritikpunkte, nicht aber das Christentum.⁰² Stattdessen leiteten die Reformkräfte eine vorsichtige Modernisierung des Hinduismus ein. Zugleich legten sie großen Wert auf soziales Engagement, errichteten Kranken- und Waisenhäuser und bemühten sich um eine Verbesserung der Stellung der Frau.

Mit den neo-hinduistischen Reformbewegungen in Indien waren auch Bestrebungen verbun-

den, eine vermeintlich vormalig existierende, glorreiche „arische“ Zivilisation wieder aufleben zu lassen, die im Laufe der Jahrhunderte verkümmert sei.⁰³ Radikale Kräfte innerhalb dieser Strömung wandten sich explizit gegen die britische Kolonialherrschaft. Nach ihrer Diagnose war die Fremdherrschaft durch die Briten und zuvor durch die muslimischen Mogulkaiser nur durch die geistig-kulturelle Degenerierung der Hindus überhaupt möglich geworden. Die Hindus hätten „ihren Glauben verloren“ und seien „schwach“ geworden. Das Gegenmittel und die „Heilung“ für diesen geistigen Verfall sahen sie in einer Wiederentdeckung der eigenen religiös-kulturellen Wurzeln eines aus ihrer Sicht homogenen, auf der vedisch-brahmanischen Tradition beruhenden Hinduismus und in einem gemeinsamen Kampf gegen die Feinde Indiens. Politisch organisierten sich die Vertreter dieser Sichtweise in der 1915 gegründeten „gesamtindischen Hindu-Großversammlung“ (Akhil Bharatiya Hindu Mahasabha).

DIE „HINDU-NATION“

Der Fortgang dieser Bewegung und die Definition einer nationalen Hindu-Identität wurden besonders stark von Vinayak Damodar Savarkar geprägt, dem vielleicht wichtigsten ideologischen Vordenker des modernen Hindu-Nationalismus. Mit seinem 1923 in Haft entstandenen Buch „Hindutva: Who is a Hindu?“ schuf er eine Art Grundsatzprogramm des politischen „Hindutums“ (*Hindutva*), das bis heute Gültigkeit beansprucht.⁰⁴ Die Grundlagen der „Hindu-Nation“ (*Hindu Rashtra*) sah Savarkar im Zusammenspiel dreier zentraler Forderungen. Die Hindus sollen ein gemeinsames Land bewohnen, das als geografische Einheit des Gebiets zwischen dem Fluss Indus, der Gebirgskette des Himalaya und dem Indischen Ozean verstanden wird. Sie müssen zudem eine gemeinsame Abstammung, also ein einheitliches „Hindu-Blut“, teilen und der „Ras-

se“ der „vedischen Arier“ angehören. Schließlich ist eine gemeinsame Kultur, eben jenes „Hindutum“, von außerordentlicher Bedeutung, die ausdrücklich mehr ist als die geteilte Religion und auch ein einheitliches Sozialsystem und eine gemeinsame Sprache (Sanskrit beziehungsweise heute Hindi) umfasst.⁰⁵ Die „Hindu-Nation“ ist demnach dreifach definiert und abgegrenzt: geografisch, ethnisch und religiös-kulturell. Dieser an einem europäischen Nationalitätsverständnis orientierte Hindu-Nationalismus unterscheidet sich stark vom Nationalismus der indischen Unabhängigkeitsbewegung. Insbesondere Mahatma Gandhi weigerte sich, die indische Nation mit einer einzigen Religion oder einer einzigen Sprache gleichzusetzen.⁰⁶ Linke Intellektuelle wie Ram Sharan Sharma, die sich ebenfalls als indische Nationalisten verstanden und verstehen, haben der *Hindutva*-Bewegung folgerichtig die Bezeichnung „Nationalismus“ abgesprochen und stattdessen den Begriff „Konservatismus“ genutzt.⁰⁷

Mit seinem Werk hatte Savarkar nichtsdestotrotz eine für Hindu-Nationalisten selbstverständliche Wahrheit klar umrissen: „Indien ist das Land der Hindus, die indische Nation ist eine Hindu-Nation, Inder zu sein heißt Hindu zu sein.“⁰⁸ Die Versuche der Durchsetzung die-

ser Forderung sind seither immer wieder mit Gewaltausbrüchen verbunden. Bereits 1925 wurde, angeblich auf Anregung Savarkars, die hindunationalistische Kaderorganisation Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS, wörtlich etwa „Nationaler Freiwilligen-Bund“) gegründet, die in ihrem Wesen bisweilen mit der nur wenig später in Ägypten formierten Muslimbruderschaft verglichen wird. Ziel des RSS ist es bis heute, junge Hindus vor den Versuchungen einer säkularen Gesellschaft zu bewahren, ihnen die traditionellen Werte des „Hindutums“ zu vermitteln und sie nicht zuletzt für die gewaltsame Konfrontation mit den Feinden der Hindus wehrhaft zu machen.⁰⁹ Der langjährige RSS-Führer Mahadev Sadashivrao Golwalkar hatte noch vor dem Ende der britischen Kolonialherrschaft in seiner Schrift über die indische Nation deutlich gemacht, dass im unabhängigen Indien für Nicht-Hindus nur der Weg der totalen Anpassung und Unterordnung bleibt: „Die Nicht-Hindus müssen die Hindu-Kultur und -Sprache annehmen, die Hindu-Religion achten und verehren lernen, und dürfen keinen anderen Ideen als der Verherrlichung der Hindu-Nation anhängen. (...) Wenn nicht, können sie nur in unserem Land bleiben, wenn sie sich der Hindu-Nation ganz und gar unterordnen – ohne Ansprüche, ohne Privilegien, ja selbst ohne Staatsbürgerrechte.“¹⁰

Diese radikale Vision Golwalkars wurde allerdings nicht das Leitbild des unabhängigen Indiens. Der politische Einfluss der Hindu-Nationalisten blieb zunächst begrenzt. Sie hatten in der Unabhängigkeitsbewegung gegenüber einem übermächtigen Indian National Congress (INC, „Kongresspartei“) nur eine nachrangige Rolle gespielt und gravierende organisatorische Nachteile gegenüber der indienweit perfekt eingespielten Kongress-Maschinerie. Nach der Ermordung Gandhis durch das RSS- und Hindu Mahasabha-Mitglied Nathuram Godse 1948 wurde der RSS verboten.¹¹ Auch wenn das Verbot kurze Zeit später wieder aufgehoben wurde, hatte das Attentat auf den *Bapu* („Vater“) der indischen Unabhängigkeit die Hindu-Nationalisten in weiten

01 Für eine detaillierte Darstellung der hier aufgezeigten Sachverhalte und insbesondere der aktuellen Entwicklungen in Indien siehe Pierre Gottschlich, *Hindu-Nationalismus und geschlossene Identität in Indien*, in: Yves Bizeul/Ludmila Lutz-Auras/Jan Rohgalf (Hrsg.), *Offene oder geschlossene Kollektividentität. Von der Entstehung einer neuen politischen Konfliktlinie*, Wiesbaden 2019 (i.E.), S. 340–365.

02 Vgl. Heinrich von Stietencron, *Der Hinduismus*, München 2010³, S. 84 ff.

03 Vgl. Kim Knott, *Der Hinduismus. Eine kleine Einführung*, Stuttgart 2009², S. 111 f.

04 Vgl. Vinayak Damodar Savarkar, *Extract from Hindutva: Who is a Hindu?*, in: Christophe Jaffrelot (Hrsg.), *Hindu Nationalism. A Reader*, Princeton 2007, S. 87–96.

05 Es ist ein altes, bislang aber immer gescheitertes politisches Projekt der Hindu-Nationalisten, Hindi im sprachlich extrem vielfältigen Indien zur alleinigen Staatssprache zu machen.

06 Vgl. Ramachandra Guha, *Patriotism vs Jingoism*, 5.2.2018, www.outlookindia.com/magazine/story/patriotism-vs-jingoism/299735.

07 Vgl. Hermann Kulke, *The Early Textbook Controversy and R.S. Sharma's Concept of Indian Feudalism. Some Historiographic Reflections*, in: Rafael Klöber/Manju Ludwig (Hrsg.), *HerStory. Historical Scholarship between South Asia and Europe*, Heidelberg 2018, S. 219–239, hier S. 221.

08 Clemens Jürgenmeyer, *Ein Land, ein Volk, eine Kultur – Ideologie und Politik hindunationaler Identität in Indien*, in: Peter Molt/Helga Dickow (Hrsg.), *Kulturen und Konflikte im Vergleich*, Baden-Baden 2007, S. 632–647, hier S. 635

09 Vgl. Mark Juergensmeyer, *Die Globalisierung religiöser Gewalt. Von christlichen Milizen bis al-Qaida*, Hamburg 2009, S. 176.

10 Zit. nach Dominik Müller, *Indien. Die größte Demokratie der Welt? Marktmacht – Hindunationalismus – Widerstand*, Berlin 2014, S. 81.

11 Vgl. ebd., S. 88.

Teilen der Bevölkerung politisch delegitimiert und unwählbar gemacht. Die 1951 gegründete hindu-nationalistische Partei Bharatiya Jana Sangh (BJS, „Indische Volksvereinigung“), eine direkte Vorgängerorganisation der heutigen BJP, blieb weitgehend wirkungslos. Der Schatten der ideologischen Verantwortung für die Ermordung Gandhis konnte erst mit der Gründung der BJP 1980 mehr oder weniger abgelegt werden. Mit der Neuaufstellung wurden nun unter günstigen Rahmenbedingungen größere Erfolge bei demokratischen Wahlen möglich.

AYODHYA UND DER POLITISCHE AUFSTIEG

Die „Politik der Angst“ und die Konstruktion eines bedrohlichen „Anderen“ haben sich für hindu-nationalistische Parteien wie die BJP als überaus wirksame Instrumente zur politischen Mobilisierung erwiesen und ihren politischen Aufstieg begleitet und ermöglicht.¹² Insbesondere die Angst vor einer „Islamisierung“ Indiens und einer damit einhergehenden Marginalisierung der Hindus im eigenen Land wurde und wird gezielt geschürt. Ein wichtiger Kristallisationspunkt des vermeintlich unabwendbaren Hindu-Muslim-Konfliktes ist die Ayodhya-Kontroverse.¹³

Die Stadt Ayodhya in Nordindien wird von Hindu-Nationalisten als Geburtsstätte des Gottes Rama, der siebenten Inkarnation des Vishnu, angesehen. Seine Lebensgeschichte, das Ramayana („Weg des Rama“), zählt zu den bedeutendsten Epen Indiens und gilt als ein zentrales Element des Hindu-Glaubens. Die folgenschwere Kontroverse bezieht sich auf eine Moschee, die 1528 vom ersten indischen Großmogul Babur in Ayodhya errichtet und als Babri Masjid („Baburs Moschee“) bekannt wurde. Hindu-Nationalisten behaupten, dass die Moschee genau an der Geburtsstelle Ramas gebaut und ein hier zuvor befindlicher, Rama geweihter Hindu-Tempel zerstört wurde. Seit Mitte der 1980er Jahre forderten hindu-nationalistische Organisationen wie der Vishwa Hindu Parishad (VHP, „Welt-Hindu-Rat“) immer lautstärker den Abriss der Babri Masjid und die Befreiung Ra-

mas aus seinem „muslimischen Gefängnis“. ¹⁴ Die (Wieder)Errichtung des Rama Janmabhumi Mandir („Rama-Geburts-Tempel“) in Ayodhya ist nach wie vor ein zentrales Ziel der hindu-nationalistischen Bewegung. Hierbei geht es um weit mehr als nur den Bau eines Tempels. Ayodhya symbolisiert für *Hindutva*-Anhänger den bevorstehenden Aufbruch in ein neues, segensreiches Zeitalter und damit zugleich die Rückkehr zu einer angeblich vormals vorhandenen zivilisatorischen Größe und Harmonie. Es gilt, Indien vollkommen neu auszurichten und seine Geschichte neu zu interpretieren.¹⁵

Die Ayodhya-Kampagne erwies sich für die Hindu-Nationalisten als effektive Mobilisierungsstrategie. Die Betonung des Hindu-Muslim-Gegensatzes als unauflöslicher Konflikt in der Geschichte Indiens und das Schüren von Überfremdungsängsten wurden wesentlicher Teil der politischen Rhetorik, beispielsweise in den Reden der radikalen Aktivistin Sadhvi Rithambhara. Der immer lautere Ruf nach Taten führte schließlich am 6. Dezember 1992 zur Zerstörung der Babri Masjid, als hunderttausende Anhänger von RSS und VHP die Moschee zum Teil mit bloßen Händen dem Erdboden gleichmachten und damit das Signal für landesweite Unruhen mit zahlreichen Todesopfern gaben. Das umstrittene Gelände wurde abgesperrt und aufgrund ungeklärter Eigentumsfragen bis heute nicht für den Bau des Rama-Tempels freigegeben. Die BJP übernahm die politische Verantwortung für den Abriss der Babri Masjid und feierte die Tat als Symbol für die Überwindung der muslimischen Fremdherrschaft über Indien. Meinungsumfragen zeigten jedoch, dass eine Mehrheit der indischen Bevölkerung die Zerstörung der Moschee nicht billigte.¹⁶ Gleichwohl hatte sich die BJP mit der Ayodhya-Kampagne eine verlässliche Hindu-Wählerbasis geschaffen und sich in Nord- und Zentralindien als ernst zu nehmender politischer Akteur etabliert. Sie gilt als Schlüsselmoment im Ringen um die politische und kulturelle Hegemonie in Indien.¹⁷

¹⁴ Vgl. Juergensmeyer (Anm. 9), S. 182f.

¹⁵ Vgl. Skoda (Anm. 13), S. 99.

¹⁶ Vgl. Hermann Kulke/Dietmar Rothermund, *Geschichte Indiens. Von der Induskultur bis heute*, München 2006³, S. 418.

¹⁷ Vgl. Thomas Stauber, *Safranfarbene Schocktherapie. Wie der Hindunationalismus die indische Gesellschaft spaltet*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2017, S. 99–108, hier S. 101.

¹² Vgl. Dibyesh Anand, *Hindu Nationalism in India and the Politics of Fear*, New York 2011, S. 151–159.

¹³ Vgl. Uwe Skoda, *Ayodhya. Ein Symbol des Hindu-Nationalismus*, in: ders./Klaus Voll (Hrsg.), *Der Hindu-Nationalismus in Indien. Aufstieg – Konsolidierung – Niedergang?*, Berlin 2005, S. 83–113.

VON AYODHYA NACH GUJARAT

Im westindischen Bundesstaat Gujarat, einer Hochburg der BJP und Heimat des amtierenden Premierministers Narendra Modi, zeigt sich seit Mitte der 1990er Jahre exemplarisch die Verfestigung der politischen Macht der Hindu-Nationalisten. Die BJP nutzte eine Strategie der gesellschaftlichen Polarisierung und den Ausbruch von Gewalt auf kommunaler Ebene für ihre Zwecke. Im Februar 2002 kam es nahe des Bahnhofs Godhra im Bundesstaat Gujarat zu einem Brand in einem Zug mit Hindu-Pilgern, der sich auf der Rückreise aus Ayodhya befand. Die Brandursache ist bis heute nicht vollständig geklärt, knapp 60 Hindus starben in den Flammen.¹⁸ Für den Brand wurden unabhängig von der unklaren Beweislage Muslime verantwortlich gemacht. In der Folge kam es im ganzen Bundesstaat zu antimuslimischen Gewaltausbrüchen, die in einem der schlimmsten Pogrome seit der Unabhängigkeit Indiens gipfelten.¹⁹ Die Ausschreitungen hielten tagelang an, ohne dass die Sicherheitskräfte eingriffen. Modi, damals gerade als Ministerpräsident von Gujarat ins Amt gekommen, verharmloste die Gewaltwelle als „natürliche Reaktion“ auf den Brand in Godhra und sprach vom „gerechtfertigten Volkszorn“.²⁰ Die Untätigkeit der Staatsorgane und das gezielte und koordinierte Vorgehen der gewalttätigen Gruppen deuteten für viele Beobachter auf eine vorherige Planung der Attacken und auf eine staatliche Unterstützung der Angreifer hin.²¹

Die erschreckende Bilanz der Ausschreitungen waren mindestens 2000 überwiegend muslimische Tote, ungezählte Körperverletzungen und Vergewaltigungen, die Zerstörung von etwa 270 Moscheen und islamischen Heiligtümern, die Plünderung und Brandschatzung tausender muslimischer Geschäfte und die Vertreibung von schät-

zungsweise 150 000 Menschen.²² Im folgenden Wahlkampf für die anstehenden Regionalwahlen instrumentalisierte die BJP die Spaltung der Gesellschaft und stilisierte die in Godhra ums Leben gekommenen Hindus als Märtyrer. Modi gelang schließlich im Dezember 2002 ein überwältigender Wahlsieg mit fast 50 Prozent der Wählerstimmen. Manche Politikwissenschaftler sahen nun in den vorangegangenen Gewalttaten sogar eine gezielte Wahlkampfstrategie zur Mobilisierung der niedrigkastigen Hindu-Wähler für die traditionell eher von höheren Kasten dominierte BJP. Die Ausschreitungen brachen demnach überproportional häufig in besonders umkämpften Wahlkreisen aus und führten bei den Wahlen zu substantiellen Stimmengewinnen für die BJP.²³ Aus dieser Perspektive diente das Pogrom von Gujarat vor allem der inneren Festigung der Hindus und der Konsolidierung ihres Wahlverhaltens. Die Bedrohung durch die vermeintlich von Muslimen ausgelöste Gewalt sollte nun auch diejenigen Hindus an die BJP binden, die zuvor aus verschiedenen Gründen nicht für die Partei gestimmt hatten. Die BJP regiert Gujarat bis heute mit absoluter Mehrheit und hat bei den letzten Regionalwahlen im Dezember 2017 erneut fast die Hälfte der Wähler für sich mobilisieren können.

ÜBERNAHME DER NATIONALEN MACHT

Auf nationaler Ebene konnte sich die BJP seit Beginn der 1990er Jahre auf ein stabiles Stimmenpotenzial von 20 bis 23 Prozent stützen. Das genügte dank der Verzerrungen des Mehrheitswahlrechts, um nach der Parlamentswahl 1996 zum ersten Mal die meisten Sitze im indischen Unterhaus (Lok Sabha) zu stellen. Die Schwäche des INC und die Uneinigkeit der übrigen Parteien spülten die BJP kurzzeitig in Neu-Delhi in die Regierungsverantwortung. 1998 übernahm die BJP mit Premierminister Atal Behari Vajpayee an der Spitze einer breiten Koalition erneut die Regierung und gewann nach dem Zerfall des Bündnisses auch die vorgezogene Wahl 1999. Die neue Allianz erwies sich als stabiler und trug die Hindu-Nationalisten über eine komplette Legislaturperiode. Die

¹⁸ Vgl. Prateep K. Lahiri, *Decoding Intolerance. Riots and the Emergence of Terrorism in India*, New Delhi 2009, S. 232f.

¹⁹ Vgl. Christoph S. Sprung, *Macht durch Gewalt und Religion – Das hindu-nationalistische Pogrom in Gujarat 2002*, in: Skoda/Voll (Anm. 13), S. 279–297.

²⁰ Zit. nach Priya Parker, *Reconciliation in Gujarat*, in: *Peace Prints. South Asian Journal of Peacebuilding* 1/2008, S. 1–15, hier S. 3. Übersetzung des Autors.

²¹ Vgl. Siegfried O. Wolf/René Schultens, *Hindu-Nationalismus – (k)ein Ende in Sicht!*, in: *Der Bürger im Staat* 3–4/2009, S. 164–173, hier S. 169.

²² Vgl. Parker (Anm. 20), S. 2f.

²³ Vgl. Thad Dunning, *Fighting and Voting. Violent Conflict and Electoral Politics*, in: *Journal of Conflict Resolution* 3/2011, S. 327–339.

Heterogenität des Bündnisses zwang die BJP jedoch zu einer pragmatischen und moderaten Politik und verhinderte die Durchsetzung einer nationalen „Hindu-Leitkultur“.²⁴ Die BJP konnte den markigen Ankündigungen von RSS und VHP, die mit anderen hindu-nationalistischen Gruppen in der Sangh Parivar (wörtlich etwa „Organisations-Familie“) zusammengeschlossen sind, kaum politische Taten folgen lassen. 2004 endete die Regierungszeit der BJP-Koalition, ohne in Indien einen fundamentalen Wandel im Sinne einer Umsetzung der *Hindutva*-Leitlinien des Parteiprogramms gebracht zu haben.

Spätestens jetzt wurde deutlich, dass die *Hindutva*-Karte allein nicht genügen würde, um dauerhaft auf nationaler Ebene ernsthaftes Machtpotenzial entfalten zu können. Neben die Propagierung einer geschlossenen Hindu-Identität und dem Versuch, aus dem säkularen ein hinduistisches Indien zu machen, trat nun verstärkt ein weiteres politisches Standbein: ökonomische Reformen. Erneut war Gujarat das „Labor“ der Hindu-Nationalisten. Modi hatte hier als Ministerpräsident mit einer klassisch neoliberalen Wirtschaftspolitik im indischen Vergleich überdurchschnittliche Wachstumsraten erreicht. Dabei musste sich die BJP keineswegs völlig neu erfinden. Unternehmerfreundliche Klientelpolitik gehörte schon immer zum Kern der mehrheitlich im städtischen und höherkastigen Milieu angesiedelten Partei. Auch ideologisch ist ein neoliberaler Marktradikalismus durchaus anschlussfähig an *Hindutva*-Prinzipien.²⁵ Nur wurde dieser Teil der BJP-Agenda nun deutlich stärker in den Vordergrund gerückt und betont. Aus Modi, dem früheren RSS-Aktivisten und ideologischen Hardliner, wurde Modi, der Wirtschaftsreformer. Der Mann, der aufgrund seiner Verstrickungen in das Pogrom von Gujarat nach 2002 weder in die USA noch in die EU einreisen durfte, wurde zum Spitzenkandidaten der BJP. Das ihm zugeschriebene entwicklungspolitische „Modell Gujarat“ avancierte im Vorfeld der Parlamentswahl 2014 zum Hoffnungsbild vieler von der Kongresspartei enttäuschter Stimmberechtigter.²⁶

Die ausgeprägte Wechselstimmung ließ die BJP einen Anti-Establishment-Wahlkampf gegen die von Korruptionsskandalen erschütterte INC-Regierung führen. Hindu-nationalistische Rhetorik spielte lediglich eine untergeordnete Rolle, auch Modi hielt sich hierbei auffällig zurück. Stattdessen wurden seine bescheidene Herkunft aus einer niederen Kaste und sein asketisches, abstinentes und zölibatäres Leben als RSS-Funktionär stärker in den Mittelpunkt gestellt. Zum Image des „Machers“ kam damit das Bild des unabhängigen und nicht korrumpierbaren Außenseiters, der nur das Wohlergehen der Nation im Sinn hat und hierbei weder an sich selbst denkt noch einer Familiendynastie verpflichtet ist – für viele Wähler genau der richtige Mann, um die lange verschleppten Reformen in Neu-Delhi anzugehen und dem gesamten Land neuen Schwung zu geben. Die persönliche Popularität dieses „neuen“ Narendra Modis trug die BJP zu einem Wahlsieg, der in dieser Form kaum vorherzusehen war. Der BJP glückte, was zuvor nur dem INC in der Hochphase seiner Macht gelang, nämlich eine absolute Mehrheit in der Lok Sabha zu erreichen. Ein solches Szenario war angesichts eines stark ausdifferenzierten, zunehmend fragmentierten und regionalisierten Parteiensystems in Indien von den meisten Experten ausgeschlossen worden.²⁷ Modi hat eine Machtfülle erreicht, wie sie seit den Zeiten Indira Gandhis kein indischer Politiker mehr innehatte.²⁸ Der politische Aufstieg des Hindu-Nationalismus hat damit seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

AUF DEM WEG IN EINEN HINDU-STAAT?

An der grundlegenden Zielsetzung des hindu-nationalistischen Projekts mit der Homogenisierung des Hindu-„Volkskörpers“ hat sich seit den Tagen Savarkars und Golwalkars wenig geändert; das republikanische Modell indischer Politik wird abgelehnt. Anstelle des säkular-pluralistischen Staatswesens soll ein Hindu-Suprematismus mit korporatistischen Elementen treten. Die föderale Struktur Indiens soll einem starken, homoge-

²⁴ Vgl. Pierre Gottschlich/Jakob Rösel, Indien im neuen Jahrhundert. Demokratischer Wandel, ökonomischer Aufstieg und außenpolitische Chancen, Baden-Baden 2008, S. 24–31.

²⁵ Vgl. Stauber (Anm. 17), S. 103f.

²⁶ Vgl. Pierre Gottschlich, Die Parlamentswahlen in Indien 2014, in: Internationales Asienforum 3–4/2014, S. 301–331, hier S. 312.

²⁷ Vgl. Tobias Wolf, Extremismus im Namen der Religion. Wie der Hindu-Nationalismus die Demokratie in Indien gefährdet, Aachen 2012, S. 160.

²⁸ Vgl. Gottschlich (Anm. 26), S. 328.

nen Zentralstaat weichen. Der Universalismus demokratischer Teilhabe soll langfristig durch den Hegemonialismus einer „Hindu-Demokratie“, in der nur vollwertige Hindus zugelassen sind, ersetzt werden.²⁹

Die Versuche, diese Ziele zu erreichen, vollziehen sich weniger politisch-institutionell als vielmehr gesellschaftlich-kulturell. Es deutet wenig darauf hin, dass die BJP ernsthaft den formalen Versuch unternehmen könnte, die säkulare Verfassung und damit die Grundfesten der indischen Demokratie strukturell zu verändern. Die größere Gefahr für ein freiheitlich-demokratisches Zusammenleben in Indien geht von den hindu-nationalistischen Organisationen aus, die außerhalb des politischen Spektrums agieren.³⁰ RSS, VHP und andere, zum Teil noch radikalere Gruppen fühlen sich seit Modis Machtantritt ermutigt, aktiv zu werden und das (vermeintliche) Recht auch gewaltsam in die eigene Hand zu nehmen. Hindu-Bürgerwehren aus dem Umfeld der Sangh Parivar gehen beispielsweise im Namen des Schutzes der Kuh rigoros gegen vermeintliche Schlachtviehtransporteure und Rindfleischschmuggler vor. Immer wieder kommt es bei Aktionen dieser unkontrolliert operierenden, selbsternannten Gesetzeshüter zu Lynchmorden. Staatliche Organe reagieren auf solche Gewaltakte bislang nur sehr zögerlich oder bleiben gänzlich untätig, die Regierung hüllt sich in Schweigen.³¹

Ohnehin hat die hindu-nationalistische Administration schon nach kurzer Zeit für eine spürbare Veränderung der politischen Kultur gesorgt, in der sich die Grenzen des Denk- und Sagbaren verschieben. Führende *Hindutva*-Ver-

treter liefern sich einen bizarren Überbietungswettstreit um die Frage, wie viele Kinder eine gute und vaterlandsliebende Hindu-Frau zum Wohle der Hindu-Nation zur Welt bringen sollte – vier, sechs oder doch lieber gleich zwölf? Parlamentsabgeordnete und Kabinettsmitglieder mit RSS-Verbindungen greifen religiöse Minderheiten mit „Hassreden“ an, bezeichnen Muslime als „Bastarde“ und feiern den Gandhi-Attentäter Godse als „Patrioten“. ³² Die aggressive Rhetorik schürt Ängste und schafft ein Klima, in dem sich radikale Hindus ermutigt fühlen, offensiver aufzutreten und ihren Forderungen teilweise auch gewaltsam Nachdruck zu verleihen. Kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft werden drangsaliert und eingeschüchert – zum Teil mit tödlichen Folgen.³³

Nichtsdestotrotz verweisen optimistische Beobachter darauf, dass das Fundament der Demokratie in Indien gefestigt ist und sich auch die BJP-Regierung freien und fairen Wahlen stellen muss.³⁴ Die Durchsetzung einer reinen Hindu-Nation ist in Indien auch unter einer 2019 möglicherweise im Amt bestätigten BJP-Regierung eher nicht zu erwarten. Diese Idee wäre nur unter Preisgabe des freiheitlich-demokratischen Charakters des Landes realisierbar und würde auf entsprechend großen Widerstand stoßen. Gleichwohl könnte eine fortgesetzte chauvinistische Hindu-Identitätspolitik von hindu-nationalistischen Regierungen auf nationaler und regionaler Ebene in Verbindung mit den frei und zum Teil gewalttätig agierenden Kräften der Sangh Parivar den ohnehin nur geringen gesellschaftlichen Zusammenhalt in Indien weiter unterminieren. Doch nicht nur religiöse und ethnische Minderheiten, auch viele Hindus teilen die Ziele der *Hindutva*-Ideologie keineswegs. Sie sind bislang und zukünftig der beste Bestandsgarant für eine offene Gesellschaft in Indien. Es obliegt in erster Linie ihnen, dass Abrutschen Indiens in eine entlang religiöser Zugehörigkeit definierte „ethnische Demokratie“³⁵ abzuwenden.

PIERRE GOTTSCHLICH

ist promovierter Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. pierre.gottschlich@uni-rostock.de

²⁹ Vgl. Gottschlich/Rösel (Anm. 24), S. 24–28.

³⁰ Vgl. Wolf (Anm. 27), S. 156.

³¹ Vgl. Stauber (Anm. 17), S. 107.

³² Vgl. Tavleen Singh, Fifth Column. Stop Hindutva Now, 14.12.2014, <https://indianexpress.com/article/opinion/columns/fifth-column-stop-hindutva-now>.

³³ Vgl. Dominik Müller, Schriftsteller im Zeitalter des Hindu-nationalismus, 1.9.2017, www.deutschlandfunkkultur.de/indien-schriftsteller-im-zeitalter-des-hindunationalismus.976.de.html?dram:article_id=394917.

³⁴ Vgl. Marcel M. Baumann, Narendra Modis Dilemma. Zwischen Hindu-Nationalismus, Regierungsaltag und politischem Pragmatismus, in: Michael Arndt/Marcel M. Baumann (Hrsg.), Indien verstehen. Thesen, Reflexionen und Annäherungen an Religion, Gesellschaft und Politik, Wiesbaden 2016, S. 55–75, hier S. 72.

³⁵ Vgl. Christophe Jaffrelot, Toward a Hindu State?, in: Journal of Democracy 3/2017, S. 52–63, hier S. 59 ff.

VON DER AUTONOMEN GEMEINSCHAFT ZUR UNABHÄNGIGEN NATION?

Separatismus in Katalonien

Nino Löffler

Spätestens mit der Festnahme des katalanischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont in Deutschland im März 2018 ist der Katalonien-Konflikt auch hier im Bewusstsein angekommen. Dieser schwelt schon seit einigen Jahren; die Polizeieinsätze rund um das Unabhängigkeitsreferendum am 1. Oktober 2017 bildeten lediglich einen (vorläufigen) Höhepunkt. Dabei ist der Separatismus in Spanien nicht allein ein katalanisches Phänomen, der Terror der ETA (Euzkadi Ta Askatasuna) und der baskische Wunsch nach Sezession prägten Spanien über viele Jahrzehnte.⁰¹ Das Land gliedert sich nach der Verfassung von 1978 in 17 Autonome Gemeinschaften, die über ein divergierendes Autonomieniveau verfügen. Die Unzufriedenheit der Katalanen mit ihrem Autonomieniveau und der Kompetenzverteilung im gesamtspanischen Gefüge ist historisch immer wieder erkennbar, blicken sie doch auf eine Geschichte politischer Unabhängigkeit zurück. Der Konflikt speist sich insbesondere um Fragen der kulturellen Identität: Der Kern der Unabhängigkeitsbewegung will die „Würde“ der Katalanen erhalten und ihre Kultur anerkannt sehen, ein „diffuses Gefühl von Nicht-ernst-genommen werden“⁰² aus Madrid stützt ihr Anliegen. Ebenso wollen sie als Angehörige einer eigenen Nation im gesamtspanischen Konstrukt akzeptiert werden. Dabei stoßen sie vor allem gegenüber dem spanischen Verfassungsgericht auf Grenzen; dieses versteht den Begriff der Nation im Spanischen nicht als Kollektiv von Menschen, sondern als territorialrechtliche Einheit, weswegen Katalonien als Teil der spanischen Nation gilt. Die katalanischen Nationalisten, die in den vergangenen Jahren mit dem Separatismus eine grundlegende Ideologie verfolgten, versuchten insbesondere durch Referenden, eine Form der Staatlichkeit herzustellen.⁰³ Die zentralen Akteure kommen aus

dem linken, liberalen sowie konservativen Spektrum – und würden sich in anderen politischen (Sach-)Gebieten als „Erzfeinde“ betrachten.⁰⁴ Sie eint der „Mythos der Ausbeutung“, den die Separatisten geschickt ausschachten und der immer mehr Zuspruch erfährt.

WAS IST SEPARATISMUS?

Die Debatte und Analyse um den katalanischen Separatismus verlangen eine Trennschärfe der Begriffe, um sich nicht in unpräzisen Formulierungen, die sich rund um die Thematik des Regionalismus, Nationalismus und Separatismus drehen, zu verlieren. Katalonien ist zunächst eine Region in Spanien, definiert als „bestimmter Raumschnitt innerhalb einer größeren Raumeinheit“.⁰⁵ Insbesondere die Regionalisierung innerhalb der Europäischen Union erlaubt es Regionen, innerhalb des Nationalstaats eigene Handlungseinheiten zu konstruieren, um dabei – je nach Verlautbarung des Nationalstaats – eigene Programme zu implementieren. Der Vorteil davon ist es, einen systemischen Rahmen zu schaffen, in dem die Interessen der Regionen begründet werden und durch Selbstverwaltung auch Demokratie gefördert werden kann.

In Westeuropa hat sich der **Regionalismus** in den 1970er Jahren ausgebreitet und ist nicht nur in Katalonien zu einer relevanten politischen Kraft geworden. Als Regionalismus bezeichnet wird der Versuch, eine regionale Struktur und ein Programm von „innen“ zu gestalten, indem ein Akteur in das politische System integriert wird, der diese Interessen widerspiegeln kann.⁰⁶ Dieser Akteur will meist auf subnationaler Ebene als politische Bewegung agieren, um die Rechte in der Region zu verteidigen und fordert zugleich eine „Verlagerung von staatlichen Kompetenzen auf

die regionale Ebene ein“.⁰⁷ Abgegrenzt davon wird der **regionale Nationalismus**, der im Gegensatz zum Regionalismus noch stärker den Nationenbegriff in den Vordergrund stellt. Akteure versuchen, ihre Interessen im Gesamtgefüge einer distinktiven nationalen Gemeinschaft zur Geltung zu bringen. Münden kann diese Einstellung häufig im Ruf nach einer vollständigen Emanzipation, um de facto eine politisch-territoriale Sezession zu beanspruchen.

Schlussendlich soll der Begriff des **Separatismus** festgelegt werden, der als Folge eines extremen regionalen Nationalismus die Maximalforderung einer Sezession formuliert. Separatismus beschreibt gemeinhin die politische Absicht eines bestimmten Teils der Bevölkerung, sich aus einem zentral organisierten Staatenverbund zu lösen, um einen eigenen Staat zu gründen oder sich einem anderen bereits existierenden Staat anzugliedern. Das Beispiel Katalonien zeigt, dass es meist vielschichtige Gründe sind, die eine Separationsbewegung erstarken lassen – sprachliche, kulturelle oder ökonomische. Das Verhältnis zum Zentralstaat und die (eingeschränkten) Möglichkeiten, eine autonome Region auszugestalten, spielen ebenfalls eine Rolle. Ungelöste Fragen nach dem Status einer Nation oder ethnische Konfliktlinien, die nicht miteinander in Einklang zu bringen sind, sind weitere Ursachen.

HISTORISCHE EINORDNUNG DES KATALONIEN-KONFLIKTS

Historisch wird der Konflikt in Katalonien auf die Geschichte der vergangenen 300 Jahre zurückgeführt. Schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts besaß Katalonien politisch eine Sonderverfassung, die es rechtlich vom gesamtspanischen Konstrukt

abhob. 1714, noch heute als Schicksalsjahr der katalanischen Bevölkerung gehandelt, brachte radikale Veränderungen mit sich: Nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit den Bourbonischen Truppen des spanischen Königs Philipp V. musste Barcelona am 11. September 1714 kapitulieren.⁰⁸ Die königliche Herrschaft wollte eine gesamtspanische Vereinheitlichung der Verwaltung herbeiführen, die Ausnahmestellung Kataloniens wurde als störend empfunden. Infolge der Ereignisse 1714 wurden die katalanischen Institutionen aufgelöst und durch den Bourbonischen Zentralismus ersetzt,⁰⁹ unter anderem wurde die Generalitat als Gesamtheit der politischen Institutionen in Katalonien abgeschafft. Dennoch erlebte Katalonien im Verlauf des 18. sowie später im 19. Jahrhundert demografisch und wirtschaftlich einen Aufschwung. Durch Migrationsbewegungen und ökonomische Faktoren verdoppelte sich die Bevölkerung. Im Zuge dessen begann ein Prozess des Erwachens katalanischer Identität, der kulturell-literarisch geprägt war. Die *Renaixença* gab den Katalanen neues Selbstbewusstsein und brachte eine Weiterentwicklung des Katalanischen als Schriftsprache. Dabei formierte sich mit Centre Catal eine politische Bewegung, die Forderungen nach mehr Autonomie artikulierte.¹⁰ Der Katalanismus übersprang im 19. Jahrhundert die Hürde der kulturellen Ebene auf eine politische Bühne und wuchs zu einer nationalen Bewegung heran.

Wie viele Länder in Europa war auch Spanien in den 1920er Jahre von Krisen geprägt. Generalstreiks, Kämpfe innerhalb des Militärs und ein Aufkeimen des katalanischen Nationalismus setzten das zentralistische System unter Druck. Als 1923 der General Miguel Primo de Rivera in Madrid die Macht ergriff, wurde jede Form des Separatismus unterdrückt. Rivera verfolgte eine antikatalanische Politik,¹¹ er verbot identitätsstiftende Merkmale wie die Hymne und die Flagge ebenso wie die katalanische Sprache in offiziellen Dokumenten. Der Zusammenschluss di-

01 Zum Vergleich der beiden Regionen siehe Walther L. Bernecker, Zwischen „Nation“ und „Nationalität“: das Baskenland und Katalonien, in: APuZ 36–37/2010, S. 14–20.

02 Vgl. Gero Maas, Katalonien. Von der Unabhängigkeitsillusion zur Zwangsverwaltung, in: ifo-Schwerpunkt 23/2017, S. 15–18.

03 Vgl. Egbert Jahn, Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung – eine von Spanien und der EU verdrängte Herausforderung, Frankfurt/M. 2018.

04 Vgl. Sabine Riedel, Katalonien im Brennpunkt der EU-Krisen, Forschungshorizonte Politik & Kultur 1/2018, S. 2.

05 Peter Schmitt-Egner, Handbuch zur Europäischen Regionalismuskforschung, Wiesbaden 2005, S. 23.

06 Vgl. ebd., S. 61.

07 Patrick Eser, Fragmentierte Nation – globalisierte Region?, Bielefeld 2013, S. 47.

08 Vgl. Walther L. Bernecker, Katalonien von der Entstehung bis zum Ende des Franquismus, in: ders./Torsten Eßer/Peter A. Kraus, Eine kleine Geschichte Kataloniens, Frankfurt/M. 2007, S. 11–147, hier S. 60.

09 Vgl. Rainer S. Elkar, Europas unruhige Regionen, Stuttgart 1981.

10 Vgl. Carlos Collado Seidel, Kleine Geschichte Kataloniens, München 2018, S. 144.

11 Vgl. Bernecker (Anm. 8), S. 117.

verser linker Parteien führte wenig später nach dem Scheitern der Diktatur zu einer Hochphase des Katalanismus. Nach der Kommunalwahl im April 1931, als die republikanische Linke Kataloniens siegte, rief deren Gründer Francesc Macià die Katalanische Republik aus, die Teil einer Iberischen Föderation sein sollte¹². Macià proklamierte die Anerkennung der Generalitat und forderte die Ausarbeitung eines Autonomiestatus. Dies wurde im August 1931 via Plebiszit bestätigt und ein Jahr später eingeführt. Die Zentralregierung ging diesen Kompromiss zwar ein, lehnte jedoch strikt ab, den spanischen Zentralstaat in einen föderalistischen Bundesstaat umzuwandeln. Das Statut von Nuria gab den Katalanen weitreichende Kompetenzen, auch in Form gesetzgeberischer Tätigkeiten durch das katalanische Parlament. So regelten 26 Gesetze Fragen der Gesundheit, Finanzen oder Wirtschaft. Zudem besaß Katalonien neben einem eigenen Parlament einen Präsidenten als Regionaloberhaupt und ein regierungsähnliches Exekutivkomitee.

Der spanische Bürgerkrieg zwischen 1936 und 1939 veränderte die Rahmenbedingungen, die starke Machtposition Kataloniens wurde durch Francisco Franco abgeschafft. Auch die aus dem Bürgerkrieg resultierende Machtübernahme Francos 1939 prägte das katalanische Selbstverständnis. Es folgte eine repressive Herrschaft, in der Franco Katalonien besetzen ließ, weswegen führende Kräfte ins Exil nach Frankreich flohen. Per Dekret wurde das Statut von Nuria aufgehoben, das Katalanische verlor den Status als offizielle Sprache und wurde aus dem öffentlichen Leben verbannt, kurzum: Franco wollte jegliches regionales Nationalbewusstsein unterbinden und setzte dies – auch mithilfe ökonomischer Sanktionen – durch.

Die katalanische Identität fand in der Folge zivilgesellschaftlich statt, eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung unter Franco sorgte für eine Phase beschleunigter Industrialisierung in Katalonien. Die Region blühte in den 1960er Jahren kulturell wieder auf, die Vitalität der regionalen Identität wurde sichtbar, und zugleich fand eine Politisierung der antifranquistischen Bewegung statt, die zuvor lediglich im Untergrund agiert hatte. Aus den zahlreich entstandenen Gruppierungen trat 1971 die *Assemblea de Catalunya* hervor, ein Zusammenschluss von Verbänden

und Gemeinden unterschiedlichster Couleur.¹³ Die *Assemblea* diente als Sprachrohr der katalanischen Opposition und sprach die Liberalisierung des Regimes sowie die Autonomiefrage an. Tatsächlich umgesetzt werden konnten die Forderungen jedoch erst nach dem Tod Francos, der die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Spanien veränderte. Infolge der *Transició* entstand ein demokratisches, parlamentarisches System.

Zwischen den katalanischen Parteien, die sich im Verlauf der *Transició* bildeten, lag ein Konsens vor, die Strukturen des Einheitsstaats zu brechen. Vor allem die sozialistische *Partit Socialista de Catalunya* (PSC) und die christdemokratische *Convergència Democràtica de Catalunya* (CDC) forderten Autonomie und gingen aus der Wahl 1977 für die verfassungsgebende Cortes gestärkt hervor. Mit dem Statut von Sau fand der langwierige Autonomieprozess und die Wiederherstellung der Generalitat ein vorläufiges Ende. Das vorgeschlagene Kompetenzniveau wurde zwar durch das spanische Parlament gesenkt, jedoch bestand die Generalitat dem Statut nach aus einem Parlament, das den katalanischen Haushalt verabschieden konnte und zugleich Gesetzgebungsbefugnisse besaß.

Die bürgerlich nationalistische *CiU* (*Convergència i Unió*) prägte nach ihrem Wahlerfolg im März 1980 fortan für die nächsten Jahrzehnte die katalanische Politik. Mit dem Wahlerfolg begann die 23 Jahre lang andauernde Ära Jordi Pujols. Getrieben vom Charisma und der Persönlichkeit Pujols erfolgte eine Personalisierung der katalanischen Politik.¹⁴ Der Regionalpräsident vertrat einen schillernden Nationalismus mit dem Ziel maximaler Autonomie. Bereits zu diesem Zeitpunkt besaß Katalonien einen Sonderstatus mit weitreichenden Kompetenzen im kulturellen, sprachlichen und bildungspolitischen Bereich. Forderungen nach Unabhängigkeit waren kaum erkennbar; zunächst sollten die Kompetenzen institutionalisiert und übertragen werden. Pujol verfolgte in seiner Amtszeit die Strategie des *Pactismo*: punktuell sollte die privilegierte Autonomie weiter ausgebaut werden. Ihren Ursprung fand diese Politik bereits in dem Papier „Programa 2000“, in dem eine Strategie der „Rekatala-

¹³ Vgl. Collado Seidel (Anm. 10), S. 193.

¹⁴ Vgl. Peter A. Kraus, Katalonien im demokratischen Spanien, Bernecker/Eßer/Kraus (Anm. 8), S. 149–247, S. 176.

¹² Vgl. Elkar (Anm. 9), S. 184.

nisierung“ aufkam und das Konzept des *nation building* rezipiert wurde. Grundlagen bestanden in der Stärkung der katalanischen Identität in Alltag, Schulen und Medien.¹⁵

Die Forderungen nach einem gesteigerten Kompetenzniveau wurden spätestens ab 2004 virulent. Mit der Esquerra Republicana (ERC) gewann eine für den Separatismus eintretende Partei signifikant an Stimmen. Der Eintritt der ERC in die Regierung unter dem Sozialisten Pasqual Maragall als Regierungschef bedeutete qualitativ eine andere Ebene der Forderungen nach Autonomie und einem neuen Statut. Auch in Madrid war Dialogbereitschaft vorhanden; der Sozialist José Luis Zapatero versprach, die Reform des Statuts zu einem seiner Kernstücke in der Regierungstätigkeit zu machen.¹⁶

Durch ein Autonomiestatut wollte die katalanische Regierung das Geflecht zwischen Madrid und Barcelona strukturieren: Eine Neuordnung der Kompetenz- und Finanzzuweisungen sollte wie der plurinationale Charakter Spaniens geregelt werden. Das aktualisierte Statut wurde von beiden Kammern des spanischen Parlaments verabschiedet und im Juni 2006 ratifiziert, die Durchsetzung des Statuts schien trotz Verwässerung durch Madrid auf einem guten Weg.

Doch die Situation eskalierte wenig später mit einer Verfassungsklage der christdemokratischen Partido Popular (PP) gegen das Statut. Begründet wurde dieser Schritt mit dem Risiko einer möglichen Anerkennung Kataloniens als Nation. Vier Jahre später traf das Verfassungsgericht eine Entscheidung: Das Urteil besagte, dass 14 der 223 Artikel verfassungswidrig seien, insbesondere Kompetenzen in Fiskalfragen. Folge dessen war eine Mobilisierung der Kräfte – noch heute wird das Urteil als maßgeblicher Indikator der Ereignisse 2017 gesehen, die politischen Vertreter sahen sich in ihrem Selbstentscheidungsrecht beschnitten. Unmittelbar nach dem Urteil gingen in Barcelona hunderttausende Demonstranten auf die Straße und forderten ihr Recht auf Selbstbestimmung ein. Verschärft wurde die Situation in dieser Phase durch die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise, von der Katalonien stark be-

troffen war – unter anderem stieg die Arbeitslosigkeit von 9,4 (2004) auf über 18 Prozent (2010). Erkennbar ist daher ein Zusammenhang zwischen dem Aufkommen einer zivilgesellschaftlichen Bewegung, die sich explizit für die Sezession ausspricht, und einem Umschwung auf der politischen Ebene, bei dem das Thema seit 2010 von Jahr zu Jahr stärker verbalisiert wurde.

Bei der Regionalwahl im November 2010 konnte die CiU mit ihrem Spitzenkandidaten Artur Mas nach sieben Jahren wieder die Mehrheit erlangen. Ein Jahr später fand in Spanien die vorgezogene Parlamentswahl statt, bei der die PP die sozialistische Partido Socialista Obrero Español (PSOE) ablöste und Mariano Rajoy Ministerpräsident wurde, der bis zu seiner Abwahl im Juni 2018 den Separationsbestrebungen äußerst kritisch gegenüberstand. Schon zu diesem Zeitpunkt ließ sich eine erste Radikalisierung der Unabhängigkeitsbestrebungen erkennen. Mas, zuvor aus Rücksicht gegenüber dem wirtschaftsliberalen Flügel seiner Partei eher vorsichtig in den Formulierungen, sprach sich für eine Sezession aus.¹⁷ Auch in der Zivilgesellschaft wurden die Forderungen ab 2012 deutlicher. Am Jahrestag der Einnahme Barcelonas gingen 1,5 Millionen Katalanen auf die Straße, um unter dem Motto „Katalonien – ein neuer Staat in Europa“ ihre Unabhängigkeit einzufordern. Gleichsam machte die Krise deutlich, dass das bisherige System der Zusammenarbeit in Form der Transferleistungen nicht funktioniert. Mas forderte gegenüber Madrid eine Neuformulierung des Finanz- und Transfermodells nach Vorbild des Baskenlandes. Die Basken müssen einen geringeren Anteil an Solidarzahlungen abgeben; das bislang existierende Modell der Finanzausgestaltung sollte auslaufen, neuerliche bilaterale Abmachungen zwischen Katalonien und dem Zentralstaat vereinbart werden, was jedoch von Rajoy schroff abgelehnt wurde.

ZUSPITZUNG DES KONFLIKTS AB 2014

Erstmals wurden im Februar 2013 Ideen über die Abhaltung eines Referendums diskutiert, als Mas einen Rat der nationalen *Transición* einsetzte, der die juristischen Voraussetzungen prüfen

¹⁵ Moritz Glaser, Katalonien: Region oder Nation?, in: Zeithistorische Forschungen 15/2018, S. 115–127, hier S. 122.

¹⁶ Vgl. Klaus-Jürgen Nagel, Der spanische Autonomiestaat – ist das Ende der Fahnenstange erreicht?, in: Jahrbuch des Föderalismus 2010, Baden-Baden 2010, S. 287–305, hier S. 289.

¹⁷ Vgl. Michael Ehrke, Katalonien: Geld oder Identität?, Berlin 2014.

sollte. Rajoy beharrte darauf, dass die Abstimmung in ganz Spanien stattfinden oder aber die katalanische Regierung sich um eine Verfassungsänderung bemühen müsse. Dies war aber utopisch, da weder das Kabinett Rajoy noch die Regierungsfraktion zu Gesprächen bereit waren. Rajoy verwies auf Artikel 147, nach dem die spanische Verfassung keine provinzielle oder lokale Souveränität kennt.¹⁸ Dennoch verkündete Mas die Durchführung eines Referendums am 9. November 2014, bei dem die Katalanen zwei Fragen beantworten sollten: „Wollen Sie, dass Katalonien ein Staat wird?“ und „Wollen Sie, dass dieser Staat unabhängig ist?“

Letztendlich wurde nach zahlreichen fehlgeleiteten Wegen, die Befragung (legal) vorzunehmen,¹⁹ am 9. November eine Ersatzumfrage durchgeführt, die lediglich den plebiszitären Charakter einer Volksbefragung besaß. Knapp 81 Prozent der Befragten stimmten für eine Unabhängigkeit, das heißt etwa 30 Prozent der in Katalonien Abstimmungsberechtigten votierten bei einer Wahlbeteiligung von 37 Prozent mit einem doppelten Ja für den unabhängigen Staat.²⁰ Mas kündigte im Januar 2015 vorgezogene Neuwahlen für den 27. September an. In Katalonien schlugen die Forderungen nach mehr Autonomie infolge des Referendums Wellen in Richtung Selbstbestimmung, gleichzeitig agierte Rajoy weiter mit einer „Politik der permanenten Funkstille, des Legalismus und der selektiven Rezentralisierung“.²¹ Die Wahl wurde als Votum für ein Unabhängigkeitsplebiszit inszeniert, wofür Mas eine breite politische wie zivilgesellschaftliche Basis schaffen wollte. Kurz vor der Wahl wurde das Bündnis CiU wegen interner Spannungen aufgelöst; Mas trat daraufhin mit einem neuen Bündnis Junts Pel Si (Zusammen für das Ja) an, in das auch die ERC integriert

wurde. Deutlich wurde auch, dass die Parteien sich selbst nicht einig darüber waren, welcher Weg zur Unabhängigkeit bestritten werden soll, was einen einheitlichen Auftritt gegenüber Madrid erschwerte.

Bei der Wahl konnten die separatistischen Parteien die absolute Mehrheit erzielen, jedoch nicht die Mehrheit der Stimmen der Wahlberechtigten einholen (47,7 Prozent zu 51,7 Prozent). Junts Pel Si erreichte 62 Sitze, die neomarxistische Candidatura d'Unitat Popular (CUP) zehn, was eine Mehrheit aufgrund des besonderen Wahlsystems ermöglichte.²² Auffällig war bei der Wahl die Heterogenität der katalanischen Gesellschaft: Das Stadt-Land-Gefälle wurde deutlich, in ländlichen Gebieten erhielten die separatistischen Parteien eine Mehrheit, in Industriestandorten wie Barcelona oder Tarragona sind sie in der Minderheit. Offensichtlich wurden im Anschluss die Konflikte der Regionalregierung: Während die CUP einen vollständigen Bruch mit Spanien forcierte, wollte Mas einen 18 Monate lang andauernden Übergang, in dem staatliche Strukturen aufgebaut werden können. Resultat dessen war, dass die CUP Mas nicht weiter als Regionalpräsidenten tolerierte, nur knapp wurde im Januar 2016 eine Neuwahl verhindert. Mas verzichtete auf das Amt, die CUP akzeptierte Carles Puigdemont für das Amt. Dieser war zuvor auch in Spanien relativ unbekannt, jedoch als Bürgermeister von Girona Oberhaupt einer Stadt, die als Hochburg der Separationsbewegung gilt. Mit seiner Partei Partit Demòcrata Europeu Català (PDeCat) sowie einer Koalition mit ERC und der CUP bildete Puigdemont eine heterogene Koalition, die nur wenige Sachfragen verabschieden konnte und den Fokus hatte, die Separation voranzutreiben.

ESKALATION RUND UM DAS REFERENDUM AM 1. OKTOBER 2017

Madrid sah auch nach dem Amtswechsel keine Basis für Verhandlungen. Für die katalanische Regierung stand fest, dass eine Sezession das einzig logische Ergebnis von Verhandlungen wäre. Ein erster Indikator für die Zuspitzung des Kon-

¹⁸ Spaniens Parlament lehnt Referendum für Katalonien ab, 9.4.2014, www.spiegel.de/politik/ausland/a-963371.html.

¹⁹ Mas wollte zunächst mit Artikel 150 der Verfassung das Referendum über eine Kompetenzübertragung legitimieren. Dies wurde aber vom spanischen Parlament als verfassungswidrig abgelehnt. Auch ein in Katalonien verabschiedetes Gesetz, eine „nicht referielle-Volksbefragung“ stattfinden zu lassen, wurde in Madrid außer Kraft gesetzt.

²⁰ Vgl. Sabine Riedel, Die Befragung zur Unabhängigkeit Kataloniens, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Arbeitspapier FG Globale Fragen 3/2014, S. 15.

²¹ Susanne Gratius/Kai-Olaf Lang, Das katalanische Labyrinth, SWP-Aktuell 5/2015, S. 8.

²² Katalonien ist in vier Wahlkreise unterschiedlicher Größe eingeteilt. Dadurch sind ländliche Wahlkreise begünstigt, ein Kandidat braucht für ein Mandat deutlich weniger Stimmen.

flikts, der im Verlauf des Jahres 2017 kontinuierlich verschärft wurde, fand sich in der Ankündigung vom 9. Juni 2017 wieder, als Puigdemont ein Referendum für den 1. Oktober festlegte. Die Katalanen sollten dabei die Fragestellung „Wollen Sie, dass Katalonien ein unabhängiger Staat in Form einer Republik ist?“ beantworten. Idealtypisch wird nach Vorstellung der Regierung Katalonien eine Republik, die sowohl der EU als auch der Eurozone und der NATO angehört. Umfragen sahen Puigdemont in seinem Vorhaben bestärkt: Drei Viertel der spanischen Bevölkerung meinten, dass das Vorgehen Rajoys den Konflikt eher verschärfen würde,²³ ebenso betonten zwei Drittel der Katalanen die Unzufriedenheit mit der aktuellen Position ihrer Gemeinschaft. Mit dem Referendumsgesetz, das am 6. September durch das katalanische Parlament entgegen jeglicher demokratischer Gepflogenheiten „gepeitscht“ wurde,²⁴ konnte die regionale Gesetzgebung genutzt werden, um das (illegale) Referendum zu legitimieren. Es entstand jedoch der Eindruck, dass das Unabhängigkeitsprojekt in Katalonien eines einer sehr gut organisierten sowie finanziell breit aufgestellten sozialen Bewegung ist, die den demokratischen Willen übergeht.²⁵ Deren Vorgehen führte zwangsläufig zur weiteren Eskalation, als zehn Tage vor dem Referendum die spanische Polizei zwölf Mitarbeiter der Regierung festnahm und diese mit dem Vorwurf des Abhaltens eines „illegalen Referendums“ und dem „Einsetzen öffentlicher Mittel“ konfrontierte. Die Bilder aus Barcelona am 1. Oktober 2017 gingen schlussendlich durch die Welt: Polizeieinsätze gegen die Unabhängigkeitsbefürworter führten zu Gewalt, Wahlurnen und Stimmzettel wurden beschlagnahmt, es kam zu Knüppelinsätzen und Barrikaden. Offiziellen Ergebnissen nach stimmten 90 Prozent der Wähler für die Unabhängigkeit, allerdings mehrten sich Stimmen über Unregelmäßigkeiten beim Ablauf der Wahl, die Wahlbeteiligung lag bei lediglich 42,3 Prozent.

23 Vgl. Thomas Urban, Der Traum von der Republik, in: Süddeutsche Zeitung, 10./11.6.2017, S. 8.

24 Eine Mindestbeteiligung wurde nicht festgesetzt, die einfache Mehrheit der Stimmen genügte für die Verabschiedung des Gesetzes; die eigentlich für das Gesetz notwendige Zweidrittelmehrheit war nicht gegeben.

25 Vgl. Matthias vom Hau, Katalonien: Staatskrise ohne Ende?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2017, S. 13–16, hier S. 14.

In Katalonien gewannen nach dem Referendum die „Stimmen von der Straße“²⁶ verstärkt an Einfluss. Puigdemont wollte eine Neuwahl nach dem Referendum ansetzen, wurde aber von der CUP und der ERC sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren unter Druck gesetzt, unmittelbar die Unabhängigkeit Kataloniens auszurufen. Parallel stimmte der spanische Kongress am 11. Oktober zu, Artikel 155 der Verfassung zu aktivieren, ein bis dato einmaliger Vorgang. Dadurch wird die Autonomie Kataloniens außer Kraft gesetzt, die Gemeinschaft von Madrid aus regiert. Am 27. Oktober fanden die beiden Entwicklungen zusammen: Puigdemont proklamierte einseitig die Unabhängigkeit, während Madrid die Autonome Gemeinschaft auflöste und die Neuwahl für den 21. Dezember ausrief. Drei Tage später klagte die Staatsanwaltschaft Puigdemont und dessen gesamte Regierung wegen Volksverhetzung, Korruption und Rebellion an – der Regionalpräsident floh nach Brüssel ins Exil. Die Regionalwahl organisierte Puigdemont von Belgien aus und war – trotz körperlicher Abwesenheit – Fixpunkt des Wahlkampfs. Auch wenn die Wahl aus Madrid mit Anwendung von Artikel 155 angeordnet wurde, bestand von Seiten der Separatisten die Hoffnung, ihre Bewegung stärker zu legitimieren.

Die Wahlliste Puigdemonts Junts per Catalunya ging mit 34 Mandaten als Siegerin hervor. Ähnlich wie bei der Wahl 2015 konnten die separatistischen Bewegungen zwar die Mehrheit erzielen (70 von 135 Mandaten), das Kräfteverhältnis wippte leicht zugunsten Spaniens, da die liberale, sich gegen die Unabhängigkeit aussprechende Ciudadanos Stimmen dazu gewann. Das Wahlergebnis brachte wenig Veränderung, auch ließen die justiziablen Ermittlungen den Ton schriller werden. Da die ERC keine Wiederwahl Puigdemonts akzeptierte und dieser nicht nach Spanien einreisen konnte, wurde nach langen Verhandlungen Mitte Mai 2018 Quim Torra als Regionalpräsident gewählt, der politisch Puigdemont nahe steht, aber von der veränderten Situation in Madrid profitierte und eher den Dialog mit der Zentralregierung suchen konnte. Daher sprach Torra kurz nach der Übernahme des Amtes zwar davon, das „Mandat des 1. Oktober“

26 Vgl. Julia Macher, Katalonien: Eskalation ohne Ende, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2018, S. 25–28, hier S. 27.

aufrechtzuerhalten, allerdings will er keine „unilateralen Wege“ gehen und andere Lösungen der Konfliktbefriedung suchen.²⁷

AKTUELLE DEBATTEN UND ENTWICKLUNGEN IN KATALONIEN

Zwei Aspekte prägen die Debatte in Katalonien derzeit in besonderem Maße: Zum einen ist dies die veränderte Lage in Madrid: Die sozialistische PSOE übernahm mit Pedro Sánchez aufgrund eines Misstrauensvotums Anfang Juni 2018 Regierungsverantwortung. Zum anderen ist die katalanische Separationsbewegung nach wie vor aktiv und verfolgte zuletzt vor allem eine Internationalisierung des Konflikts, was durch die Flucht Puigdemonts nach Brüssel und dessen kurzzeitige Inhaftierung in Deutschland gelang. Zwar brachte die Polizeigewalt am 1. Oktober 2017 nicht wie von den Separatisten erhofft internationale Solidarisierung, da sowohl die EU als auch die Vereinten Nationen und die Vereinigten Staaten den Schulterschluss mit Rajoy suchten.²⁸ Dennoch konnte Puigdemont durch die Haft in Deutschland die anschließende Debatte um die juristische Bewertung der Anklage in Spanien den Konflikt europäisch führen.²⁹

Auch wenn Sánchez und die PSOE das Referendum abgelehnt und die Absetzung der Regionalregierung durch Artikel 155 mitgetragen haben, verlor der Konflikt zuletzt an Schärfe. Das zeigt sich sowohl durch die personelle Besetzung einzelner Ministerien³⁰ als auch durch politische Handlungen wie der Lockerung der Ausgabenkontrolle in Katalonien. Zudem verhandelt eine Kommission, die bereits Rajoy im Oktober 2017 eingesetzt hatte, über ein neues Autonomiestatut beziehungsweise versucht, Anpassungen zu regeln. Die PSOE stellt einen gerechteren Finanzausgleich in Aussicht, zudem ist vorstellbar, dass

Katalonien als „Nation“ anerkannt und Spanien als Staat von „Nation von Nationen“ definiert wird.³¹ Zwar geben die Separatisten ihr Ziel der Unabhängigkeit nicht auf, auf Seiten der ERC meldeten sich aber auch Stimmen der Zurückhaltung. Durch die PSOE erfolgte kein radikaler Kurswechsel, aber eine für Entspannung sorgende Korrektur. Deutlich wurde dies auch durch ein erstes Treffen zwischen Torra und Sánchez im Juli 2018, bei dem ein erster Schritt Richtung konstruktiven Dialog gelang.

FAZIT

Deutlich wird bei einer Analyse der separatistischen Bewegung in Katalonien, dass ein Großteil der Bevölkerung eine Veränderung des Status quo will; zwar hat eine Abspaltung Kataloniens keine demokratische Legitimation, ein „Weiter so“ erscheint in dem Konflikt aber nicht sinnvoll. Ähnlich dem Abstimmungsverhalten des Brexit ist Katalonien derzeit in zwei Lager unterteilt, was dadurch bedingt wird, dass die nordspanische Region eine traditionelle Einwanderungsgesellschaft ist, die zwar stark plural ist, durch den Nationalismus mit Elementen kultureller Souveränität aber Forderungen nach Sezession ableitet. Die katalanische Gesellschaft ist keine homogene, was auch die Vorbehalte gegenüber einer Abspaltung in den urbanen Regionen erklärt. Diese Heterogenität kann künftig für politische Instabilität sorgen, zumal seit 2014 Bündnisse wie die Societat Civil Catalan mit Befürwortern eines Verbleibs Kataloniens in Spanien auf die Straße gehen. Primär sind es jedoch historische und aus dem Aufbau des spanischen Staates entwickelte Probleme, die die Grundlage der katalanischen Separationsbestrebungen bilden. Als während der *Transición* die spanische Dezentralisierung entwickelt wurde, legte man die Ungleichheit zwischen den Regionen durch die Verfassung fest. Eine sukzessive Angleichung in den Jahren darauf wurde von den Katalanen nicht akzeptiert, zumal multinationale Elemente, die die verschiedenen Teile Spaniens miteinander verbinden könnten, nicht vorhanden sind.

Die politische Entwicklung gepaart mit historischen Erfahrungen und der ökonomischen Krise in Spanien bildeten das Fundament dafür,

²⁷ Vgl. dies., Spanien: Die Stunde der Sozialisten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2018, S. 21–24, hier S. 23.

²⁸ Vgl. vom Hau (Anm. 25), S. 13.

²⁹ Die Anklage wegen Rebellion konnte nicht aufrechterhalten werden, da der Protest „gewaltfrei“ verlief. Aus diesem Grund wurde der zuvor verhängte europäische Haftbefehl fallen gelassen, Puigdemont droht eine Anklage wegen Korruption und Veruntreuung öffentlicher Mittel.

³⁰ MitMeritxell Batet wurde eine katalanische Föderalistin zur Ministerin für Verwaltungs- und Territorialfragen benannt.

³¹ Vgl. Kanzler Kurz in Madrid bei König Felipe und Premier Sanchez, 12.9.2018, www.sn.at/politik/weltpolitik/-39959605.

dass ab 2012 aus dem gemäßigten Nationalismus ein radikaler Separatismus wurde. Die regionale Identität ist in Katalonien stark ausgeprägt, jedoch bedarf es zusätzlich ökonomischer Faktoren, die den Konflikt ausarten ließen. Katalonien, ähnlich wie die Region Madrid mit etwa 19 Prozent am spanischen BIP beteiligt, gilt als industrialisierte Region, die zudem vergleichsweise exportstark ist. Zwar kann von einer ökonomischen Dominanz nicht zwingend gesprochen werden, dennoch leistete Katalonien in Spanien einen beträchtlichen Anteil bei der Bewältigung der Krise.³² Die Enttäuschung über die unverständliche Ausgestaltung des spanischen Finanzausgleichs sowie die aus Sicht der Katalanen ungerechte Verteilung finanzieller Mittel fand Nährboden in einer generellen Unzufriedenheit. Die ökonomische Frage an sich bietet zwar eine Lösung unterhalb der Sezession an, ist jedoch Folge davon, dass der Sezessionswunsch seit 2010 stärker wurde. Dazu gesellte sich ein innerkatalanischer Wettbewerb, in dem sich die ERC, die CiU (beziehungsweise deren Nachfolgeparteien) und die CUP mit Forderungen nach Selbstbestimmung übertrumpften.

Separatistische Bewegungen in Europa fordern nationale Souveränität, Demokratie und Partizipation ein. Jedoch fördert dies auch Missgunst und Streit, etwa um territoriale Grenzen, wenn etwa die CUP ein „Gesamt-Katalonien“ bilden will, das auch Teile Frankreichs umfassen soll. Der Separatismus in Spanien wird so lange bestehen, bis ein gesellschaftlicher Konsens gefunden ist. Separatismus lässt sich nicht mit Polizisten oder Paragrafen nachhaltig lösen, sondern mit Dialog, Begegnungen und Vertrauen.³³ Madrid und Barcelona waren lange nicht fähig, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen, wie der Volkswille nach einer Veränderung des Status quo sich ausdrücken lässt. Madrid pochte auf den Rechtsstaat sowie die Gesetze, stellt die Verfassung in Artikel 2 doch die „unauflösliche Einheit der spanischen Nation“ fest. Barcelona hingegen argumentiert mit Ungleichbehandlung, die aus ökonomischen und kulturellen Elementen Kraft schöpft. Möglicherweise gelingt ein Um-

denken, in dem Madrid durch ein neues Autonomiestatut den spanischen Finanzausgleich anpasst und diese zentrale Frage des Konflikts angeht. Auch könnte Katalonien noch weitere Kompetenzen im Bereich der Kultur- und Identitätspolitik zugestanden werden. Denn notwendig wird dies sein: Investoren gehen Katalonien (und Spanien) gegenüber bereits auf Distanz, einige Unternehmen haben ihren Zentralsitz in Katalonien aufgegeben. Einen langwährenden Konflikt kann sich keine der beiden Seiten leisten; auch die EU schaut genau darauf, wie sich dieser Konflikt, der momentan Gefahr läuft, die Gesellschaft nachhaltig zu polarisieren, weiterhin entwickelt.

32 Vgl. Klaus Schrader/Claus Friedrich Laaser, Die Bedeutung Kataloniens für die spanische Volkswirtschaft, Kiel Policy Brief 2017, S. 17.

33 Vgl. Stefan Ulrich, Recht und Furor, in: Süddeutsche Zeitung, 13.7.2018, S. 4.

NINO LÖFFLER

ist Politikwissenschaftler und Volontär in der Stabstelle Kommunikation der Bundeszentrale für politische Bildung.
nino.loeffler@bpb.de

DIE NEUE DIASPORAPOLITIK DER TÜRKEI UND TÜRKEISTÄMMIGE IN DEUTSCHLAND

Sezer İdil Göğüş

Die Geschichte der Türkei im 20. Jahrhundert war stark von Auswanderung geprägt. Aktuell leben mehr als 5,5 Millionen türkische Staatsbürger*innen laut dem türkischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten im Ausland; 4,6 Millionen davon haben ihren Wohnsitz in einem westeuropäischen Land.⁰¹ Die meisten türkeistämmigen⁰² Einwohner*innen hat Deutschland: etwa drei Millionen, darunter sowohl türkische Staatsbürger*innen als auch Menschen türkischer Abstammung, die entweder die deutsche und die türkische oder nur die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.⁰³ Aufgrund verschiedener Phasen der Auswanderung setzt sich die türkeistämmige Bevölkerung in Deutschland aus vielen unterschiedlichen Gruppen zusammen, die sich teilweise aktiv voneinander abgrenzen und zuweilen auch Konflikte aus dem Herkunftsland hier austragen: Kurd*innen und Türk*innen, Alevit*innen und Sunnit*innen, säkulare und religiöse Türkeistämmige, AKP-Anhänger*innen und AKP-Kritiker*innen.

Die türkische Politik gegenüber den im Ausland ansässigen Türkeistämmigen wurde seit dem AKP-Wahlsieg von 2002 verstärkt und ausgeweitet. Dieses Engagement basiert auf drei Prinzipien: *Erstens* werden die Angehörigen der Nation im Ausland als „Diaspora“ definiert; *zweitens* wurde die Teilnahme an Wahlen und Referenden für türkische Staatsbürger*innen im Ausland ermöglicht, ohne dass diese ins Land reisen müssen, und *drittens* wird die Verbindung von muslimischer und türkischer beziehungsweise eine neo-osmanische Identität betont.⁰⁴ Die AKP betreibt eine aktive Politik zur Förderung der Identifikation mit der Türkei unter Türkeistämmigen im Ausland und zur Mobilisierung der Türkeistämmigen in Deutschland für innertürkische beziehungsweise ihre eigenen Belange, wie zuletzt etwa die Eröffnung der Ditib-Moschee (Tür-

kisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) am 29. September 2018 in Köln in Anwesenheit von Präsident Recep Tayyip Erdoğan zeigte.

Im Folgenden skizziere ich zunächst die Phasen der Migration aus der Türkei nach Deutschland. Vor diesem Hintergrund analysiere ich die ab 2002 erfolgte Neuausrichtung der „Diasporapolitik“ der türkischen Regierung und frage abschließend nach den Reaktionen der Türkeistämmigen auf diese Mobilisierungsstrategien.

AUS DER TÜRKEI NACH DEUTSCHLAND

Die türkische Migration in die westeuropäischen Länder begann in den 1960er Jahren als Arbeitsmigration im Zuge des Wiederaufbaus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.⁰⁵ Deutschland war eines der bedeutendsten Aufnahmeländer und schloss bilaterale Abkommen über die Anwerbung von Arbeitskräften mit verschiedenen Ländern: etwa mit Italien 1955, mit Spanien und Griechenland 1960 und mit der Türkei 1961.⁰⁶ Die Arbeitsmigrant*innen wurden als „Gastarbeiter“ bezeichnet, was den vorübergehenden Wohnsitz in Deutschland betonen sollte,⁰⁷ – und damals die Vorstellung beider Seiten widerspiegelte. Ab Mitte der 1970er Jahre verschob sich der Schwerpunkt der türkischen Migration: Seit dem „Anwerbestopp“ von 1973 fand Einwanderung vor allem im Rahmen des Familiennachzugs statt⁰⁸ – und als nicht intendierte Folge wurden aus vielen „Gastarbeitern“ Einwander*innen und Deutschland zum Einwanderungsland.⁰⁹

Eine weitere Immigration aus der Türkei setzte ein, als die politische Lage in der Türkei unmittelbar vor und in den Jahren nach dem Militärputsch 1980 viele Menschen auf der Suche nach Asyl nach Deutschland und in andere europäische Länder trieb. In den 1980er und

1990er Jahren erfolgte so eine Diversifizierung der Immigrant*innen aus der Türkei.¹⁰ Viele der Asylsuchenden waren linksgerichtete Aktivist*innen. Zudem kamen viele Kurd*innen, die wegen der fortwährenden Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in den südöstlichen und östlichen Provinzen der Türkei das Land verließen.¹¹ Eine in vielerlei Hinsicht vergleichbare Zuwanderung wurde jüngst ausgelöst durch die „Säuberungspolitik“, die nach dem Putschversuch in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 einsetzte. Viele der aktuell Geflüchteten sind gut ausgebildete Journalist*innen, Akademiker*innen und Aktivist*innen, weshalb in diesem Zusammenhang auch von einem neuerlichen *brain drain* gesprochen werden kann.

DIASPORAPOLITIK IM WANDEL

Historisch betrachtet, wurde der Begriff Diaspora anhand der jüdischen, armenischen oder griechischen Diaspora definiert, die als „Opfer-Diaspora“ bezeichnet wurden.¹² Diese frühe-

re Definition lieferte einen Archetyp: Mitglieder der so verstandenen Diaspora wurden vertrieben, fühlen den Verlust und hegen den Wunsch nach Rückkehr in das Heimatland.¹³ Zeitgenössisch wird hingegen eine transnationale Perspektive auf Gruppen in der Diaspora eingenommen und davon ausgegangen, dass Diasporagemeinden nicht unbedingt zurück in das Land ihrer Verfahren wollen, sondern sie aufgrund des zirkulären Austausches und der transnationalen Mobilität¹⁴ eine Verbundenheit für mehr als ein Land (Heimat und Aufnahmeland) empfinden können. So gewinnt die Diaspora auch an Bedeutung für die Entsendeländer. Einige davon nutzen die Diasporapolitik zur Vernetzung oder zur Instrumentalisierung für unterschiedliche Interessen.¹⁵ Das Engagement kann dabei wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder politischer Natur sein. Die Politikwissenschaftlerin Eva Østergaard-Nielsen definiert den politischen Bereich dieser Bemühungen als „extension of political rights to non-resident nationals or attempts to influence and control expat political activities abroad“.¹⁶

Während in den 1970er Jahren den im Ausland ansässigen Türkeistämmigen vor allem kulturelle und soziale Angebote gemacht wurden, zeigte der türkische Staat seit den 1980er Jahren, als deutlicher wurde, dass viele der als kurzfristige Arbeitsmigration intendierten Ausreisen zu Daueraufenthalten in den Aufnahmeländern geworden waren, vermehrt wirtschaftliches und politisches Interesse an ihnen. Seit Beginn der Amtszeit der AKP 2002 ist eine Neuausrichtung des Engagements der AKP-Regierung(en) gegenüber den Türkeistämmigen im Ausland zu beobachten.¹⁷ Insbesondere das Jahr 2008 markiert einen bedeutenden Politikwechsel hin zu einer stärker-

01 Vgl. Turkish Ministry of Foreign Affairs, Turkish Citizens Living Abroad, www.mfa.gov.tr/the-expatriate-turkish-citizens.en.mfa.

02 Der Begriff „Türkeistämmige“ schließt alle Gruppen aus der Türkei mit ein, darunter unterschiedliche ethnische und religiöse Gruppen.

03 Laut einer Studie von Statista wohnten 2017 1,5 Millionen türkische Staatsbürger*innen in Deutschland, de.statista.com/statistik/daten/studie/152911/umfrage/tuerken-in-deutschland-seit-2001.

04 Vgl. Yasar Aydın, Die neue türkische Diasporapolitik. Ihre Ziele, ihre Grenzen und Herausforderungen für die türkeistämmigen Verbände und die Entscheidungsträger in Deutschland, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 14/2014, S. 7 ff.

05 Vgl. Özge Bilgili/Melissa Siegel, From Economic to Political Engagement: Analysing the Changing Role of the Turkish Diaspora, in: Michael Collyer (Hrsg.), *Emigration Nations. Policies and Ideologies of Emigrant Engagement*, Hampshire 2013, S. 277–301, hier S. 278.

06 Siehe dazu auch die APuZ 43/2011 mit dem Schwerpunkt „50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“ (Anm. d. Red.).

07 Vgl. Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 1990; Gökçe Yurdakul, *From Guest Workers into Muslims: The Transformation of Turkish Immigrant Associations in Germany*, Cambridge 2009.

08 Vgl. Yurdakul (Anm. 7).

09 Vgl. Klaus J. Bade, Anwerbestopp 1973. Als Deutschland zum Einwanderungsland wurde, 24. 11. 2013, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-11/einwanderung-anwerbestopp.

10 Vgl. Bilgili/Siegel (Anm. 5), S. 279.

11 Vgl. ebd., S. 279 ff.

12 Vgl. Robin Cohen, *Global Diasporas. An Introduction*, London 2008.

13 Vgl. Steven Vertovec, *The Political Importance of Diasporas*, 2005, www.compas.ox.ac.uk/wp-content/uploads/WP-2005-013-Vertovec_Political_Importance_Diasporas.pdf.

14 Vgl. Thomas Faist, *Diaspora and Transnationalism: What Kind of Dance Partners?*, in: Rainer Bauböck/ders. (Hrsg.), *Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods*, Amsterdam 2010, S. 9–34, hier S. 13.

15 Vgl. Bahar Baser, *Diasporas and Homeland Conflicts. A Comparative Perspective*, Ashgate 2015, S. 25 ff.

16 Eva Østergaard-Nielsen, *Sending Country Policies*, in: Blanca Garcés-Mascareñas/Rinus Pennix (Hrsg.), *Integration Processes and Policies in Europe*, S. 147–165, hier S. 150.

17 Vgl. Bahar Baser, *Turkey's Diaspora Engagement Policy under the Justice and Development Party*, 24. 4. 2017, www.imi.ox.ac.uk/blog/turkey2019s-diaspora-engagement-policy-under-the-justice-and-development-party.

ren Politisierung: In diesem Jahr änderte das türkische Parlament das Wahlgesetz und erlaubte erstmals türkischen Staatsbürger*innen, die außerhalb der Türkei leben, bei Wahlen und Referenden abzustimmen, ohne in die Türkei reisen zu müssen. Das Gesetz wurde erstmals bei der Präsidentschaftswahl 2014 vollzogen. Ein Zusatzartikel dieses Wahlgesetzes ermöglichte es dem türkischen Staat außerdem, Wahlbüros im Ausland einzurichten. Dafür bedarf es in einigen Ländern, wie Deutschland, der Zustimmung und Genehmigung staatlicherseits.¹⁸

Mit dieser Neuerung änderte sich auch die Art und Weise, wie Türkeistämmige adressiert wurden: Seit dem Amtsantritt der AKP-Regierung 2002 wurde immer häufiger der Begriff der „Diaspora“ verwendet. Diese sprachliche Verschiebung erfolgte im Kontext einer breiteren Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik.¹⁹ Der Sprecher des türkischen Präsidenten, İbrahim Kalın, erklärte 2011, dass die Strategie einer verstärkten öffentlichen Diplomatie eine Methode zur Förderung nationaler Interessen sei.²⁰ Ziel der neuen Diasporapolitik ist, die öffentliche Meinung im Ausland und damit nach Möglichkeit die Politik der Aufnahmeländer so zu beeinflussen, dass wirtschaftliche und politische Vorteile für die Türkei wahrscheinlicher werden. Dies lässt sich beispielsweise aus der Rede des damaligen Außenhandelsministers Kürşad Tüzmen bei einem Forum des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen 2009 herauslesen. Tüzmen beschrieb dort die Türkeistämmigen als „Diaspora“ und betonte die Bedeutung ihres Beitrags für den türkischen Handel.²¹ Seitdem taucht der Diaspora-Begriff immer wieder in Statements verschiedener türkischer Staatsbeamter in unterschiedlichen Kontexten auf. So bezeichnete der Leiter des Amtes für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften Mehmet Köse erst kürz-

lich Köln als die „Hauptstadt der Diaspora“ und betonte ihre Bedeutung für die „Bewahrung von Identität, Kultur und Sprache“.²² Bei einer Veranstaltung der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) sprach Präsident Erdoğan von „neuen Dienstleistungen“ für türkische Bürger*innen in der Diaspora, um die türkische Sprache und Kultur besser zu fördern.²³

Die Neuausrichtung schlägt sich auch institutionell nieder: Bereits vor der Regierungszeit der AKP gab es staatliche Institutionen wie die Generaldirektion für auswärtige Angelegenheiten und Dienstleistungen für Arbeitnehmer im Ausland (Dış İlişkiler ve Yurt Dışı İşçi Hizmetleri Genel Müdürlüğü), die 1967 gegründet wurde. Zudem fungierten Attachés in türkischen Konsulaten als Ansprechpartner für die Türkeistämmigen. Zeynep Şahin Mencütek und Bahar Baser sprechen von einer Zeit „intensiven Engagements und der Institutionalisierung“ ab 2003.²⁴ Als Beleg führen sie einen Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission vom 17. Juni 2003 an, in dem legislative und institutionelle Änderungen angesprochen werden, die dabei helfen sollen, mögliche Probleme der Bürger*innen im Ausland anzugehen. Beispielsweise wurde die Einrichtung einer Direktion für Diaspora-Angelegenheiten empfohlen.²⁵ Die Gründung des Amtes für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften (Yurtdışı Türkler ve Akraba Toplulukları Başkanlığı, YTB) 2010 kann als ein Ergebnis der Empfehlungen der Kommission gewertet werden. Die YTB organisiert Veranstaltungen für Türkeistämmige im Ausland und nutzt auffällig oft den Begriff der „Diaspora“. So hat etwa die „Diaspora Youth Academy“ des YTB zum Ziel, „gebildete Individuen heranzuziehen, die die Zukunft der türkischen Diaspora bilden könnten“.²⁶ Dies spiegelt die „neue Vision für die

¹⁸ Vgl. Resmi Gazete, Das Gesetz über die grundlegenden Bestimmungen der Wahlen und die Änderungen des Wählerverzeichnis, 22.3.2018, www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2008/03/20080322M1-3.htm, siehe dazu Yüksek Seçim Kurulu, 26.2.2011, www.ysk.gov.tr/doc/karar/dosya/2816/2011-120.pdf.

¹⁹ Vgl. Baser (Anm. 17); Aydın (Anm. 4); Can Ünver, The Changing Diaspora Politics of Turkey, in: *Turkish Policy Quarterly* 1/2013, S. 181–189.

²⁰ Vgl. İbrahim Kalın, Soft Power and Public Diplomacy in Turkey, in: *Perceptions* 3/2011, S. 5–23, zit. nach Aydın (Anm. 4), S. 14.

²¹ Vgl. Türkische Diaspora ist zuständig, 11.4.2009, www.haberturk.com/ekonomi/makro-ekonomi/haber/140025-turk-diasporasi-isbasinda.

²² Köln ist die Hauptstadt der türkischen Diaspora, 23.3.2018, www.hurriyet.com.tr/avrupa/ytb-baskani-kose-koln-turk-diasporasinin-baskentidir-40782221.

²³ Die Rede von Erdoğan am 20.5.2018 in Bosnien-Herzegowina ist zu finden unter www.tccb.gov.tr/konusmalar/353/94022/6-uetd-genel-kurulunda-yaptiklari-konusma.

²⁴ Vgl. Zeynep Şahin Mencütek/Bahar Baser, Mobilizing Diaspora: Insights from Turkey's Attempts to Reach Turkish Citizens Abroad, in: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 1/2018, S. 86–105, hier S. 93.

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Diaspora Jugend Akademie (Diaspora Gençlik Akademisi), 17.10.2018, www.ytb.gov.tr/yurtdisi-vatandaslar/diaspora-genclik-akademisi.

Türkei“ wider. Weiterhin sei die YTB bestrebt, die im Ausland lebenden Bürger*innen und Familien zu koordinieren. Nach Einschätzung mancher Forscher*innen könnten hier auch außenpolitische Ambitionen der Türkei sichtbar werden, die mit der „Entdeckung“ der Fähigkeiten als *soft power* in Verbindung stehen.²⁷

Schließlich steht die neue türkische Diaspora-Politik im Kontext der nationalen Identitätspolitik. Die mehrheitlich muslimische Identität der AKP-Anhänger*innen entspricht der „neo-osmanischen Haltung“ der Parteilinie, die in einer breiten Definition der Nation zum Ausdruck kommt.²⁸ Der Begriff der „Nation“ wird gezielt mit dem Begriff der „Gemeinschaft“ vermischt – vor allem mit einer religiösen Gemeinschaft, die nationalstaatliche Grenzen überschreitet. 2017, als der damalige Premierminister Binali Yıldırım in Oberhausen eine Rede zum Verfassungsreferendum hielt, beschwor er die religiöse Gemeinschaft, als er erklärte, dass „die Gebete der Ummah [Religionsgemeinschaft] hinter ihnen [Türkeistämmigen im Ausland] stehen“.²⁹ Mit dieser Wortwahl sprach er die muslimischen AKP-Anhänger*innen an. Wie Abadan-Unat et al. gezeigt haben, verstehen sich AKP-Anhänger*innen in Deutschland in erster Linie als Muslim*innen.³⁰ Über die Betonung der muslimischen Identität soll deren Gemeinschaftsbildung gestärkt werden. Auch der Sozialwissenschaftler Yaşar Aydın stellt fest, dass die AKP und staatliche Eliten den „muslimischen Nationalismus“ (Jenny B. White) fördern, der „sich an einer historischen türkisch-osmanischen Identität orientiert“ und „eine religiös motivierte, exklusive gruppeninterne Solidarität“ ermöglicht.³¹

„COUNTERPARTS“ IN DEUTSCHLAND

Das neue Engagement der Türkei im Ausland hat „Counterparts“ in Organisationen, die in den Aufnahmeländern von türkischen Immigrant*innen selbst (teilweise mit Unterstützung aus der Türkei) als Kulturvereine oder politische Parteien gegründet wurden, starke Verbindungen zur AKP und in die Türkei unterhalten und dabei politische und/oder religiöse Positionen vertreten. Besonders präsent sind hier Organisationen der Ditib oder der UETD. Ditib wurde 1984 im Rahmen des Komitees für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) der Türkei in Köln gegründet, um die religiösen Bedürfnisse der Immigranten in Deutschland zu bedienen. Ditib hat derzeit über 960 Filialen, die jeweils als Kulturvereine eingetragen sind, wobei die Imane, die in den Ditib-Moscheen arbeiten, mehrheitlich aus der Türkei entsandt sind.³² Die 2004 ebenfalls in Köln gegründete UETD wird von einigen als Lobbyorganisation der AKP angesehen. Bei der Generalversammlung der Organisation im Kosovo im Mai 2018 wurde der offizielle Name in Union Internationaler Demokraten (UID) geändert, was eine strategische Neuausrichtung signalisiert. Beide Organisationen engagieren sich vor allem im Bereich türkeibezogener Themen, politisch, gesellschaftlich und religiös, interessieren sich aber auch für deutsche und europäische Politik.

Als Vertretung von muslimischen und vor allem türkeistämmigen Migrant*innen gegründet wurden 2010 das Bündnis Innovation und Gerechtigkeit (BIG),³³ eine Partei, die bei verschiedenen Landtagswahlen angetreten ist, und 2016 die AD-Demokraten,³⁴ die bisher bei der Bundestagswahl 2017, aber nur in Nordrhein-Westfalen, und bei der Landtagwahl in Hessen 2018 angetreten ist.

²⁷ Vgl. Kerem Öktem, *Turkey's New Diaspora Policy: The Challenge of Inclusivity, Outreach and Capacity*, Istanbul Policy Center Publication, 2014, ipc.sabanciuniv.edu/wp-content/uploads/2014/08/14627_Kerem%C3%96ktenWEB.18.08.pdf.

²⁸ Vgl. Aydın (Anm. 4), S. 12.

²⁹ Vgl. Premierminister Yıldırım spricht die Staatsbürger an, 18.2.2017, www.haberturk.com/dunya/haber/1395726-basbakan-yildirim-almanyada-vatandaslara-sesleniyor.

³⁰ Vgl. Nermin Abadan-Unat et al., *Voting Behaviour of Euro-Turks and Turkey's Presidential Elections of 2014*, Friedrich-Ebert-Stiftung Report 2004, S. 31.

³¹ Aydın (Anm. 4), S. 12. Nach der Sozialanthropologin Jenny B. White haben die neuen muslimischen Eliten unter Rückgriff auf das Osmanische Erbe eine neue Nation erschaffen, die im Kontrast steht zum alten nationalen, kemalistischen Denken, das auf gemeinsamer Abstammung, Sprache und Kultur beruhte. Vgl. Jenny B. White, *Muslim Nationalism and the New Turks*, Princeton 2013.

³² Vgl. Anna Amelina/Thomas Faist, *Turkish Migrant Associations in Germany: Between Integration Pressure and Transnational Linkages*, in: *Revue européenne des migrations internationales* 2/2008, S. 91–120, hier S. 95 ff.

³³ Die BIG-Partei (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit) ist eine deutsche Kleinpartei, die 2010 von Haluk Yıldız gegründet wurde. Die Partei gilt als AKP-nah: Ein damaliger AKP-Abgeordneter, Nevzat Yalçıntaş, hat BIG 2011 öffentlich unterstützt. Vgl. Maximilian Popp/Markus Sehl, *Erdogans Berliner Lobby-Truppe*, 16.9.2011, www.spiegel.de/politik/deutschland/-a-786207.html.

³⁴ AD-Demokraten (Allianz Deutscher Demokraten) ist eine neue deutsche Partei. Sie wurde 2016 gegründet. Der Gründer der Partei, Remzi Aru, war früher Mitglied der UETD. Für ihre Wahlkampagne 2017 nutzten sie ein Foto Erdogans.

Vieles spricht dafür, dass die genannten Vereine, Verbände und Parteien eine „two-track strategy“ verfolgen:³⁵ Einerseits stärken sie die Identifikation der Türkeistämmigen mit ihrer Herkunft, andererseits engagieren sie sich für ihre Mitglieder aber auch im Aufnahmeland und versuchen, die politische Öffentlichkeit des Aufnahmelandes für die Belange der Immigrant*innen zu interessieren. Zudem haben die migrantischen Selbstorganisationen eine „Vermittlerfunktion zwischen einheimischen und Türkeistämmigen“.³⁶ Mit anderen Worten sind diese Organisationen in hohem Maße mit beiden Ländern verbunden und spielen eine Rolle bei der Mobilisierung und politischen Meinungsbildung, aber eben auch als Brückenbauer. Dass diese institutionelle Infrastruktur in Deutschland so starke Resonanz findet, weist insofern auch auf integrationspolitische Defizite im Aufnahmeland hin: Für die politischen Interessen derjenigen Türkeistämmigen, die nicht deutsche Staatsbürger*innen wurden und in den vorhandenen deutschen Parteien Politik mitzugestalten suchten, gab es praktisch keine Vertretung.

WIRKUNGEN DER DIASPORAPOLITIK IN DEUTSCHLAND

Die Wahlbeteiligung unter türkischen Staatsbürger*innen im Ausland ist im Laufe der Zeit gestiegen, was auf die Möglichkeit zurückzuführen ist, nicht dafür in die Türkei reisen zu müssen – und auf das Wissen um diese Möglichkeit. Von etwa 2,8 Millionen Wahlberechtigten im Ausland haben bei der Präsidentschaftswahl 2014 gut 530 000 ihre Stimme abgegeben; 2015, bei der Parlamentswahl im Juni, stieg die Zahl auf etwa eine Million, und bei der Wiederholung im November waren es fast 1,3 Millionen Wähler*innen im Ausland. 2018 stimmten etwa 1,5 Millionen (von mittlerweile über drei Millionen Wahlberechtigten) bei der Parlamentswahl ab, ebenso viele bei der Präsidentschaftswahl. Diese Tendenz lässt sich auch für Deutschland beobachten: Von den etwa 1,4 Millionen Wahlberechtigten gingen 2014 nur etwas über Hunderttausend zur Wahl, 2015 stieg die Zahl auf fast eine halbe Million im Juni und überschritt die halbe Million im November. 2018 stimmten sogar über 600 000

türkische Bürger*innen bei der türkischen Präsidentschaftswahl und der Parlamentswahl ab; die Wahlbeteiligung lag bei 45,7 Prozent, davon haben 64,78 Prozent Erdoğan und 56,3 Prozent die AKP gewählt.³⁷

Die Verbundenheit mit der Türkei unter Türkeistämmigen nimmt laut einer aktuellen Studie zur Identifikation und politischen Partizipation türkeistämmiger Zugewanderter in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland seit 2011 stetig zu, die Verbundenheit nur mit Deutschland hingegen ab. Fühlten sich 2010 noch 29,5 Prozent der Befragten mit der Türkei heimatlich verbunden, lag der Anteil 2017 bei knapp über 50 Prozent. Die Heimatverbundenheit nur mit Deutschland sank im gleichen Zeitraum von 25,4 auf 17,0 Prozent. Mit beiden Ländern gleichermaßen verbunden fühlen sich gut 30 Prozent – ein Rückgang von 10 Prozentpunkten seit 2010.³⁸ Daneben wurde auch der Grad der Länderzugehörigkeit (von sehr stark bis gar nicht) abgefragt. Dabei zeigte sich, dass eine sehr starke Zugehörigkeit zu Deutschland von 37,5 Prozent und eine eher starke Zugehörigkeit von 43,3 Prozent der Befragten angegeben wurden, insgesamt 80,8 Prozent. Sehr stark der Türkei zugehörig fühlen sich 61,1 Prozent, eher stark 27,2 Prozent, insgesamt 88,3 Prozent.³⁹

Sowohl die gestiegene Wahlbeteiligung als auch die zunehmende Verbundenheit mit der Türkei sind Indizien dafür, dass die neue Diasporapolitik der Türkei Wirkung zeigt – wenn auch nicht bei allen Türkeistämmigen gleichermaßen, ist dieser Bevölkerungsteil doch, wie bereits erwähnt, heterogen. Vor allem die „türkisch-sunnitischen Organisationen haben auf das Engage-

³⁷ Die Wahlergebnisse wurden der Website des Höchsten Wahlausschusses (Yüksek Seçim Kurulu) entnommen, www.ysk.gov.tr/tr/secim-arsivi/2612; <https://sonuc.ysk.gov.tr/module/GirisEkrani.jsf>.

³⁸ Vgl. Martina Sauer, Identifikation und politische Partizipation türkeistämmiger Zugewanderter in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland, ZfTI-Mehrthemenbefragung, 2018, cdn.website-editor.net/09fe2713f5da44ff99ead273b339f17d/files/uploaded/2017.pdf, S. 130.

³⁹ Ebd., S. 18. Eine 2016 veröffentlichte Studie kam unter Einsatz einer ähnlichen Befragung anhand einer Skala zur Verbundenheit (sehr eng bis gar nicht) auf 87 Prozent der Befragten, die sich mit Deutschland sehr eng oder eng verbunden sahen, und auf 85 Prozent, die dies mit Bezug auf die Türkei angaben. Vgl. Detlef Pollock et al., Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland, 2016, www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2016/06_2016_studie_integration_und_religion_aus_sicht_t_rkeist_mmiger.pdf, S. 3.

³⁵ Vgl. Baser (Anm. 15), S. 24.

³⁶ Aydın (Anm. 4), S. 10.

ment der Türkei in der Diasporapolitik positiv reagiert“, so die Politikwissenschaftlerin Ayca Arkilic; andere Migrantenorganisationen wie alevitische oder nicht-islamische Organisationen seien „nicht Teil dieses inneren Zirkels“. ⁴⁰ Zu den Wirkungen auf verschiedene Gruppen und deren Perspektiven auf die Diasporapolitik ist weitere Forschung notwendig.

FAZIT

Unter Führung der AKP wurde der Austausch zwischen der Türkei und den Türkeistämmigen im Ausland intensiviert. Ein Grund dafür ist die politische Bedeutung der türkischen Staatsbürger*innen im Ausland als Teil des Wahlvolkes. Als „türkische Diaspora“ angesprochen, werden Türkeistämmige zunehmend breit mobilisiert. Dieser Trend ist vor allem in Deutschland sichtbar, wo die meisten Türkeistämmigen außerhalb ihres Herkunftslandes den Hauptwohnsitz haben. Dabei sind es insbesondere AKP-nahe Organisationen, die Informationen und Positionen zu Entwicklungen in der türkischen Innenpolitik gezielter verbreiten, als es zuvor – etwa über nicht institutionell gebundene digitale Medien – der Fall war. Türkeibezogene Themen werden regelmäßig über die institutionellen Kanäle kommuniziert, und kollektive Identitäten, die im Einklang mit religiösen und nationalistischen Einstellungen der AKP stehen, scheinen von diesem Wagenheber-Effekt besonders zu profitieren.

Eine starke Verbundenheit mit der Türkei bedeutet aber nicht, dass sich Türkeistämmige nicht auch mit Deutschland verbunden fühlen. Es ist wichtig, diese gleichzeitigen Verortungen und auch mögliche doppelte Loyalitäten der Türkeistämmigen ernst zu nehmen. Und es wäre falsch, sie einfach als Integrationsdefizit abzutun. Die Verbundenheit mit Deutschland kann gestärkt werden, indem Eingewanderte mehr Ak-

zeptanz und Teilhabe in der deutschen Gesellschaft und Politik erfahren. Dabei sollte es im demokratischen Streit legitim sein, dass manche von ihnen ihre Positionen explizit als Türkeistämmige vertreten wollen. ⁴¹ Schon darin eine vermeintlich fehlende Integrationsfähigkeit und -willigkeit zu sehen, hilft dagegen vor allem der türkischen Regierung, in Deutschland lebende Türkeistämmige für ihre (innen)politischen Ziele zu instrumentalisieren.

40 Ayca Arkilic, *Alte Heimat, neue Heimat*. Auch die Türkei beeinflusst die Integration von Migranten in Europa, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB-Mitteilungen 144/2014, S. 46.

41 Davon abzugrenzen sind Meinungen, wie sie etwa die ultranationalistische Bewegung der „Grauen Wölfe“ vertritt, die extremistisch zu nennen sind und damit den demokratischen Meinungskorridor verlassen. Vgl. Kemal Bozay, *Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland*, 24. 11. 2017, www.bpb.de/260333.

SEZER İDİL GÖĞÜŞ

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und promoviert zum Thema „Eine neue Diaspora? Rekonfigurationen der politischen Positionierung von türkischen Institutionen und Türkeistämmigen in Deutschland“.

idil.goegues@hsfk.de



14. Bundeskongress Politische Bildung

Was uns bewegt. Emotionen in Politik und Gesellschaft

7.–9. März 2019 in Leipzig

Keynote: **Eva Illouz**

Welche Rolle spielen Emotionen in der Politik, in der politischen Auseinandersetzung und in der Öffentlichkeit? Sind Fakten und Rationalität als Grundlage politischen Denkens und Handelns auf dem Rückzug? Welche Strategien des Umgangs mit emotionaler politischer Auseinandersetzung in Gesellschaft, Politik und der Bildungspraxis gibt es? Wie sollten Emotionen in politischen Bildungsprozessen berücksichtigt werden?

Der Bundeskongress Politische Bildung stellt in Sektionen und Workshops kontroverse Gesellschaftsdiagnosen, wissenschaftliche Ergebnisse, politische und gesellschaftliche Herausforderungen sowie fachliche Fragen zum Thema Emotionen zur Diskussion.

Anmeldung (ab Dezember 2018) und weitere Informationen unter:

www.bpb.de/bundeskongress

Auch dieses Mal sind Akteurinnen und Akteure der politischen Bildung herzlich eingeladen, einen Workshop im Rahmen des Kongresses anzubieten. Vorschläge können bis zum 30.11.2018 über die Website eingereicht werden.

Veranstalter:



Lokaler Kooperationspartner:



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. November 2018

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Christina Lotter (Volontärin)
Nino Löffler (Volontär)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
49–50/2018, 3. Dezember 2018

MÜLL

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz